



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Dezember 2019



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Stand

29. November 2019

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, 60386 Frankfurt

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

BMWi
Andreas Mertens / S. 36
Ulrich Niemann / S. 36

iStock

Anatolii Kovalov / S. 35
deepblue4you / S. 6
FANDSrabutan / S. 9
metamorworks / S. 12
monsitj / S. 21
TarapongS / S. 28

Kick Images / Jupiter Images (Titel)

Kugler / Bundesregierung / S. 2

Sachverständigenrat / S. 25

Studio Fabian Hammerl / Afrika-Verein / S. 30

vectorpocket / Freepik / S. 9

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Testräume für Innovation und Regulierung: BMWi bietet herausragenden Reallaboren eine Bühne	5
Steuereinnahmen bewegen sich auf Billionenmarke zu	6
Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	8
Grafik des Monats	9
Überblick über die wirtschaftliche Lage	10
Weltwirtschaft im Wandel	12
Bericht der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0	21
„Den Strukturwandel meistern“ – Jahresgutachten 2019/2020 des Sachverständigenrates	25
Aufbruch nach Afrika	28
Happy Birthday, GTAI!	32
Deutschland will Außenhandel mit Ostasien weiter diversifizieren	35
II. Wirtschaftliche Lage	37
Internationale Wirtschaftsentwicklung	38
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	40
Anhang: Übersichten und Grafiken	51
Verzeichnis der Artikel der letzten 12 Ausgaben	82

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Mit dem Ende des Kalten Krieges begann Anfang der 1990er Jahre ein rasanter Globalisierungsschub. Deutschland hat wie kaum eine andere Volkswirtschaft davon profitiert. Die Unternehmen nutzten die Chancen, die sich durch größere Absatzmärkte ergaben. Konsumenten profitierten von einer größeren Vielfalt und niedrigen Preisen der angebotenen Güter und Dienstleistungen.

Aktuell befindet sich die Weltwirtschaft im Wandel und das Wesen der Globalisierung hat sich verändert: Auf der einen Seite beobachten wir, dass die Digitalisierung neue Möglichkeiten eröffnet, zum Beispiel für den Handel mit Dienstleistungen. Neue Kommunikationstechnologien erleichtern den Austausch von Ideen und Informationen über Ländergrenzen hinweg. Auf der anderen Seite haben globale Wertschöpfungsverflechtungen in den letzten Jahren etwas nachgelassen. Dahinter stehen strukturelle Faktoren, aber doch auch zunehmende protektionistische Tendenzen und staatliche Interventionen.

Ich bin überzeugt: Ein freier Welthandel mit fairen internationalen Wettbewerbsbedingungen gibt wichtige Impulse für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Vor dem Hintergrund der aktuellen Handelsspannungen müssen wir uns daher umso mehr für offene Märkte mit klaren Regeln einsetzen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Welthandelsorganisation. Die WTO steht für Rechtssicherheit, Transparenz und Gleichbehandlung im Welthandel. Um sie fit zu machen für das 21. Jahrhundert, müssen wir ihr Regelwerk weiterentwickeln – zum Beispiel im Hinblick auf Industriesubventionen oder die Digitalisierung.

Wir müssen uns aber auch fragen, was wir für die Unternehmen in Deutschland tun können. Mir ist es wichtig, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf globalen Märkten zu sichern und zu stärken. Hierfür gibt es zahlreiche Möglichkeiten: Wir müssen unsere mittelständischen Unternehmen bei Steuern, Abgaben und Bürokratie entlasten. Wir müssen in leistungsfähige Infrastrukturen investieren sowie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sorgen. Besonders wichtig ist außerdem die Schaffung eines investitions- und innovationsfreundlichen Umfelds, das Unternehmen Flexibilität ermöglicht, Forschung honoriert und unsere Wirtschaft dabei unterstützt die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche und interessante Lektüre!



Peter Altmaier
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Testräume für Innovation und Regulierung: BMWi bietet herausragenden Reallaboren eine Bühne

Reallabore sichtbar machen, innovative Ideen würdigen und zu neuen Reallaboren ermuntern – das sind die Ziele des Wettbewerbs „Innovationspreis Reallabore: Testräume für Innovation und Regulierung“, den das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie am 2. Dezember 2019 gestartet hat. Unternehmen, Verwaltungen und Forschungseinrichtungen können sich mit geplanten, laufenden und abgeschlossenen Reallaboren bis zum 19. Februar 2020 bewerben.

Reallabore sind Impulsgeber für den Innovationsstandort Deutschland. Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen erproben darin gemeinsam Innovationen – wie zum Beispiel autonome Fahrzeuge, Drohnen oder Schiffe – oder auch neue Lösungen im Bereich der Telemedizin oder der öffentlichen Verwaltung. Reallabore basieren oftmals auf rechtlichen Ausnahmemöglichkeiten und tragen mit ihren Ergebnissen dazu bei, den Rechtsrahmen weiterzuentwickeln.

Viel zu häufig sind Reallabore aber nur einem sehr kleinen Kreis bekannt; die Möglichkeit, von ihnen und ihren Ergebnissen zu lernen, wird zu wenig genutzt. Der „Innovationspreis Reallabore“ soll dazu beitragen, dies zu ändern.

Der Innovationspreis Reallabore wird technologie- und innovationsübergreifend vergeben und gliedert sich in drei Kategorien:

- ▶ Kategorie „Ausblicke“: Ideen für Reallabore
- ▶ Kategorie „Einblicke“: Reallabore in der Umsetzung
- ▶ Kategorie „Rückblicke“: Abgeschlossene Reallabore

Ziel der Kategorie „Ausblicke“ ist es, potenzielle Anwendungsfelder und Projektideen für zukünftige Reallabore zu identifizieren und Erkenntnisse für Verwaltungen und Gesetzgeber zu gewinnen. In den Kategorien „Einblicke“ und „Rückblicke“ geht es darum, Erprobungen mit Vorbildcharakter zu identifizieren und deren Erfolgsfaktoren und Umsetzungsstrukturen herauszustellen.

Eine unabhängige Fachjury wählt für jede Kategorie drei Sieger aus. Zentrale Bewertungskriterien sind dabei die Einordnung und Definition als Testraum für Innovation und Regulierung, der Nutzen für die Weiterentwicklung des jeweiligen Rechts- und Vorschriftenrahmens und der Vorbildcharakter des Reallabors.

Die Sieger des Wettbewerbs werden im Rahmen einer festlichen Preisverleihung im Frühsommer 2020 mit dem „Innovationspreis Reallabore“ ausgezeichnet und der Öffentlichkeit präsentiert. Alle ausgezeichneten Reallabore sind berechtigt, das Label „Innovationspreis Reallabore“ zu tragen.



Reallabore
Testräume für Innovation
und Regulierung

Innovative Unternehmen, Verwaltungen und Forschungseinrichtungen können sich mit ihren Projekten bis zum 19. Februar unter folgendem Link bewerben:

www.innovationspreis-reallabore.de

Ideenwettbewerb „Reallabore der Energiewende“

Parallel setzt das Bundeswirtschaftsministerium die Förderinitiative „Reallabore der Energiewende“ um, in deren Rahmen Bundeswirtschaftsminister Altmaier im Juli 2019 die 20 Gewinner des entsprechenden Ideenwettbewerbs bekanntgegeben hat. In diesen Projekten werden zukunftsweisende Energietechnologien unter realen Bedingungen und im industriellen Maßstab erprobt (siehe hierzu auch Ausgabe 10/2019 der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik). Reallabore der Energiewende sind von einer Bewerbung um den „Innovationspreis Reallabore: Testräume für Innovation und Regulierung“ ausgeschlossen.

Kontakt: Dr. Konstantin Kolloge

Referat: Wirtschaftspolitische Analyse, Geschäftsstelle Reallabore

Kontakt: Dr. Kai Hielscher

Referat: Wirtschaftspolitische Analyse, Leiter der Geschäftsstelle Reallabore

Steuereinnahmen bewegen sich auf Billionenmarke zu

Bund, Länder und Gemeinden können für die Jahre 2019 bis 2024 mit einem stetig steigenden Steueraufkommen rechnen. Die Zuwächse der Steuereinnahmen dürften allerdings ab dem kommenden Jahr etwas niedriger ausfallen als noch im Frühjahr erwartet.



Die wichtigsten Ergebnisse

Nach den Ergebnissen der 156. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ werden die Steuereinnahmen in allen Jahren von 2019 bis 2024 steigen (siehe Tabelle). In den Jahren 2019 und 2020 dürften die Einnahmen – langsamer als in den darauf folgenden Jahren – um lediglich 2,5 Prozent bzw. 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zunehmen. Hier machen sich umfangreiche steuerliche Entlastungen bemerkbar, wie etwa der Abbau der kalten Progression. Ab dem Jahr 2021 dürften die Steuereinnahmen mit rund 3,5 Prozent jährlich wieder stärker zunehmen. Der Solidaritätszuschlag ist noch mit insgesamt etwa 20 Milliarden Euro Aufkommen pro Jahr in der Schätzung enthalten, da stets nach geltendem Recht geschätzt wird.

Die Aufteilung der Steuereinnahmen nach Gebietskörperschaften zeigt, dass alle staatlichen Ebenen mit Einnahmesteigerungen rechnen können. Dabei wachsen im laufenden und im kommenden Jahr die Ländersteuern etwas stärker als die reinen Bundessteuern.

Vergleich zur Steuerschätzung vom Mai 2019

Im Jahr 2019 werden die Steuereinnahmen um etwa 2,6 Milliarden Euro höher ausfallen als noch im Frühjahr erwartet. Für die Jahre 2020 bis 2023 wurden die Einnahmeerwartungen hingegen in der Summe um etwa 10 Milliarden Euro gesenkt.

Die Revision der Einnahmeerwartungen geht auf zwei Faktoren zurück. Erstens haben sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen etwas verschlechtert. Die Steuerschätzung basiert auf dem erwarteten nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) und weiteren Kennzahlen zu steuerlichen Bemessungsgrundlagen aus der Herbstprojektion 2019. Für das nominale BIP werden Wachstumsraten von 2,8 Prozent für das laufende Jahr, 2,9 Prozent für das Jahr 2020, 3,1 Prozent für das Jahr 2021 sowie je 2,8 Prozent für die Jahre 2021 bis 2023 erwartet. Besonders für das kommende Jahr wurde das nominale BIP im Vergleich zur Frühjahrsschätzung abwärtsrevidiert (-0,6 Prozentpunkte); für die folgenden Jahre fallen die Korrekturen geringer aus. Insgesamt

Tabelle: Aktuelle Schätzung der Steuereinnahmen und Differenzen zur Mai-Schätzung

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Bund, Länder und Gemeinden						
Steuereinnahmen in Mrd. Euro	796,4	816,4	845,2	875,1	904,9	935,0
Veränderung ggü. Vj. in Prozent	2,6	2,5	3,5	3,5	3,4	3,3
Differenz zum Ergebnis der Mai-Schätzung in Mrd. Euro	+2,6	-1,7	-1,8	-2,7	-3,5	
Bund						
Steuereinnahmen in Mrd. Euro	328,2	328,6	338,1	349,5	362,7	371,1
Veränderung ggü. Vj. in Prozent	1,8	0,1	2,9	3,3	3,8	2,3
Differenz zum Ergebnis der Mai-Schätzung in Mrd. Euro	+4,0	-0,2	-1,9	-2,0	+2,4	

ergeben sich für den Schätzzeitraum 2019 bis 2023 – im Vergleich zur Schätzung im Frühjahr – dadurch Mindereinnahmen in Höhe von rund 3,9 Milliarden Euro. Der zweite Teil der niedrigeren Einnahmeerwartungen geht auf Steuerrechtsänderungen zurück. Diese führen bis zum Jahr 2023 zu kumulierten Mindereinnahmen in Höhe von 3,3 Milliarden Euro im Vergleich zur Mai-Schätzung.

Kontakt: Dr. Charlotte Senftleben und
Dr. Till Strohsal
Referat: Beobachtung, Analyse und Projektionen der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Dezember 2019	
02./03.12.	Telekommunikations- und Verkehrsministerrat
04.12.	Energieministerrat
04./05.12.	Eurogruppe/ECOFIN
05.12.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
06.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
12./13.12.	Europäischer Rat
16.12.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
Ende Dezember 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Januar 2020	
08.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
09.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
20./21.01.	Eurogruppe/ECOFIN
29.01.	Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts inkl. Jahresprojektion der Bundesregierung
Februar 2020	
06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
17./18.02.	Eurogruppe/ECOFIN
27./28.02.	WBF-Rat

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter

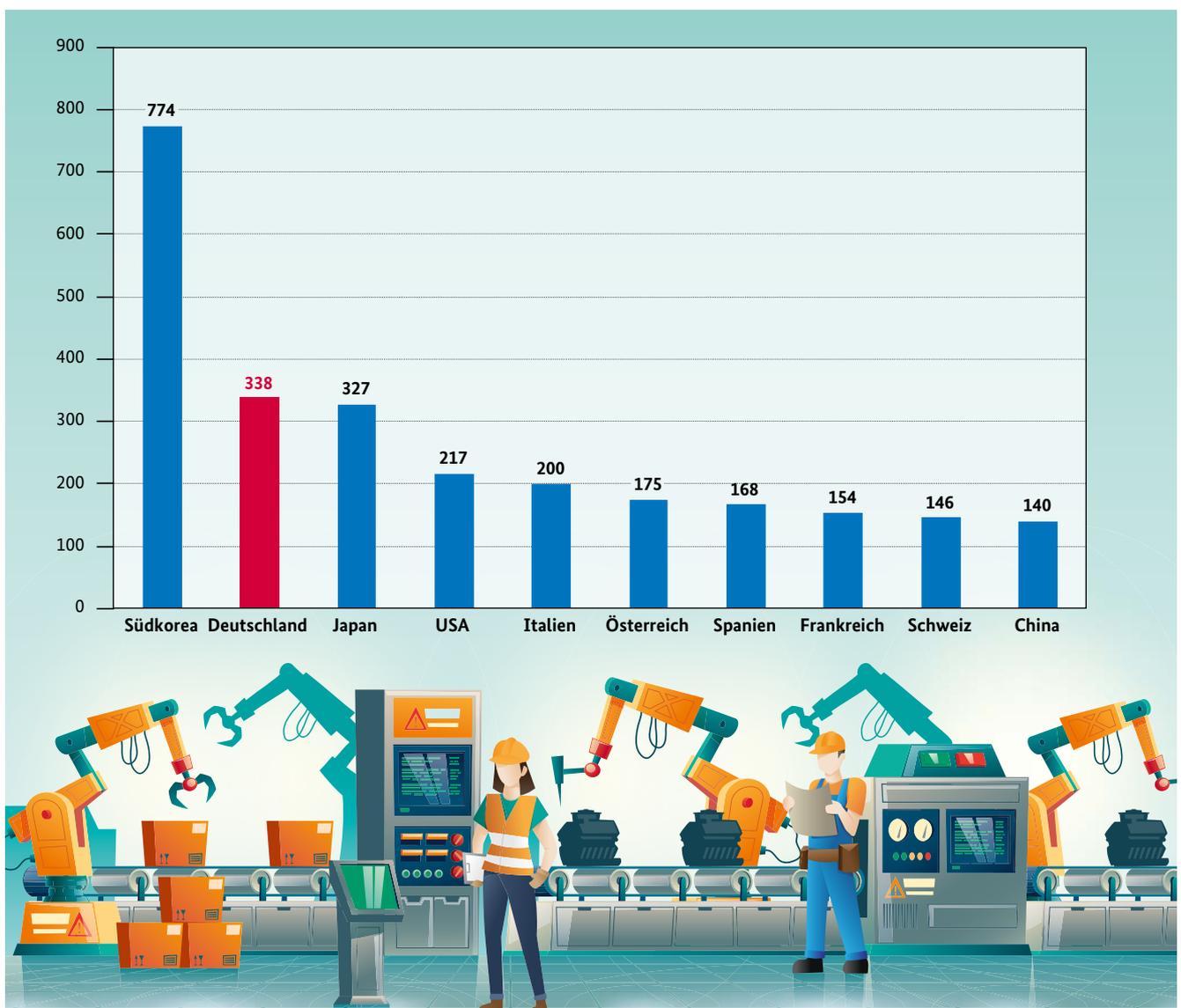


Grafik des Monats

Automatisierte Produktion

Beim Einsatz von Industrierobotern gehört Deutschland zu den führenden Nationen. Südkorea sticht heraus – nur dort ist die Roboterdichte höher.

Anzahl der Industrieroboter je 10.000 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe 2018



Quelle: International Federation of Robotics, Statista

Industrieroboter werden immer wichtiger für die industrielle Fertigung. Nach Prognosen des Weltbranchenverbandes International Federation of Robotics wird sich der Bestand an Industrierobotern bis zum Jahr 2022 auf rund 4 Millionen Stück nahezu verdoppeln. Um die Potenziale der intelligenten Fertigung bestmöglich zu heben, ist länderübergreifende Kooperation von enormer Bedeutung. Deutschland geht hier mit gutem Beispiel voran, indem es seine bilaterale Zusammenarbeit mit Südkorea und Japan im Bereich Zukunftstechnologien intensiviert.

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Wirtschaft hat im dritten Quartal leicht zugenommen. Die Indikatoren signalisieren noch keine konjunkturelle Erholung, aber die Geschäftsklimaindikatoren senden erste Hoffnungsschimmer.
- ▶ Die Produktion in der Industrie ist tendenziell weiter rückläufig, die Bauproduktion bewegt sich auf hohem Niveau und die Dienstleistungen expandieren. Die industriellen Auftragseingänge lassen auf eine Bodenbildung hoffen.
- ▶ Die deutschen Ausfuhren haben im dritten Quartal deutlich zugenommen, während die Einfuhren stagnierten.
- ▶ Am Arbeitsmarkt erfolgte der Beschäftigungsaufbau konjunkturbedingt langsamer und die Arbeitslosigkeit hat sich von niedrigem Niveau aus leicht erhöht.

Die Konjunktur in Deutschland verläuft weiterhin gedämpft. Im dritten Quartal stieg die Wirtschaftsleistung lediglich um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal an.^{1,2} Zuvor war sie im ersten Quartal 2019 unterstützt durch Sondereffekte aufwärts revidiert um 0,5 % gestiegen und im zweiten Quartal abwärts revidiert um 0,2 % zurückgegangen. Die deutsche Wirtschaft ist auch im dritten Quartal weiterhin gekennzeichnet durch einen Abschwung in der Industrie, dem eine florierende Baukonjunktur und solide wachsende Dienstleistungen gegenüberstehen. Auf der Verwendungsseite waren zunehmende private und staatliche Konsumausgaben, steigende Bauinvestitionen sowie ein positiver Wachstumsbeitrag des Außenhandels zu verbuchen. Die einschlägigen Konjunkturindikatoren deuten noch nicht auf eine grundlegende Veränderung der konjunkturellen Situation hin, es gibt aber erste leichte Hoffnungsschimmer. Von den Geschäftsklimaindikatoren, insbesondere den Erwartungskomponenten, kommen erste Anzeichen einer möglichen konjunkturellen Aufhellung. Hierzu würde beitragen, wenn die Störungen aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld abnähmen.

Die weltwirtschaftliche Dynamik wird weiterhin durch die Handelskonflikte und den Abschwung der globalen Industriekonjunktur gedämpft. Der Welthandel hat sich im Juli und August etwas belebt, sein Volumen ist aber weiterhin geringer als vor einem Jahr. Die globale Industrieproduktion tritt weiter mehr oder weniger auf der Stelle, wobei sich ein schwacher Anstieg in den aufstrebenden Volkswirtschaften und eine leichte Drosselung in den entwickelten Ländern in etwa ausgleichen. Derzeit gab der zusammengesetzte globale Markt Einkaufsmanagerindex im Oktober erneut nach, liegt dabei aber noch deutlich oberhalb seiner Wachstumsschwelle. Der Teilindex für die Industrie verbesserte sich allerdings den dritten Monat in Folge, weist aber noch ein niedriges Niveau auf. Angesichts der Indikatorenlage gehen die internationalen Organisationen für das laufende und kommende Jahr von einer zwar wenig dynamischen, aber weiterhin aufwärtsgerichteten Entwicklung der Weltwirtschaft aus. Eine Einigung im Handelsstreit zwischen den USA und China könnte dem Welthandel etwas neuen Schwung verleihen.

Die schwachen Impulse aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld dämpfen grundsätzlich auch den deutschen Außenhandel. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen sind von August auf September saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen dennoch um 1,7 % gestiegen. Im dritten Quartal ergab sich immerhin ein Plus von 1,1 %, das preisbereinigt noch etwas stärker ausgefallen sein dürfte. Mit einer merklichen Belebung der Ausfuhren in den kommenden Monaten rechnen die Unternehmen den ifo Exporterwartungen zufolge aber nicht. Die Importe von Waren und Dienstleistungen nahmen im September saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,8 % zu. Ungeachtet der robusten Binnenkonjunktur war im dritten Quartal lediglich Stagnation zu verzeichnen (+0,1 %). In realer Rechnung dürften die Importe in etwa auf dem Niveau des zweiten Quartals gelegen haben. Unter dem Strich ging im dritten Quartal damit vom Außenhandel ein spürbarer Impuls für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus.

Während die Baukonjunktur weiterhin floriert, gibt es für die Industrie erste Anzeichen, die auf eine gewisse Stabilisierung hindeuten. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe insgesamt verringerte sich im September um 0,6 %. Während die Herstellung in der Industrie um 1,3 % abnahm, verzeichnete das Baugewerbe eine Zunahme um 1,8 %. Im Quartals-

1 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. November 2019 zum Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2019.

2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. November 2019 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

vergleich wurde die Herstellung im Produzierenden Gewerbe nochmals um 1,1% eingeschränkt. Innerhalb der Industrie verzeichneten alle drei Hauptgruppen (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter) Rückgänge. Die Entwicklungen bei den vorlaufenden Indikatoren zeigen Anzeichen für eine Bodenbildung. Die industriellen Auftragseingänge erhöhten sich im September um 1,3% und lagen damit um 0,7% über ihrem durchschnittlichen Wert im dritten Quartal. Außerdem blicken die Industrieunternehmen laut ifo spürbar weniger pessimistisch in die nähere Zukunft. Die konjunkturelle Grunddynamik im Verarbeitenden Gewerbe bleibt aber vorerst schwach.

Die privaten Konsumausgaben sind eine verlässliche Stütze der binnenwirtschaftlichen Entwicklung. Im September stagnierten die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz, die etwa ein Drittel der privaten Konsumausgaben ausmachen, im Vormonatsvergleich. Im gesamten dritten Quartal nahmen sie aber um 0,6% zu. Die Neuzulassungen von Pkw erhöhten sich im dritten Quartal um 3,5%. Auch die Umsätze des Kfz-Handels lagen in den vorliegenden Monaten Juli und August merklich über dem Umsatzdurchschnitt des Vor-

quartals. Das Geschäftsklima im Einzelhandel ist per saldo weiterhin positiv, auch wenn es im Oktober erneut leicht nachgab.

Die seit Februar zu beobachtende Abschwächung des Beschäftigungsaufbaus setzte sich im September fort. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vormonat betrug saisonbereinigt nur 10.000 Personen. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr hat sich binnen eineinhalb Jahren auf 338.000 Personen (Ursprungszahlen) in etwa halbiert. Auch der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung war im August mit einem Anstieg um saisonbereinigt 27.000 Personen gegenüber dem Vormonat eher gering. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Oktober um 6.000 Personen. In Ursprungszahlen ging sie im Zuge der Herbstbelegung aber auf rund 2,2 Mio. Personen zurück. Sie lag, wenn auch nur geringfügig, erstmals seit Ende 2013 über ihrem Vorjahresniveau. Die Unterbeschäftigung hingegen verringerte sich im Oktober um 4.000 Personen. Die Frühindikatoren signalisieren, dass sich der verlangsamte Beschäftigungsaufbau bei leicht steigender Arbeitslosigkeit fortsetzen dürfte.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Weltwirtschaft im Wandel

Wie die Digitalisierung, Handelskonflikte und Chinas Aufstieg globale Handelsverflechtungen verändern

Nach dem in den 90er Jahren beginnenden Globalisierungsboom haben internationaler Warenhandel, Investitionen und Wertschöpfungsverflechtungen seit der Finanzkrise deutlich an Fahrt verloren, auch in Deutschland. Gleichzeitig nimmt der Handel mit Dienstleistungen zu. Sehen wir eine strukturelle Veränderung der Handelsintegration? Welche Ursachen und welche Folgen könnte dies haben?



Der Exportboom ist (schon länger) vorbei

Anfang der 90er Jahre begann durch den Fall des „Eisernen Vorhangs“ sowie auf Grund sinkender Transportkosten ein rasanter Globalisierungsschub. Die Folge war ein bislang einzigartiger, globaler Boom im grenzüberschreitenden Handel von Gütern und Dienstleistungen. Zwischen 1990 und 2008 stieg der Anteil von Güterexporten am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 14 % auf 25 % (siehe Abbildung 1). In Deutschland begann ein ähnlicher Exportboom im Jahr 1993, der sich bis zum Jahr 2008 nahezu kontinuierlich fortsetzte. Zu diesem Zeitpunkt entfiel fast ein Drittel des deutschen BIP auf Güterexporte.

Nach der Finanzkrise endete der starke Aufwärtstrend. Der Anteil des weltweiten Güterexports am BIP sank 2009 zunächst um fünf Prozentpunkte auf etwa 21 %, in Deutschland auf 26 %. Danach stieg der Anteil wieder an, setzte sein Wachstum aber nicht in der vorher zu beobachtenden Dynamik fort.

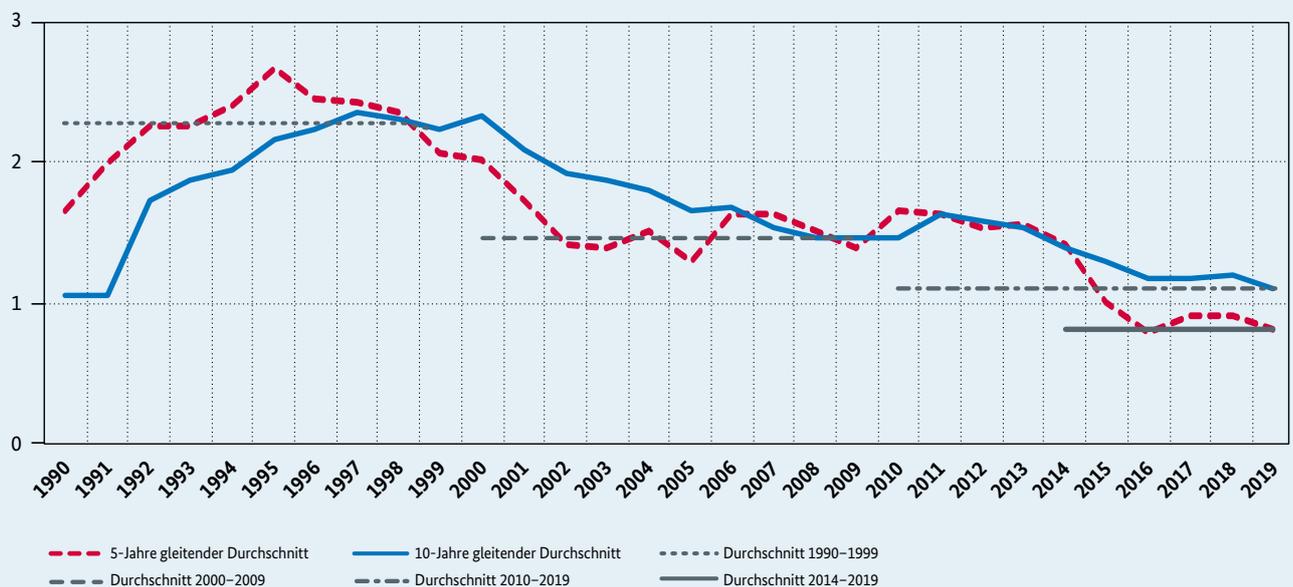
Ein Blick auf die Entwicklung der Handelselastizität zeigt allerdings, dass sich bereits zur Jahrtausendwende – und damit lange vor der Finanzkrise – eine Trendwende eingestellt hat. Die Handelselastizität misst das Verhältnis vom Exportwachstum zum Wachstum des BIP und wird auf Grund starker Schwankungen meist in gleitenden Durchschnittswerten angegeben. In den 90er Jahren wuchs der

Abbildung 1: Exporte von Gütern, Deutschland und Welt, in Prozent des jeweiligen BIP



Quelle: IMF World Economic Outlook Datenbank, Oktober 2019 Update und Direction of Trade Statistics. BMWi-Berechnungen

Abbildung 2: Verhältnis vom globalen Exportwachstum von Gütern zum globalen BIP-Wachstum (Handelselastizität), 5- bzw. 10-Jahre gleitender Durchschnitt



Quelle: IMF World Economic Outlook Database, Oktober 2019 Update. BMWi Berechnungen

Anmerkung: Bei dem Wert von 2019 handelt es sich um Projektionen.

globale Güterexport durchschnittlich mehr als doppelt so schnell wie das BIP, doch seit Beginn des 21. Jahrhunderts ging die Exportelastizität kontinuierlich zurück (siehe Abbildung 2). In den letzten fünf Jahren lag sie durchschnittlich

bei unter eins und damit in etwa auf dem Niveau von Mitte der 80er Jahre. Erstmals seit drei Jahrzehnten übersteigt das globale BIP-Wachstum somit wieder das globale Exportwachstum über einen längeren Zeitraum hinweg.

Auch grenzüberschreitende Investitionen und Wertschöpfungsverflechtungen haben nachgelassen

Neben dem internationalen Handel sind auch grenzüberschreitende Investitionen (FDI) und globale Wertschöpfungsketten wichtige Indikatoren für weltweite Wirtschaftsverflechtungen. FDI unterscheiden sich von anderen grenzüberschreitenden Kapitalströmen darin, dass der Investor Eigentum an der ausländischen Firma und somit Mitspracherechte erhält. Die Beweggründe hierfür können vielfältig sein und umfassen beispielsweise besseren Zugang zu Absatzmärkten und Zulieferern, niedrige Arbeitskosten im Gastland und Wissenstransfer. FDI verhalten sich in der Gesamtbetrachtung generell volatiler als der Warenhandel, da sie meist einmalig an einem bestimmten Standort getätigt werden. Daher werden auch diese Daten hier in Durchschnittswerten abgebildet, um die langfristigen Trends besser zu erfassen. Es ergibt sich ein gemischtes Bild: Weltweit, einschließlich Deutschlands, steigen auswärts gerichtete FDI im Verhältnis zum BIP bis zur Jahrtausendwende deutlich an und gehen mit dem Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2001 wieder stark zurück (siehe Abbildung 3). Kurz darauf beginnt ein erneuter Anstieg, der mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise endet. Seitdem liegen FDI weltweit bei etwa 2–2,5% in Relation zum BIP. In den USA und noch deutlicher in China beginnen grenzüberschreitende Investitionen im Ausland erst Mitte der 2000er stärker zu wachsen. Während FDI aus den USA seit etwa 2011 anhaltend fallen, erfuhren FDI aus China nach der Finanzkrise keinen Rückgang; sie haben am aktuellen Rand sogar die US-amerikanischen Investitionen überholt.

Globale Wertschöpfungsverflechtungen spielen in der Globalisierungswelle seit 1990 eine wichtige Rolle. Der Exportboom beruhte im Kern darauf, dass sich infolge sinkender Transport- und Telekommunikationskosten die internationale Arbeitsteilung veränderte und ein Teil der Produktion

dort erfolgen konnte, wo sie am günstigsten war. Wissenschaftliche Evidenz zeigt, dass die Auslagerung vorgelagerter Produktionsstufen ins Ausland („Offshoring“) die Produktivität, das Exportvolumen und auch die im Heimatland gezahlten Löhne in exportorientierten Unternehmen erhöhte. Eine wertschöpfungsorientierte Betrachtung des Handels ist daher essentiell, da herkömmliche Handelsstatistiken nur Bruttowerte von Ex- und Importen abbilden. Darin wird nicht berücksichtigt, dass ein Teil der Exportleistung eines Landes auf Zwischenprodukten beruht, die Ländergrenzen bereits mehrfach überquert haben.¹

Abbildung 4 zeigt, dass der Beitrag der ausländischen Wertschöpfung am gesamten Exportvolumen des verarbeitenden Gewerbes weltweit seit 2005 zunächst angestiegen ist (sog. „*backward participation*“).² Während der Finanzkrise erfuhren Wertschöpfungsverflechtungen einen kurzfristigen Rückgang und stiegen danach wieder auf das vorherige Niveau an. Seit 2011 sinkt der Anteil erneut leicht, jedoch kontinuierlich. In Deutschland ging das Verhältnis von ausländischer Wertschöpfung zum Exportvolumen des verarbeitenden Gewerbes von 27,7% im Jahr 2011 auf 24,4% im Jahr 2016 zurück; der Rückgang ist somit etwas schwächer ausgeprägt als in anderen Ländern. Zum Vergleich: In den G20-Staaten sank der Anteil durchschnittlich von 27,8% in 2011 auf 22,7% in 2016.

Der Aufstieg Chinas und globale Wertschöpfungsketten

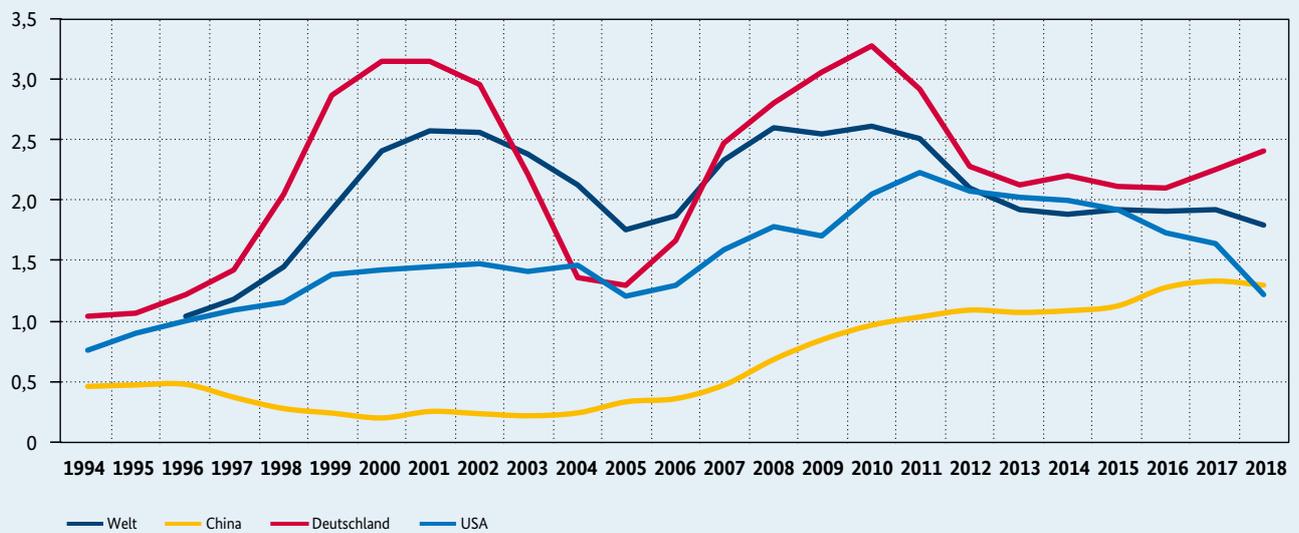
Ein genauerer Blick auf Abbildung 4 zeigt, dass China im Gegensatz zum weltweiten Trend bereits deutlich vor der Finanzkrise einen Rückgang der ausländischen Wertschöpfung an den Gesamtexporten des verarbeitenden Gewerbes erfuhr. Hinter dieser Entwicklung versteckt sich ein wichtiger struktureller Umbruch, der starke Auswirkungen auf den Weltmarkt hatte.

- 1 Im Gegensatz zu Export- und Importwerten sind globale Wertschöpfungsverflechtungen nicht Bestandteil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Auf der Makroebene werden sie in der Praxis oft auf Basis von nationalen Input-Output-Tabellen (IOT) berechnet, indem disaggregierte internationale Handelsdaten mit nationalen IOTs zu einer „globalen IOT“ verknüpft werden. Diese zeigen auf Länder- und Wirtschaftszweigebene, aus welchen Ländern einzelne Industrien ihre Inputs beziehen und wohin einzelne Industrien ihre Outputs weiter verkaufen. Dieser Ansatz stellt in Abwesenheit direkter globaler Messungen eine sinnvolle Annäherung zur Abbildung globaler Wertschöpfungsverflechtungen dar, hat jedoch auch Nachteile: Zum einen beruhen die Berechnungen auf Schätzungen und teilweise auf Annahmen. Zum anderen sind sie nur in aggregierter Form auf sektoraler Ebene erhältlich und verbergen daher unterschiedliche Entwicklungen innerhalb eines Industriezweigs (siehe Sturgeon, 2015). Derzeit gibt es verschiedene Quellen, die globale Wertschöpfungsverflechtungen auf Basis verlinkter IOTs messen. Die Analysen in diesem Artikel beruhen auf der Trade in Value Added (TiVA) Datenbank der OECD, welche Informationen für 64 Länder enthält, darunter sämtliche OECD-, EU28- und G20-Mitgliedsstaaten sowie zahlreiche Länder aus Südostasien und Südamerika.
- 2 Ältere vergleichbare Daten sind nicht verfügbar, aber es ist anzunehmen, dass der Anstieg bereits in den 90er Jahren begann.

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg in den 1990er Jahren begann damit, dass sich die Volkswirtschaft auf die finale Montage von importierten Zwischenprodukten spezialisierte und diese weiter auf den Weltmarkt exportierte. Dabei war der eigene Wertschöpfungsanteil recht gering. Das prominenteste Beispiel hierfür, wenn auch nicht aus

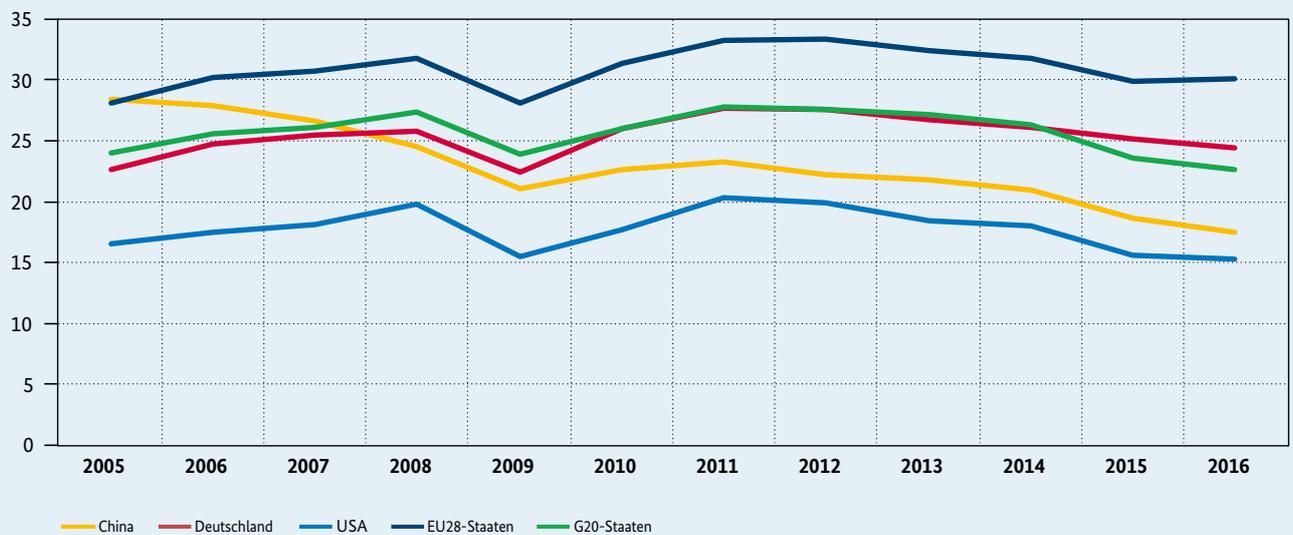
den 90er Jahren, ist die Produktion des iPhones: In den USA designt, wurden die verschiedenen Einzelteile – vom Chip bis zum Display – an verschiedensten Orten der Welt produziert, überwiegend in China zusammengesetzt und dann aus den USA auf der ganzen Welt verkauft. Während die chinesischen Montagearbeitskräfte lediglich 1,8% des

Abbildung 3: FDI (abfließend) in Prozent des BIP, ausgewählte Länder und Welt, 5-Jahre gleitender Durchschnitt



Quelle: UNCTAD Datenbank, 2019

Abbildung 4: Anteil der ausländischen Wertschöpfung an Exporten des verarbeitenden Gewerbes ausgewählter Länder und Regionen, 2005–2016 (in Prozent)



Quelle: OECD TiVA Datenbank, 2018 Edition

Anmerkung: Für das Jahr 2016 handelt es sich um Projektionen. Bei den Werten für Regionen (EU28-Staaten und G20-Staaten) handelt es sich um gewichtete Mittelwerte, d.h. intraregionale Wertschöpfungsströme werden als ausländische Wertschöpfung betrachtet. Für die finalen Exportwerte wurden intraregionale Handelsströme rausgerechnet (z.B. Exporte für EU28-Staaten enthalten nur Exporte zu Nicht-EU28-Staaten).

Verkaufspreises des iPhones 4 im Jahr 2010 erhielten, gingen die Einnahmen vor allem an Apple und multinationale Firmen, welche die wesentlichen Inputs herstellten (Kraemer, Linden, Dedrick, 2011).

Aufgrund der Spezialisierung Chinas „am Ende der Wertschöpfungskette“ – wie z. B. im Falle des iPhones – war der ausländische Wertschöpfungsanteil an Chinas Exporten mit knapp 30% in 2005 vergleichsweise hoch. Doch bereits seit 2001, dem Jahr, in dem China der Welthandelsorganisation beitrug, beginnt der Anteil inländischer Wertschöpfung in der chinesischen Produktion zu steigen (Kee und Tang, 2016). Die Autoren erklären diese Entwicklungen damit, dass China zunehmend die zuvor importierten Vorleistungen durch eigene Produktion ersetzt und somit den Exportanteil ausländischer Wertschöpfung Stück für Stück reduziert habe. Wie in Abbildung 4 zu sehen ist, lag der Anteil ausländischer Wertschöpfung an den chinesischen Exporten im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2016 nur noch bei 17% – knapp über den USA (15%) und deutlich unter Deutschland (24%). Mittlerweile ist China selbst ein Anbieter von selbstentwickelten, hoch technologischen Produkten, die in unmittelbarer Konkurrenz zu den Produkten westlicher Industrienationen stehen (Beispiel Huawei Smartphone). Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg sind auch die Löhne in China deutlich gestiegen, was wiederum den inländischen Konsum in China erhöhte und damit die Ausrichtung der chinesischen Volkswirtschaft auf die Weltmarktproduktion verringerte.

Durch den Anstieg des Lohnniveaus in China verliert auch die Motivation an Bedeutung, einzelne Produktionsprozesse aus Kostengründen dorthin zu verlagern. Gleichzeitig machen digitale Produktionsprozesse die Produktion in Industrieländern wieder attraktiver. Laut einer OECD-Studie (De Backer und Flaig, 2017) begünstigt die fortschreitende Digitalisierung die Rückverlagerung („*Reshoring*“) von internationalen Produktionsprozessen und trägt damit zur Wiederbelebung der Wettbewerbsfähigkeit von Industrienationen in bestimmten Wirtschaftszweigen bei, die zuvor im Zentrum von Produktionsverlagerungen („*Offshoring*“) standen. Allerdings werden die Montagetätigkeiten zunehmend von Robotern an Stelle von menschlichen Arbeitskräften übernommen. Die Automatisierung könnte somit einen bedeutenden Strukturwandel bewirken, der im Kern auf einer Umwandlung von arbeitsintensiver Produktion im Ausland zu kapitalintensiver Produktion im Inland beruht.

Eine sektorale Betrachtung zeigt zudem, dass sich die globale Produktionsverflechtung in verschiedenen Wirtschaftszweigen in den letzten Jahren recht unterschiedlich entwickelt hat. Ein Blick auf die Nachfrage der deutschen Industrie nach Zwischenprodukten und Dienstleistungen aus dem In- und Ausland zeigt, dass sich beispielsweise in der Kraftfahrzeugindustrie die Verlagerung der Produktion ins nicht-europäische Ausland über die Jahre 2005 bis 2015 kaum verändert hat. Hingegen ist in der Endnachfrage bei Computern, Elektronik und optischen Erzeugnissen eine deutliche Zunahme der Wertschöpfung aus Ost- und Südostasien im entsprechenden Zeitraum zu beobachten. Hier hat ein Anstieg von 13% auf 35% stattgefunden (Abbildung 5). Ob und wie sich globale Wertschöpfungsverflechtungen in der Zukunft weiter verändern, hängt unmittelbar mit Veränderungen der Produktionstechnologie und der relativen Faktorpreise, aber auch mit Produktinnovationen zusammen und wird damit von Sektor zu Sektor unterschiedlich sein.

Digitalisierung und wachsender Dienstleistungshandel

Neue Informations- und Telekommunikationstechnologien (beispielsweise digitale Übersetzungssoftware, E-Commerce und Blockchain) ermöglichen nicht nur die Digitalisierung der Produktion, sondern erleichtern auch die Koordination der Produktion im Ausland. Letztendlich waren E-Mails, niedrigere Preise für Telekommunikation und andere Entwicklungen im IKT-Bereich auch ein wesentlicher Treiber des schnellen Wachstums multinationaler Unternehmen und gelten als der Motor der globalen Fragmentierung der Produktion. Eine Studie des McKinsey Global Institute (2019) sieht im digitalen Zeitalter ein neues Motiv für die Verlagerung von Produktionsprozessen ins Ausland: Internationale Wertschöpfung würde bereits heute weniger durch Arbitrage der Arbeitskosten bestimmt, sondern zunehmend auf komparativen Vorteilen bei wissensintensiven Vorleistungen beruhen. Die Qualifikation der Arbeitskräfte im In- und Ausland scheint demnach gegenüber den Lohnkosten an Bedeutung zu gewinnen.

Der technologische Fortschritt wirkt sich auch auf den Dienstleistungshandel aus: Während die geographische Nähe von Produzenten und Konsumenten für den Dienstleistungsbereich in der Vergangenheit entscheidend war, erleichtert die Digitalisierung den grenzüberschreitenden Handel von Dienstleistungen wie im Einzelhandel, in der Softwareentwicklung oder bei ausgelagerten Geschäftsprozessen. Im Gegensatz zum Warenhandel und zu ausländi-

Abbildung 5: Ursprung der Wertschöpfung in der Endnachfrage, 2005–2015 (in Prozent)

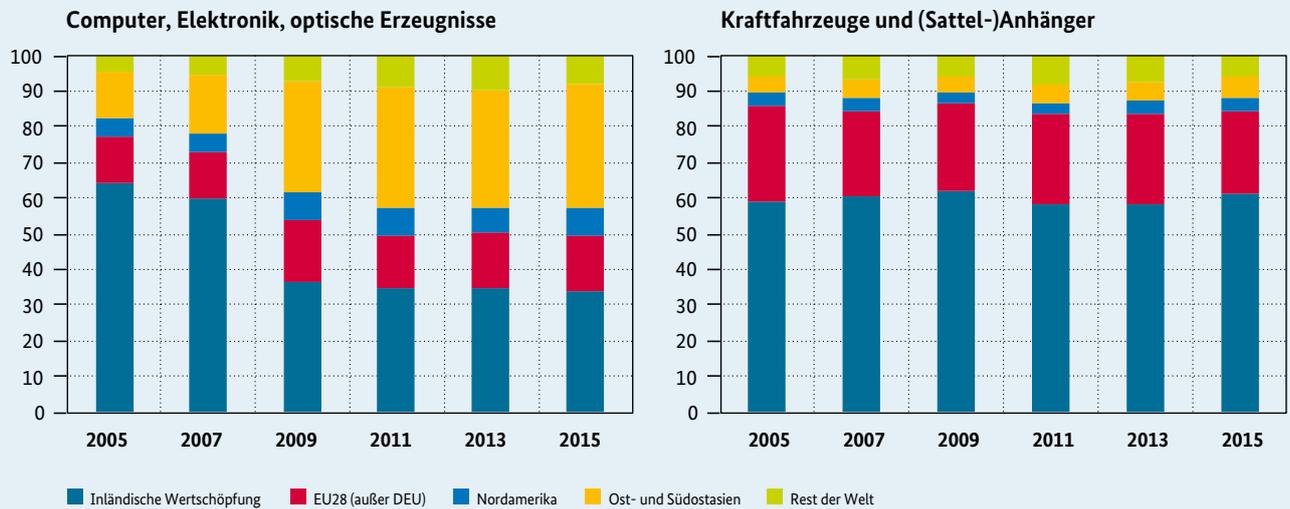
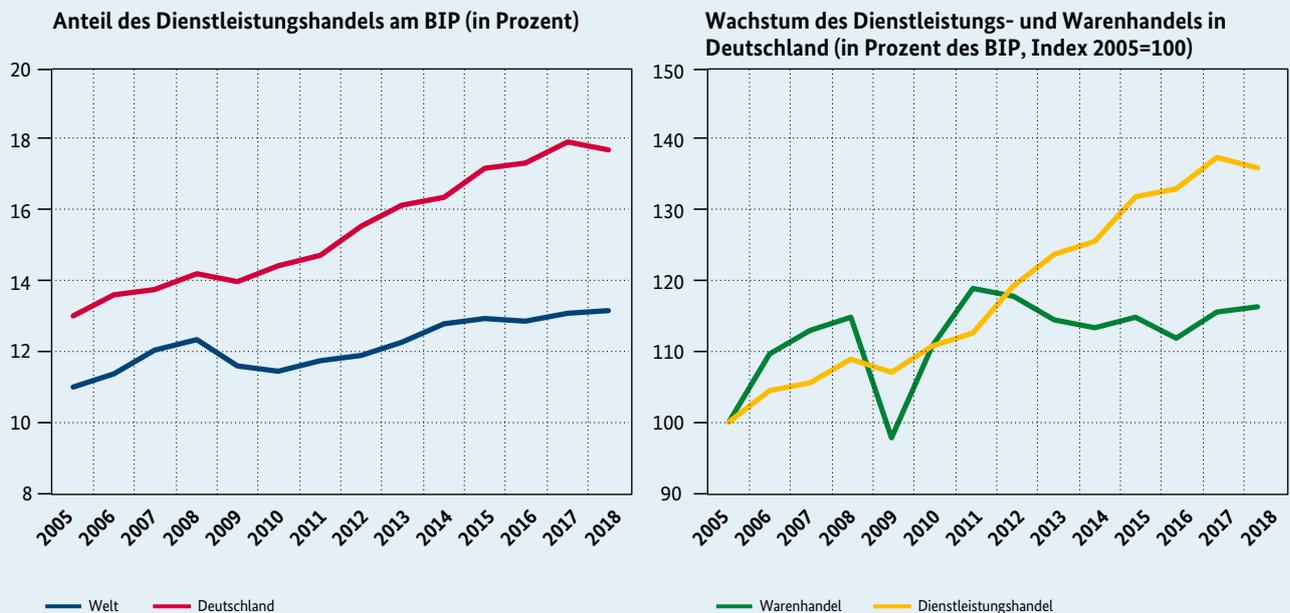


Abbildung 6: Veränderung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Dienstleistungshandels



schon Direktinvestitionen hat der Dienstleistungshandel im Verhältnis zum BIP auch nach der Finanzkrise weiter zugenommen und stieg insgesamt weltweit von 11% in 2005 auf 13% in 2018 und noch deutlicher in Deutschland,

von 13% auf 18% im selben Zeitraum (Abbildung 6). Zudem hat seit dem Jahr 2011 die Bedeutung des Dienstleistungshandels gemessen am BIP schneller zugenommen als die des Warenhandels.

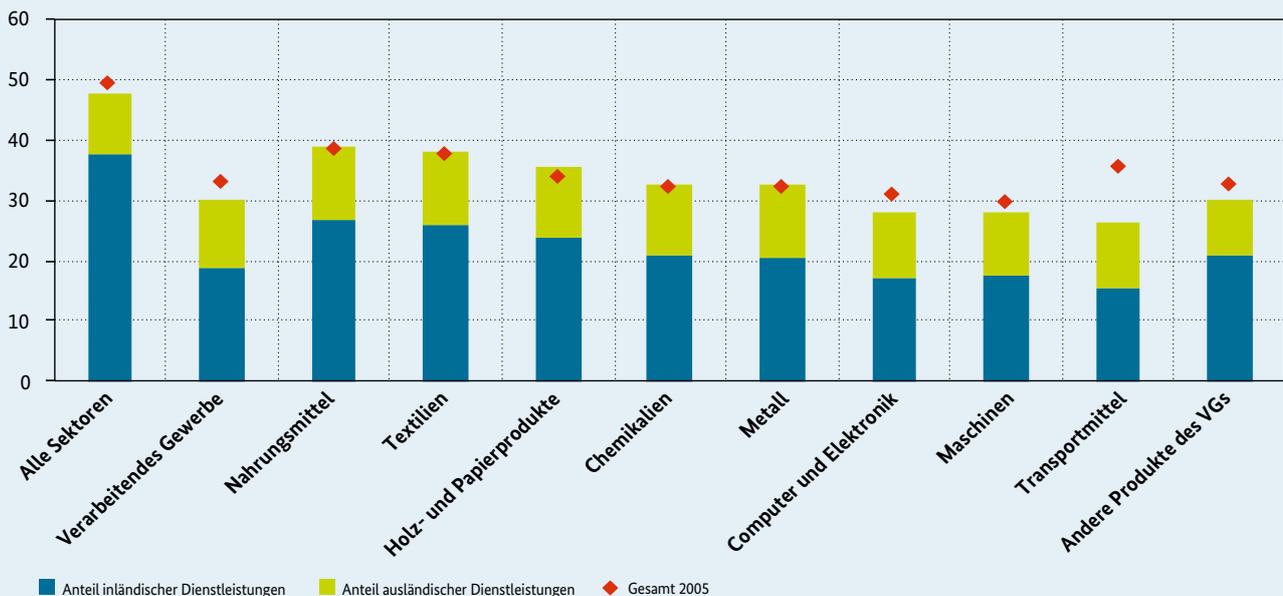
Die Rolle der Dienstleistungen wird bei der Analyse globaler Handelsverflechtungen oftmals unterschätzt. Dies liegt daran, dass aufgrund technologischer Entwicklungen die Unterscheidung zwischen Dienstleistungen und Gütern unschärfer geworden ist und in traditionellen Handelsstatistiken teilweise nicht genau abgebildet werden kann. In Deutschland stammt fast die Hälfte der Wertschöpfung der Gesamtexporte von inländischen und ausländischen Dienstleistungen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist es fast ein Drittel. Hier sind insgesamt etwa 11 % der Wertschöpfung auf ausländische Dienstleistungen zurückzuführen (Abbildung 7). Insgesamt hat die Bedeutung von Dienstleistungen an der deutschen Exportleistung seit 2005 leicht abgenommen. Bei einer Betrachtung des Dienstleistungsgehalts von Exporten ist jedoch im Gegensatz zum inländischen Wertschöpfungsanteil der ausländische Wertschöpfungsanteil leicht angestiegen, bezogen auf Exporte im Verarbeitenden Gewerbe um 1,3 %.

Globale Unsicherheiten und Handelsspannungen hinterlassen ihre Spur

Neben dem sich abzeichnenden Strukturwandel spielen auch politik-ökonomische Faktoren bei den Veränderungen der

Handelsverflechtungen eine Rolle, insbesondere mit Blick auf die globale Architektur des Welthandels. Nach der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1994 fielen die angewandten durchschnittlichen Zollraten weltweit von 9 % in den frühen 90er Jahren auf 3 % im Jahr 2006.³ In der letzten Dekade sind Zölle jedoch kaum weiter gefallen, was auf eine Stagnation der Handelsliberalisierung hindeutet. Hinzu kommt, dass seit der Uruguay-Runde, die mit der Gründung der WTO endete, keine weitere Verhandlungsrunde abgeschlossen wurde. Auf multilateraler Ebene sind somit keine weiteren Fortschritte bei wichtigen Themen wie Subventionen für Agrarprodukte oder beim Dienstleistungshandel erreicht worden. Stattdessen zeichnen sich seit der Weltwirtschaftskrise zunehmend protektionistische Tendenzen ab: In den letzten Jahren ist vor allem ein Anstieg von sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnissen (NTHs) zu beobachten. NTHs sind komplexer als Zölle und umfassen sämtliche Maßnahmen – abgesehen von tarifären Handelshemmnissen –, die Handelsströme beeinflussen können. NTHs können beispielsweise im Bereich der technischen Regulierungen, der Subventionen oder bei Lizenzen für Importe und Exporte auftreten. Weitere Herausforderungen für die multilaterale Handelspolitik ergeben sich durch das Auftreten neuer wirtschaftlicher

Abbildung 7: Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung bei Gesamtexporten und einzelnen Gütergruppen des Verarbeitenden Gewerbes, Deutschland, 2005 und 2015 (in Prozent)



Quelle: OECD TIVA, Datenbank 2018 Edition. BMWi-Berechnungen

3 Bei diesen Zahlen handelt es sich um gewichtete Mittelwerte für alle Produkte, welche auf Schätzungen der Weltbank auf Basis von Daten von UNCTAD und der WTO beruhen.

Schwergewichte wie China. Die chinesische Volkswirtschaft weist ein hybrides Wirtschaftsmodell mit Staatsunternehmen in strategischen Sektoren auf und beeinflusst damit auch den internationalen Wettbewerb. Weitere Herausforderungen lassen sich auf die fortbestehenden Interessensgegensätze zwischen Industrienationen und Entwicklungs- und Schwellenländern zurückführen. Diese Entwicklungen werfen Fragen nach der Zukunftsfähigkeit des WTO-Regelwerks auf und haben die Tendenz zu protektionistischem Handeln weiter verstärkt. Aktuelle Handelsspannungen stehen damit in Zusammenhang.

Jüngere Daten zeigen, dass der Güterhandel der G20-Staaten seit dem ersten Quartal 2018 kontinuierlich abgenommen hat, bis zum zweiten Quartal von 2019 um insgesamt 3,7% für Exporte und 3,3% für Importe.⁴ Allerdings lagen die Ex- und Importe der G20-Staaten insgesamt weiterhin über den Werten der Jahre 2015–2017. Die Gesamtwirkungen der aktuellen Handelsspannungen lassen sich allerdings erst in den nächsten Jahren genauer bewerten, da globale Handelsketten sich nur allmählich anpassen können. Bereits jetzt deutet sich jedoch an, dass die politischen Unsicherheiten viele auf dem Weltmarkt agierende Produzenten dazu veranlassen, ihre globale Ausrichtung zu überdenken. Heimische und regionale Märkte erscheinen in Anbetracht der gestiegenen Risiken als eine sicherere Alternative und machen Produktion in unmittelbarer Nähe zur Nachfrage wieder attraktiver (McKinsey Global Institute, 2019). Je länger die Unsicherheiten andauern, desto stärker werden Unternehmen auf Grund gestiegener Handelskosten ihre Produktionsprozesse anpassen und desto nachhaltiger verändern sich auch die Handelsstrukturen.

Auch bei FDI scheinen sich die gestiegenen globalen Unsicherheiten bereits bemerkbar zu machen. Im Jahr 2018 waren FDI-Ströme aus den USA negativ (-0,3% des BIP), d. h. es wurden mehr FDI-Bestände im Ausland abgebaut, als neu investiert wurde (Dis-Investment). Dies ist allerdings zu einem großen Teil auf die US-Unternehmenssteuerreform im Jahr 2017 zurückzuführen, die eine Rückverlagerung von Unternehmenspatenten und -lizenzen steuerlich attraktiv gemacht hatte. Aber auch in China, Deutschland und im globalen Durchschnitt waren FDI aus diesen Staaten in 2018 gemessen am BIP rückläufig, wenn auch nicht negativ. Bisherige Daten deuten darauf hin, dass sich der globale Rückgang von FDI im Jahr 2019 fortsetzt: Weltweit sind FDI-Ströme im ersten Halbjahr von 2019 im Vergleich

zum letzten Halbjahr von 2018 um 20% gesunken. Das globale Investitionsklima hat sich spürbar abgekühlt.⁵

Das Ende der Globalisierung?

Die vorgelegten empirischen Evidenzen sprechen nicht dafür, dass das „Ende der Globalisierung“ erreicht ist. Sie deuten aber durchaus auf eine bedeutsame Restrukturierung der weltwirtschaftlichen Handels- und Investitionsverflechtungen hin. An Stelle von De-Globalisierung spricht der Economist von „Slowbalisation“, da sich bisher lediglich eine Verlangsamung der Integration der Weltwirtschaft abzeichnet. Peter Vanham vom World Economic Forum (WEF) sieht hingegen in der Zeit seit der Finanzkrise den Beginn einer neuen „Globalisierungswelle 4.0“ (Vanham, 2019). An die Stelle globaler Wertschöpfungsverflechtungen, die die dritte Globalisierungswelle zwischen den 90er Jahren und der Finanzkrise prägten, sei der Handel von digitalen Gütern und Dienstleistungen getreten, begünstigt insbesondere durch E-Commerce, Künstliche Intelligenz und 3D-Druck.

Für Deutschland bleiben globale Wertschöpfungsverflechtungen und internationaler Handel von zentraler Bedeutung. Höhere Zölle, nichttarifäre Handelshemmnisse oder andere Handelseinschränkungen würden nicht nur die Konsumenten, sondern auch viele deutsche Exporteure stark treffen, da sie den Zugang zu importierten Vorleistungen erschweren und signifikante Produktivitäts- und Wohlfahrtsverluste mit sich bringen würden. Ein Fortbestehen des regelbasierten Systems der WTO sowie eine Deeskalation aktueller Handelsanspannungen sind daher insbesondere auch im deutschen Interesse. Darüber hinaus ist eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur mit einer gut aufgestellten Industrie und einem starken Dienstleistungssektor notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft in einer globalisierten Welt auch in Zukunft zu sichern.

Kontakt: Juliane Stolle
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

4 Die Berechnungen in diesem Absatz beruhen auf Daten von der OECD G20 International Merchandise Trade Statistics.

5 Die Daten in diesem Absatz stammen von UNCTAD und der OECD FDI Datenbank.

Referenzen

De Backer, K. and D. Flaig (2017), *The future of global value chains: Business as usual or “a new normal”?*, OECD Science, Technology and Industry Policy Papers, No. 41, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/d8da8760-en>

Kee, H. L. and Tang, H. (2016), „Domestic Value Added in Exports: Theory and Firm Evidence from China“, in *American Economic Review*, 106 (6): 1402-36, <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/aer.20131687>

Kraemer, K. L., Linden, G. Dedrick, J. (2011), “Capturing Value in Global Networks: Apple’s iPad and iPhone”, http://pcic.merage.uci.edu/papers/2011/value_ipad_iphone.pdf

McKinsey Global Institute (2019), *Globalization in Transition: the Future of Trade and Value Chains*, McKinsey & Company January, 2019. <https://www.mckinsey.com/~media/McKinsey/Featured%20Insights/Innovation/Globalization%20in%20transition%20The%20future%20of%20trade%20and%20value%20chains/MGI-Globalization%20in%20transition-The-future-of-trade-and-value-chains-Full-report.ashx>

Sturgeon, T. (2015), *Trade in value added indicators: what they are, what they aren’t, and where they’re headed*, VOX CEPR Policy Portal, 20 May 2015. <https://voxeu.org/article/trade-value-added-indicators-caveat-emptor>

Vanham, P. (2019), “A brief history of globalization”, World Economic Forum, <https://www.weforum.org/agenda/2019/01/how-globalization-4-0-fits-into-the-history-of-globalization/>

Bericht der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0

Vorschläge für Anpassung des EU-Wettbewerbsrechts an das digitale Zeitalter vorgelegt

Entwicklungen des digitalen Zeitalters und neue Geschäftsmodelle machen eine Anpassung der Regeln auf Märkten erforderlich. Die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 hat am 9. September 2019 Vorschläge zur Reform des nationalen sowie des EU-Wettbewerbsrechts vorgelegt. Die Kommission wurde im September 2018 vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, unter dem Vorsitz von Martin Schallbruch, Prof. Dr. Heike Schweitzer und Prof. Achim Wambach, Ph.D., eingesetzt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird die Ergebnisse – mit Blick auf den deutschen EU-Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2020 – nutzen, um Reformen auf europäischer Ebene anzustoßen.



Die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0

Globalisierung und Digitalisierung verändern unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Treiber dieser Entwicklung sind vielfach Online-Plattformen und global agierende Digitalunternehmen mit neuen, datengetriebenen Geschäftsmodellen.

Um das deutsche und europäische Wettbewerbsrecht für die Herausforderungen des digitalen Wandels fit zu machen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die „Kommission Wettbewerbsrecht 4.0“ eingesetzt. Die unabhängige Expertenkommission sollte untersuchen, welche Änderungen des wettbewerbsrechtlichen Rahmens erforderlich sind. Das Mandat war nicht auf das Kartellrecht im engeren Sinne begrenzt. Vielmehr sollte die Kommission auch Schnittstellen und Wechselwirkungen mit anderen Rechtsgebieten berücksichtigen. Für die ehrenamtliche Arbeit konnte das BMWi mit Martin Schallbruch,

Prof. Dr. Heike Schweitzer, Prof. Achim Wambach, Ph.D., Prof. Dr. Wolfgang Kirchhoff, Dr. Bernd Langeheine, Prof. Dr. Jens-Peter Schneider, Prof. Dr. Monika Schnitzer, Prof. Dr. Daniela Seeliger und Prof. Dr. Gerhard Wagner renommierte Wissenschaftler und Praktiker gewinnen. Die Bundstagsabgeordneten Hansjörg Durz, Dr. Matthias Heider und Falko Mohrs brachten die Sicht der Politik in die Diskussionen ein.

Die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 hat ihren Abschlussbericht nach knapp einem Jahr Arbeit im September 2019 vorgelegt. Die interdisziplinär besetzte Kommission tagte insgesamt sechs Mal. Sie hörte zahlreiche Expertinnen und Experten sowie Vertreter von etablierten Unternehmen, Start-ups und Verbänden an. In drei Arbeitsgruppen wurden die Tagungen intensiv vorbereitet. Achim Wambach (Vorsitzender der Monopolkommission und Präsident des ZEW) leitete die Gruppe zu digitalen Plattformen. Eine Arbeitsgruppe um Martin Schallbruch (stellvertretender

Direktor des Digital Society Instituts der ESMT Berlin) untersuchte die Rolle von Daten. Heike Schweitzer (HU Berlin) bearbeitete mit ihrer Gruppe Fragen der digitalen Ökosysteme und einer verbesserten Durchsetzung des europäischen Wettbewerbsrechts.

Der zentrale Ansatz der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 lautet: Ein modernes Wettbewerbsrecht muss auch im Zeitalter von Plattformen und digitalen Märkten dafür sorgen, dass sich Machtpositionen auf Märkten nicht verstetigen und jederzeit durch neue Anbieter mit freiem Marktzugang in Frage gestellt werden können (sog. Contestability bzw. Bestreitbarkeit von Märkten).

Sie hat insgesamt 22 konkrete Vorschläge für Anpassungen des EU-Wettbewerbsrechts in sieben Themengebieten vorgelegt, die auf einen neuen Wettbewerbsrahmen für die Digitalwirtschaft abzielen:

1. Neue Konzepte zur Erfassung von Marktmacht

Ziel des Wettbewerbsrechts ist es, durch Kontrolle wirtschaftlicher Machtpositionen einen offenen Wettbewerbsprozess zu gewährleisten, Innovationen zu ermöglichen und hierdurch die Wahlfreiheit der Nachfrager zu schützen. Ob eine wettbewerbsrechtlich relevante Machtposition vorliegt, wird mit Blick auf sachlich und räumlich relevante Märkte ermittelt.

Die traditionellen Methoden der Marktabgrenzung stoßen in der digitalen Ökonomie jedoch an ihre Grenzen. Bisher wird auf Grundlage der Bekanntmachung der EU-Kommission zur Definition des relevanten Marktes aus dem Jahr 1997 danach gefragt, welche Waren oder Dienstleistungen aus Sicht der Verbraucher austauschbar sind. Im Hinblick auf Plattformmärkte, „unentgeltliche“ Dienste (z. B. Suchmaschinen mit datengetriebenen Dienstleistungen) und digitale Ökosysteme (z. B. App-Stores) stellen sich jedoch zahlreiche komplexe Fragen, bei denen die klassischen Analysemethoden (Wechselbereitschaft von Kunden infolge von hypothetischen Preiserhöhungen) versagen. Die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 empfiehlt daher, die Konzepte für die Erfassung von Machtpositionen insbesondere digitaler Plattformen zu schärfen. So seien beispielsweise auf einem Plattformmarkt nicht allein die Marktanteile entscheidend, sondern vielmehr die Kontrolle über den Zugang zur Plattform. Daher wird empfohlen, dass die Europäische Kommission den Begriff der „relevanten Märkte“ im Hinblick auf digitale Geschäftsmodelle überarbeitet.

2. Datenzugang ermöglichen und Datenumgang stärken

Die Sammlung, Kombination und Auswertung von Daten steht im Zentrum digitaler Innovation und ist Kernbestandteil digitaler Geschäftsmodelle. Der Zugang zu Daten kann daher einen erheblichen Wettbewerbsvorsprung begründen. Vor diesem Hintergrund wird in Deutschland intensiv darüber diskutiert, ob für Wettbewerber Datenzugangsansprüche geschaffen werden sollten.

Nach Auffassung der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 sollte die missbräuchliche Verweigerung des Datenzugangs durch marktbeherrschende Unternehmen bereits nach geltendem europäischen Recht als Wettbewerbsverstoß identifiziert werden. Handelt es sich jedoch in bestimmten Wirtschaftsbereichen um ein systematisches Problem, könne dies das Kartellrecht überfordern.

Die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 ist der Auffassung, dass die Stärkung der Konsumentensouveränität ein wichtiges Instrument sein kann, um Wettbewerbsprobleme zu vermeiden. Je einfacher Konsumenten ihre Daten von einem zum anderen Anbieter portieren oder neuen Anbietern den Zugang zu ihren Daten gewähren können, desto eher können Wettbewerber datenbasierte Machtpositionen angreifen. Nutzer sollten daher einen im europäischen Recht verankerten Anspruch haben, Drittanbietern ein digitales Nutzerkonto zugänglich zu machen; Datentreuhänder gelte es zu fördern. Weitere Vorschläge in dieser Kategorie befassen sich mit einer verbesserten Open-Data-Strategie auf europäischer Ebene und in den Mitgliedsstaaten.

3. Klare Verhaltensregeln für marktbeherrschende Plattformen

Zwei Aspekte von digitalen Plattformen stellen das Wettbewerbsrecht vor besondere Herausforderungen:

- ▶ Starke positive Netzwerkeffekte führen zu Konzentrationstendenzen, die den Wettbewerb erschweren;
- ▶ das Plattformunternehmen hat die Kontrolle über den Wettbewerb auf der Plattform (sog. „Gatekeeper“-Funktion).

Nach Auffassung der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 besteht aufgrund dieser Besonderheiten die Gefahr, dass marktbeherrschende Plattformunternehmen eigene Angebote begünstigen oder unfaire Vertragsbedingungen von

den Nutzern fordern. Die Europäische Kommission hat in diesem Zusammenhang gegen Google und Amazon, das Bundeskartellamt gegen Facebook Verfahren durchgeführt. Diese Verfahren sind jedoch äußerst langwierig und komplex.

Als Lösung schlägt die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 vor, klare Verhaltensregeln für marktbeherrschende Online-Plattformen festzulegen. Diesen soll untersagt werden, die eigenen Dienste im Verhältnis zu Drittanbietern zu begünstigen, soweit dies nicht auf sachlichen Erwägungen beruht. Außerdem sollen die betroffenen marktbeherrschenden Online-Plattformen verpflichtet werden, ihren Nutzern die Übertragbarkeit der Nutzer- und Nutzungsdaten in Echtzeit zu ermöglichen sowie die Interoperabilität mit Komplementärdiensten zu gewährleisten. Zusätzlich schlägt die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 vor, Verfahren zur alternativen Streitbeilegung für Rechtsverletzungen auf Online-Plattformen zu prüfen.

4. Mehr Rechtssicherheit für Kooperationen

Im Zuge der Umwälzungen der digitalen Ökonomie beschäftigten sich immer mehr Unternehmen mit den Möglichkeiten der Daten- und Plattformökonomie und den Chancen, die technische Innovationen wie etwa der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) bieten. Hierfür ist es oft notwendig, dass Unternehmen zusammenarbeiten und Daten austauschen. Die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 bemängelt, dass es für Kooperationen der Wirtschaft im Digitalbereich wenig Rechtssicherheit gebe. Um dies zu ändern, sollte die Europäische Kommission Rechtsfragen im Zusammenhang mit Kooperationen von Unternehmen in der digitalen Ökonomie mit Priorität behandeln. Darüber hinaus empfiehlt die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0, auf europäischer Ebene ein freiwilliges Anmeldesystem für neuartige Formen der Kooperationen in der Digitalwirtschaft einzurichten. Die Wettbewerbsbehörde soll dann innerhalb von 90 Tagen entscheiden, ob die geplante Zusammenarbeit zulässig ist.

5. Augenmerk auf den Aufkauf von Start-ups im Rahmen der Fusionskontrolle

Der gezielte Aufkauf von Start-ups in einer frühen Entwicklungsphase durch marktbeherrschende Unternehmen kann auch nach Ansicht der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 den Wettbewerb schädigen und Anreize für Innovationen verringern. Damit solche Aufkäufe auf EU-Ebene geprüft werden können, müssen sie in den Anwendungsbereich der

Fusionskontrollverordnung (FKVO) fallen. Nach der aktuellen FKVO werden Fusionen aber nur dann geprüft, wenn beide beteiligten Unternehmen bestimmte Umsätze erzielen. Viele Start-ups haben jedoch keine oder nur sehr geringe Umsätze und fallen so nicht in den Anwendungsbereich der EU-Fusionskontrolle.

Trotzdem empfiehlt die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 keine Reform der FKVO. Allerdings sollte die Europäische Kommission einschlägige Fälle systematisch beobachten und auswerten. Zudem soll bei der Anwendung des geltenden Fusionskontrollrechts ein besonderes Gewicht auf die Gefahren gelegt werden, die durch den systematischen Aufkauf junger, innovativer Start-ups durch marktmächtige Digitalunternehmen entstehen. Die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 empfiehlt die Entwicklung von Leitlinien, die diesen Anforderungen Rechnung tragen.

Bestehenden Überlegungen, die Fusionskontrolle im Digitalbereich nicht mehr vor dem Zusammenschluss, sondern erst nach dem Zusammenschluss vorzunehmen (Ex-post-Kontrolle), erteilt die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 eine Absage: Hier entstehe zu große Rechtsunsicherheit für Unternehmen. Gleichwohl soll die Europäische Kommission geeignete Fälle ebenfalls beobachten und analysieren, um festzustellen, ob die bestehende Ex-ante-Kontrolle weiterhin ausreicht.

6. Effektivere Anwendung des Verfahrensrechts sicherstellen

Das derzeit geltende Verfahrensrecht zur Durchsetzung wettbewerbsrechtlicher Maßnahmen hält die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 momentan nicht für überarbeitungswürdig. Zwar seien die Prozesse gerade in größeren Verfahren (im Fall Google Shopping dauerte das Verfahren der Europäischen Kommission über sechs Jahre) sehr zeit- und ressourcenintensiv. Dennoch gebe das EU-Verfahrensrecht der Europäischen Kommission genügend Mittel an die Hand, um schnell auf mögliche Verstöße reagieren zu können. Hierzu zählt insbesondere die Möglichkeit, einstweilige Maßnahmen zu treffen.

Die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 kritisiert jedoch, dass die Europäische Kommission von diesem Instrument in der Vergangenheit zu selten Gebrauch gemacht habe. Gerade bei neu aufkommenden rechtlichen Fragen im Gebiet der digitalen Ökonomie solle die Europäische Kommission einstweilige Maßnahmen proaktiv einsetzen, um Schädigung des Wettbewerbs zu verhindern.

7. Neue EU-Behörden für die digitale Transformation

Im letzten Teil empfiehlt die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene institutionelle Änderungen, um die Herausforderungen der digitalen Ökonomie besser zu meistern. Dafür solle die neu gewählte Europäische Kommission ein „Digital Markets Board“ einrichten, das digitalpolitische Aspekte in verschiedenen Politikbereichen koordiniert. Daneben empfiehlt die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 mehrheitlich auch die temporäre Einrichtung einer „Digital Markets Transformation Agency“, die Informationen über Marktentwicklungen sowie technische Entwicklung sammeln und aufbereiten soll. Zuletzt steht die Empfehlung, dass die datenschutzrechtliche Aufsicht in den Mitgliedsstaaten stärker zentralisiert werden sollte, um eine kohärentere Datenschutzpolitik zu ermöglichen.

Ausblick

Für die Vorbereitung der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 bietet die Arbeit der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 eine gute Grundlage. Der Abschluss-

bericht fasst die internationale Diskussion über die Weiterentwicklung des Wettbewerbsrahmens für die Digitalwirtschaft zusammen und liefert konkrete Vorschläge, was im Hinblick auf die Herausforderungen der Digitalisierung getan werden kann und sollte. Bundesminister Peter Altmaier hat den Abschlussbericht bereits an die Europäische Kommission übersandt. Gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Frankreich und Polen hatte Minister Altmaier zudem bereits am 4. Juli 2019 trilaterale Vorschläge für eine Reform des europäischen Wettbewerbsrechts vorgelegt.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat die Arbeit der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 intensiv begleitet. Auf diesem Wege konnten viele der Ideen schon bei der Ausarbeitung des seit Anfang Oktober 2019 in der Ressortabstimmung befindlichen GWB-Digitalisierungsgesetzes berücksichtigt werden, mit dem das nationale Wettbewerbsrecht modernisiert werden soll.

Kontakt: Daniel Fülling
Referat: Grundsatzfragen der Wettbewerbspolitik,
Kartellrecht, wettbewerbspolitische Fragen der
Digitalisierung

„Den Strukturwandel meistern“ – Jahresgutachten 2019/2020 des Sachverständigenrates

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung legt neues Gutachten vor

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht in seinem Jahresgutachten die zentralen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaftspolitik im Strukturwandel, im technologischen Wandel sowie in der Klimapolitik. In Zeiten der Digitalisierung sei die Wirtschaftspolitik vor allem gefordert, Wachstumspotenziale zu heben.



Am 6. November 2019 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) sein aktuelles Jahresgutachten mit dem Titel „Den Strukturwandel meistern“ an Bundeskanzlerin Merkel übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin sieht der SVR vor dem Hintergrund der verhaltenen konjunkturellen Entwicklung die zentralen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaftspolitik in der Gestaltung des Strukturwandels und der Digitalisierung sowie in der Klimapolitik. Die Antwort auf diese Herausforderungen liegt laut SVR in der Förderung von Forschung und Innovation,

einer Erhöhung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und älteren Menschen, der Steigerung von privaten und öffentlichen Investitionen sowie in international koordinierten Antworten, insbesondere mit Blick auf die Klimapolitik.¹ Dem SVR wurde im Sommer 2019 die Aufgabe des Nationalen Ausschusses für Produktivität übertragen. Diese Ausschüsse wurden auf europäischer Ebene eingerichtet, um Entwicklungen im Bereich von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu analysieren. Als Teil des Jahresgutachtens legt der Rat seinen ersten Produktivitätsbericht in dieser Funktion vor.²

- 1 Der SVR hat im Juli 2019 ein Sondergutachten mit dem Titel „Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik“ vorgelegt. Über das Sondergutachten wurde in der Ausgabe von August 2019 der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik berichtet.
- 2 Mit der Beauftragung des SVR als Nationaler Ausschuss für Produktivität hat Deutschland die entsprechende Empfehlung der Europäischen Union (2016/C 349/01) umgesetzt. Die nationalen Ausschüsse sollen die Entwicklungen im Bereich der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit analysieren. Der Sachverständigenrat legt mit dem aktuellen Jahresgutachten in Kapitel 2 den ersten Produktivitätsbericht vor, der nun jährlich erstellt wird.

Deutliche Abkühlung der Konjunktur

Der SVR stellt in seinem Jahresgutachten dar, dass der lang anhaltende Aufschwung vorerst zu einem Ende gekommen sei. Diese Entwicklung spiegele das verlangsamte Wachstumstempo der Weltwirtschaft sowie den in Folge der Handelskonflikte schwachen Welthandel wider. Zudem konstatiert der SVR einen globalen Industrieabschwung, von dem Deutschland besonders betroffen sei. Für das Jahr 2019 prognostiziert der SVR ein deutsches Wirtschaftswachstum von +0,5 Prozent und für das Jahr 2020 einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von +0,9 Prozent. Diese Einschätzungen liegen nah an der Projektion der Bundesregierung, die für 2019 ebenfalls ein Wirtschaftswachstum von +0,5 Prozent und für 2020 einen leicht höheren Zuwachs von +1,0 Prozent erwartet. Allerdings sieht der SVR erhebliche Risiken für die weitere Entwicklung zum Beispiel in einer möglichen Eskalation der Handelskonflikte, welche die exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders treffen würde.

Trotz der verhaltenen konjunkturellen Aussichten sieht die Mehrheit des SVR keine Notwendigkeit für ein Konjunkturprogramm, da die Geld- und die Fiskalpolitik bereits expansiv ausgerichtet seien. Zudem sei der Wachstumsrückgang moderat. Aus Sicht der Mehrheit des SVR seien vielmehr die automatischen Stabilisatoren (wie insbesondere die gesetzliche Arbeitslosenversicherung und das progressive Steuersystem) ausreichend. Eine Minderheit des SVR (Prof. Schnabel/Prof. Truger) erachtet es vor dem Hintergrund des gestiegenen Rezessionsrisikos für sinnvoll, dass Bund, Länder und Kommunen ihre im Rahmen der Schuldenbremse vorhandenen Spielräume für antizyklische Maßnahmen in den Blick nehmen. Aus Sicht der Minderheit des SVR könnten im Fall einer konjunkturellen Eintrübung frühzeitige temporäre Maßnahmen wie etwa die befristete Einführung der degressiven Abschreibung oder ein Vorziehen der teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags angezeigt sein.

Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln verbessern

Der SVR erklärt den Rückgang des Wirtschaftswachstums nicht nur mit konjunkturellen Aspekten, sondern sieht für diese Entwicklung auch strukturelle Ursachen. So zeige sich seit einiger Zeit eine anhaltend schwache Produktivitätsentwicklung in Deutschland. Dabei handelt es sich auch um ein internationales Phänomen. Als mögliche Ursachen dieser Entwicklung in Deutschland identifiziert der SVR



insbesondere Verzögerungen beim Aufgreifen neuer Technologien sowie einen Rückgang der Gründungsdynamik. Mit Blick auf diese Befunde und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, die zu einer abnehmenden Zahl von Erwerbstätigen und einer Alterung der Gesellschaft führen wird, leitet der SVR wirtschaftspolitische Implikationen ab, die aus seiner Sicht zu einer Trendumkehr im Produktivitätswachstum und einer Zunahme des Potenzialwachstums beitragen können. So sollte aus Sicht des SVR die Gründungsdynamik unter anderem durch den Abbau von Arbeitsmarkt- und Produktmarktregulierungen, die als Markteintrittsbarrieren wirken, gestärkt werden. Um das Humanvermögen in Deutschland zu erhalten bzw. zu verbessern, spricht sich der SVR für lebenslanges Lernen und Verbesserungen im Bereich der frühkindlichen Bildung aus. Weiterhin sind aus Sicht des SVR private Investitionen entscheidend für die langfristige Wohlfahrt. Hierfür seien verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, ein wettbewerbsfähiges Steuersystem sowie eine wachstumsfördernde Gestaltung der Infrastrukturpolitik von zentraler Bedeutung. Auch der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten sei eine wichtige Bedingung für unternehmerische Aktivitäten. Hier stellt der SVR Defizite bei der Bereitstellung von privatem Wagniskapital fest.

Unterschiedliche Einschätzungen zur Schuldenbremse

In seinem aktuellen Jahresgutachten befasst sich der SVR näher mit den öffentlichen Finanzen und insbesondere der Schuldenbremse. Dabei gibt es unterschiedliche Einschätzungen innerhalb des SVR, ob es Reformbedarf bei der Schuldenbremse gibt. Die Mehrheit des SVR sieht keinen Reformbedarf, da die aktuelle Regelung ausreichende Spielräume sowohl für Zwecke der Konjunkturstabilisierung als auch für etwaige Bedarfe bei den öffentlichen Investitionen biete. Eine Minderheit des SVR (Prof. Schnabel/Prof. Truger) sieht demgegenüber konzeptionelle Probleme bei der Schuldenbremse und rät dazu, bestehende Spielräume pragmatisch zu nutzen, um konjunkturelle Flexibilität zu wahren und den erheblichen Investitionsbedarf zu decken, der für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft und für die ökologische Wende erforderlich ist.

Deutsche Industriepolitik nicht neu erfinden, sondern weiterentwickeln

Der SVR sieht in einer Industriepolitik, die für alle Marktakteure die geeigneten Rahmenbedingungen festlegt und die Verbreitung von Wissen vorantreibt, eine Grundlage für eine höhere wirtschaftliche Dynamik und eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings sieht er den Schutz und die Subventionierung einzelner Wirtschaftsbereiche und Unternehmen kritisch, da dadurch der Strukturwandel gebremst werden kann. Der SVR gesteht aber zu, dass in Fällen sektorspezifischen Marktversagens auf einzelne Sektoren oder Technologien zugeschnittene vertikale Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur gerechtfertigt sein können. Um zu verhindern, dass eine solche Förderung durch Interessengruppen vereinnahmt wird, sollte der Staat strenge Kriterien anlegen. Eine „missionsorientierte Industriepolitik“ könne Elemente der horizontalen und der vertikalen Industriepolitik sinnvoll verknüpfen, indem sie große, gesellschaftlich relevante Ziele sektorübergreifend verfolge. Als Beispiel nennt der SVR das Thema Treibhausgasneutralität in Europa bis 2050 und einen einheitlichen, sektorübergreifenden CO₂-Preis.

Aufstiegschancen sichern und Arbeitsanreize stärken

Gemäß seinem gesetzlichen Auftrag hat sich der SVR in seinem aktuellen Jahresgutachten wieder den Fragen der Verteilung von Einkommen und Vermögen zugewandt. Er stellt fest, dass die Einkommensverteilung seit 2005 weitgehend stabil geblieben ist. Das ausgeprägte Steuertransfersystem sorgt für eine deutliche Reduktion der Einkommensungleichheit. Vor diesem Hintergrund spricht sich die Mehrheit des SVR gegen zusätzliche Maßnahmen aus, die auf eine Angleichung der Einkommensverteilung abzielen. Die Vermögensungleichheit hingegen sei weiterhin hoch, aber zwischen 2007 und 2017 leicht zurückgegangen. Allerdings hätten sich im selben Zeitraum die Nettovermögen deutlich erhöht.

Der SVR stellt heraus, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland nur unzureichend als Sprungbrett in besser bezahlte Arbeitsverhältnisse funktioniert. Um Aufstiegschancen aus dem Niedriglohnbereich zu verbessern und Arbeitsanreize zu stärken, sollten – so der SVR – negative Arbeitsanreize durch eine Reform des Steuer- und Transfersystems abgemildert werden. So könne etwa eine Neustrukturierung der Transferentzugsraten Arbeitsanreize erhöhen und so für eine größere Teilnahme am Erwerbsleben sorgen.

Die Bundesregierung nimmt im Rahmen des Jahreswirtschaftsberichts 2020 zu dem Jahresgutachten Stellung. Dieser wird im Januar 2020 vorgelegt. Weitere Informationen zum Jahresgutachten des SVR finden sich unter www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de.

Kontakt: Dr. Franziska Lottmann
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Aufbruch nach Afrika

Wie das Wirtschaftsnetzwerk Afrika deutsche Unternehmen beim Markteintritt in afrikanische Märkte unterstützt

Am 19. November 2019 fand auf Einladung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die zweite G20-Compact with Africa Konferenz in Berlin statt, bei der auch das neue Wirtschaftsnetzwerk Afrika vertreten war. Das Netzwerk bietet Unternehmen Beratungsangebote und maßgeschneiderte Unterstützung beim Markteintritt auf dem afrikanischen Kontinent.



Warum Afrika? Die Antwort auf diese Frage ist so vielfältig wie die Beratungs- und Unterstützungsangebote, die es für deutsche Unternehmen am Markt gibt. Um Unternehmen noch besser dabei zu unterstützen, die für sie passenden Angebote zu finden, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) dieses Jahr das Wirtschaftsnetzwerk Afrika aufgebaut. Es vernetzt die bestehenden Akteure und Programme der Außenwirtschaftsförderung sowie der Entwicklungszusammenarbeit und ergänzt vorhandene Angebote. Das Netzwerk bietet interessierten Unternehmen ein abgestimmtes Beratungsangebot und maßgeschneiderte Unterstützung beim Markteintritt auf dem afrikanischen Kontinent.

Im Oktober wurde für das Wirtschaftsnetzwerk Afrika eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet. Diese stellt Unternehmen einen „Afrika-Partner“ an die Seite, der die Unternehmen als eine Art „Kundenbetreuer“ von der Projektidee bis zum Markteintritt und darüber hinaus begleitet. Dazu gehören auch die Prüfung von Businessplänen, der Verweis auf mögliche Förderprogramme und die Vermittlung loka-

ler Kontakte und Partnerunternehmen. Daneben sollen Unternehmen gezielt auf Geschäftschancen in Afrika aufmerksam gemacht werden, die die Geschäftsstelle und die Partner des Wirtschaftsnetzwerks vorab identifizieren und aufbereiten. Zu den Aufgaben der Geschäftsstelle gehört es außerdem, das Wirtschaftsnetzwerk Afrika in der Öffentlichkeit zu vertreten sowie neue Projekte und Unterstützungsmodulare für Schwerpunktländer und -branchen in Afrika zu entwickeln. Unternehmen sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Geschäftsideen an die Geschäftsstelle zu wenden.

Mit drei Pilotprojekten am Start

Das Angebot des Wirtschaftsnetzwerks Afrika umfasst vielfältige Serviceleistungen wie beispielsweise Zielmarktstudien, Informationsveranstaltungen, Webinare und Geschäftsanbahnungsreisen. In drei Ländern – Ghana, Marokko und Äthiopien – hat das Wirtschaftsnetzwerk im Sommer Pilotprojekte gestartet, um den neuen Beratungsansatz einem Markttest zu unterziehen. In Ghana liegt der Fokus bei-

spielsweise im Bereich der Lebensmittelverarbeitungstechnik und -logistik, welcher vielfältige Investitionsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen bietet. Zudem bietet das Wirtschaftsnetzwerk Unternehmen in verschiedenen Pilotbranchen (in Marokko z. B. die Gesundheitswirtschaft) bis zu 40 Stunden individuelle und kostenlose Beratung zu allen Fragen rund um ihr Geschäftsvorhaben in Afrika. Die Afrika-Partner aus der Geschäftsstelle des Wirtschaftsnetzwerks sind erste Ansprechpartner für die Unternehmen und können sie – je nach Beratungsbedarf – an die einschlägigen Experten für eine Erstberatung oder eine vertiefte Beratung zu speziellen Themen weiterleiten. Das befähigt vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, Investitionsentscheidungen fundiert und fallbezogen zu treffen – auch wenn sie noch keine Erfahrung auf dem afrikanischen Markt haben.

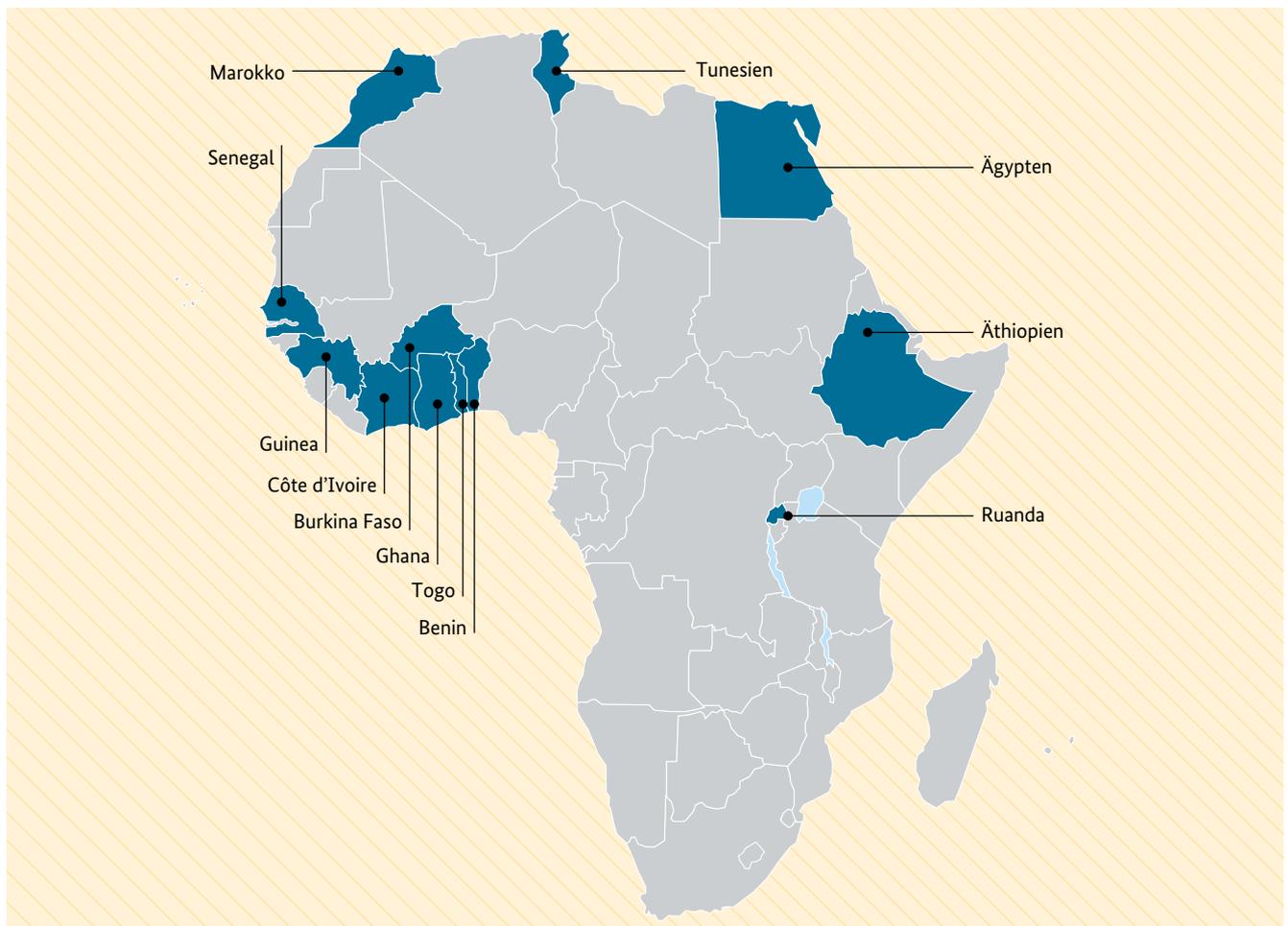
Neben der Geschäftsstelle gibt es auch eine neue digitale Anlaufstelle für afrikainteressierte Unternehmen: Mit dem

Africa Business Guide (www.africa-business-guide.de) hat die bundeseigene Außenwirtschaftsförderungsgesellschaft Germany Trade & Invest (GTAI) im Auftrag des BMWi eine digitale Plattform für das Wirtschaftsnetzwerk Afrika geschaffen. Der Africa Business Guide ist erste Anlaufstelle für Austausch und Information für alle Anbieter der Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit, für Partner sowie für Unternehmen, die sich für einen Markteintritt in Afrika interessieren.

Reformorientierte Länder Afrikas im Fokus

Das Wirtschaftsnetzwerk Afrika ist die wichtigste Maßnahme des BMWi zur Umsetzung des G20-Compact with Africa. Der G20-Compact with Africa ist als zentrales Element der G20-Afrika-Partnerschaft unter deutscher Präsidentschaft 2017 ins Leben gerufen worden. Ziel ist, die Investitionsbedingungen in reformorientierten afrikanischen Ländern

Teilnehmerländer am G20-Compact with Africa





Feierlicher Austausch der Dokumente zur Gründung der neuen Delegation der Deutschen Wirtschaft in Côte d'Ivoire zwischen Bundeswirtschaftsminister Altmaier und dem ivorischen Wirtschafts- und Finanzminister Coulibaly



Bundeswirtschaftsminister Altmaier beim Wirtschaftstalk unter anderem mit dem Hauptgeschäftsführer des DIHK Dr. Martin Wansleben

zu verbessern und dadurch zu mehr privaten Investitionen beizutragen. In Investitionspartnerschaften (Compacts) zwischen einzelnen afrikanischen Ländern, internationalen Organisationen (Weltbankgruppe, Afrikanische Entwicklungsbank, Internationaler Währungsfonds) und bilateralen Partnern koordinieren die Beteiligten hierzu konkrete Maßnahmen. Aktuell nehmen zwölf Länder teil: Ägypten, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Marokko, Ruanda, Senegal, Togo, Tunesien (siehe Abbildung S. 29). Die Aufnahme erfolgt auf Initiative der interessierten Länder durch eine Entscheidung der G20-Staaten.

Bundeskanzlerin Merkel lud die Staats- und Regierungschefs der zwölf am G20-Compact with Africa beteiligten afrikanischen Länder, ausgewählte G20-Staaten sowie internationale Organisationen am 19. November 2019 erneut zu einer G20-Compact with Africa Konferenz nach Berlin ein. Im Kontext dieses Treffens gab es auch wieder eine Investorenkonferenz, die der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft in Kooperation mit der Subsahara-Afrika-Initiative der deutschen Wirtschaft unter Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin ausrichtete. In ihrer Eröffnungsrede hob Merkel das Wirtschaftsnetzwerk Afrika hervor, das „deutschen Unternehmen mit individueller Beratung zu Fördermöglichkeiten sowie zu wirtschaftlichen und recht-

lichen Rahmenbedingungen in afrikanischen Ländern“ diene.

Bundesminister Altmaier betonte, private Investitionen in Afrika müssten gestärkt werden, um langfristig Arbeitsplätze, Perspektiven und Wohlstand in Afrika zu schaffen. Er unterzeichnete gemeinsam mit dem äthiopischen Energieminister Seleshi Bekele eine Vereinbarung zu einer projektbezogenen Energiekooperation. Mit dem ivorischen Wirtschafts- und Finanzminister Coulibaly tauschte er Dokumente zur Gründung eines neuen Standorts im Netz der Auslandshandelskammern in Côte d'Ivoire aus. Außerdem sprach Minister Altmaier mit deutschen und afrikanischen Unternehmensvertretern und dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Dr. Martin Wansleben, über die Chancen und Herausforderungen privatwirtschaftlichen Engagements in Afrika.

Kontakt: Jenny Eberhardt
Referat: Außenwirtschaftsförderung, Task Force
Wirtschaftsnetzwerk Afrika
Kontakt: Dr. Ulrike Zirpel
Referat: Subsahara-Afrika

Gut beraten mit dem Wirtschaftsnetzwerk Afrika

Mit dem Wirtschaftsnetzwerk Afrika und einem starken Netz etablierter Akteure und Programme der Außenwirtschaftsförderung sind deutsche Unternehmen auf ihrem Weg nach Afrika gut beraten. Deutsche Unternehmen, die wirtschaftlich in Afrika aktiv werden wollen, unterstützt das Wirtschaftsnetzwerk Afrika durch ein gebündeltes Beratungs- und Begleitungsangebot.

Der regionale Fokus des Wirtschaftsnetzwerks liegt auf den derzeit zwölf Ländern des Compact with Africa (CwA): Ägypten, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Marokko, Ruanda, Senegal, Togo und Tunesien. Im Sommer 2019 ist das Wirtschaftsnetzwerk Afrika mit drei Pilotprojekten (Marokko, Ghana, Äthiopien) gestartet und wird perspektivisch auf den gesamten afrikanischen Kontinent ausgeweitet.

Mit AfricaConnect bietet die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) Unterstützung bei der Finanzierung deutscher Investitionen in Afrika.

Kontakt:

Geschäftsstelle Wirtschaftsnetzwerk Afrika

Potsdamer Straße 199

10783 Berlin

Tel.: 030 – 2757 5760

beratung@wirtschaftsnetzwerk-afrika.de

www.bmwi.de/wirtschaftsnetzwerk-afrika

www.africa-business-guide.de

Happy Birthday, GTAI!

10 Jahre Außenwirtschaftsförderung durch Germany Trade & Invest

Germany Trade & Invest, kurz GTAI, ist die Außenwirtschaftsförderungsgesellschaft des Bundes. Seit zehn Jahren unterstützt sie deutsche Unternehmen bei der Suche nach neuen Exportmärkten und ausländische Investoren bei der Suche nach neuen Standorten in Deutschland. Darüber hinaus vermittelt sie Kooperationen zwischen Unternehmen. So trägt die GTAI dazu bei, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu sichern.



Für Deutschland als Volkswirtschaft in der Mitte Europas sind enge wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland von zentraler Bedeutung. Starke Handels- und Investitionsbeziehungen fördern das inländische Wachstum und tragen damit entscheidend zur Sicherung des Wohlstands bei. Wichtige Voraussetzungen dafür sind ein möglichst offener Zugang zu ausländischen Märkten und attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen. Das alleine reicht aber nicht aus. Entscheidend ist, dass die relevanten Akteure im In- und Ausland auch davon erfahren. Der Wissens- und Informationsaustausch über ausländische Märkte und inländische Standorte ist das Geschäft der GTAI. Dabei steht die mittelständische Wirtschaft besonders im Fokus.

Von Deutschland in die Welt – Trade

99,5 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen. Sie stellen knapp 60 Prozent aller Arbeitsplätze und über 80 Prozent aller Ausbildungsplätze.¹

Viele Mittelständler sind auch international erfolgreich. Der „German Mittelstand“ gilt weltweit als Erfolgsmodell.

Gleichzeitig stellt der Weg ins Ausland aber gerade kleine und mittlere Unternehmen vor große Herausforderungen. Während Konzerne und Großunternehmen umfangreiche Rechtsabteilungen unterhalten und Dienstleister zur Marktbeobachtung beschäftigen, sind solche Ressourcen bei kleineren Unternehmen in der Regel nicht vorhanden. Hier kommt die GTAI ins Spiel: Sie bietet fundierte, gut aufbereitete Informationen zu allen wichtigen Auslandsmärkten. Am Standort Bonn bereiten GTAI-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter relevante Informationen zu Zollvorschriften, Wirtschaftsrecht und interessanten Auslandsmärkten auf und stellen sie exportinteressierten Unternehmen zur Verfügung. Darüber hinaus beantworten sie auch ganz praktische Fragen, beispielsweise zu chinesischen Zollsätzen für Kreuzschlitzschrauben oder zu Urlaubstagen nach indischem Arbeitsrecht. Von ihrer Expertise können selbstverständlich alle Unternehmen profitieren.

¹ Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2017. Quelle: IfM Bonn, www.ifm-bonn.org.

Weltweit vor Ort – an über 50 Standorten

Neben diesen „harten Fakten“ spielen aber auch qualitative Informationen aus erster Hand eine entscheidende Rolle, um eine umfassende Einschätzung über mögliche Exportmärkte anbieten zu können. Um die Stimmung vor Ort einzufangen und einen ungefilterten Blick zu ermöglichen, unterhält die GTAI ein Netzwerk von Korrespondentinnen und Korrespondenten an über 50 Auslandsstandorten. Hinzu kommen Reisekorrespondenten der GTAI, die unterschiedliche Länder regelmäßig besuchen und von dort berichten. Die Korrespondentinnen und Korrespondenten sind vor Ort gut vernetzt. Dabei ist die GTAI frei von wirtschaftlichen Interessen. Ziel ist es, objektiv und sachlich zu informieren. Die Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sind gleichzeitig Beobachter der Investorenszene in den Gastländern und vermitteln bei Bedarf Kontakte nach Deutschland. Um möglichst umfassende Informationen bereitstellen zu können, kooperiert die GTAI eng mit den Auslandshandelskammern.

Investoren für Deutschland – Invest

Die GTAI ist zudem gezielt auf relevanten Messen und Veranstaltungen vertreten. Weltweit sprechen GTAI-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter jedes Jahr über 3.000 Firmen an, werben für den Wirtschaftsstandort Deutschland und beraten interessierte Unternehmen zu Investitionsvorhaben. Zwar ist Deutschland allgemein als attraktiver Standort bei ausländischen Investoren bekannt, dennoch brauchen potenzielle Interessenten auf dem Weg zur Umsetzung häufig noch einen Lotsen durch die manchmal komplizierte föderale Struktur und mitunter einen Übersetzer und Erklärer deutscher Besonderheiten. Das Angebot der GTAI umfasst aktuelle Branchenanalysen und Konjunkturberichte aus Deutschland und wird mit individuell zugeschnittenen Markteintrittsszenarien sowie konkreten Informationen zu

steuerlichen und rechtlichen Aspekten, zu Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten und zur Unternehmensgründung abgerundet.

Wenn sich ein Investor für einen deutschen Standort entschieden hat, werden die Projekte an das zuständige Land übergeben. Die Wirtschaftsfördergesellschaften der Länder sind enger Kooperationspartner der GTAI.

Der Standortwettbewerb um ausländische Direktinvestitionen hat sich im Zeitalter der Globalisierung auf allen Kontinenten verschärft. Dies macht eine professionelle Information und Kommunikation in diesem Bereich noch wichtiger, um auch in Zukunft weiterhin von den Chancen einer engen internationalen Vernetzung profitieren zu können.

Schwerpunkt Neue Bundesländer

Ein besonderes Anliegen der GTAI ist die Förderung der Internationalisierung der Wirtschaft in den Neuen Ländern – ein Baustein zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands hat zwar den Durchschnitt der Europäischen Union so gut wie erreicht, lag 2018 aber bei lediglich rund 75 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Die Bruttolöhne und -gehälter und die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erreichen heute etwa 85 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Aktuell sind Unternehmen in den Neuen Ländern weniger exportorientiert und haben weniger Kunden oder Partnerunternehmen im Ausland als Firmen in Westdeutschland. Zwar stieg die Exportquote des verarbeitenden Gewerbes in den Neuen Ländern 2018 auf über 36 Prozent, lag damit aber immer noch deutlich unter der Exportquote westdeutscher Unternehmen (gut 50 Prozent). Die GTAI versucht daher, Unternehmen in den Neuen Ländern gezielt anzusprechen

Getrennte Anfänge – die (Vor-)Geschichte der GTAI

Die Förderung des Außenhandels in Deutschland geht bis ins Jahr 1951 zurück, als die Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel und spätere Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) gegründet wurde. Sie sollte den Wirtschaftsaufschwung sichern und vorantreiben. 1997 begann die zentrale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Deutschland im Ausland. Verantwortlich dafür: Die „The New German Länder – Industrial Investment Council GmbH“, die ausländische Investoren für die Neuen Länder warb, und das Büro des Beauftragten für Auslandsinvestitionen Hilmar Kopper, später „Invest in Germany GmbH“, das sich für Deutschland insgesamt um die weltweite Vermarktung kümmerte. Diese beiden Gesellschaften fusionierten 2007. Im Jahr 2009 verschmolzen dann bfai und Invest in Germany – die Geburtsstunde der GTAI.

und ihnen Exportchancen aufzuzeigen. Zugleich setzt sie sich dafür ein, insbesondere auch die ostdeutschen Länder als attraktive Investitionsstandorte im Ausland bekannt zu machen

Standortvorteil Deutschland: „Germany Works.“

Um das positive Image der deutschen Wirtschaft im Ausland weiter zu fördern, wirbt die GTAI für den Wirtschaftsstandort Deutschland mit einer neuen Kampagne. Diese stellt die Besonderheiten des Standortes vor, ohne sich dabei auf einzelne Regionen oder Ballungszentren zu fokussieren. Der Titel der Kampagne „Germany Works.“ soll dabei die Standortvorteile in Deutschland griffig auf einen Punkt bringen.

Grundgedanke der Kampagne ist es, die Partner der GTAI – das sind vor allem die Länder und deren Wirtschaftsförderer, Auslandshandelskammern und die deutschen Botschaften weltweit – durch übergreifende Elemente zu unterstützen und zugleich sichtbar zu einem gemeinsamen Ganzen zu verbinden. Durch die Möglichkeit eines Co-Branding und die Flexibilität der Motive bleibt gleichzeitig weiterhin Raum, die eigene Identität zu transportieren.

Die Kampagne schafft Möglichkeiten für unterschiedliche Institutionen und Einrichtungen, von Wirtschaftsförderern über Verbände, Kammern bis hin zu Forschungseinrichtungen, sich dieser Botschaft anzuschließen.

Perspektiven für die Zukunft

Mit der Kampagne geht die GTAI einen weiteren Schritt in Richtung zentrale Außenwirtschaftsagentur des Bundes. Als Knotenpunkt eines weit gespannten Netzwerkes im In- und Ausland unterhält Germany Trade & Invest enge Beziehungen zu zahlreichen Partnern. Diese Rolle soll in den kommenden Jahren noch mehr im Fokus stehen. Gerade in Zeiten, in denen das System des freien Handels von verschiedenen Seiten in Frage gestellt wird, ist die Rolle der GTAI als verlässlicher Ansprechpartner für in- und ausländische Unternehmen und für die Partner und Stakeholder der Außenwirtschaftsförderung von wachsender Bedeutung. Das heißt auch, dass die GTAI auf aktuelle Entwicklungen im In- und Ausland – wie etwa den Brexit, Wachstumsmärkte in Afrika oder die Einführung eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen – schnell reagieren und die eigenen Schwerpunkte dynamisch den Bedarfen der Wirtschaft anpassen muss.

Weitere Informationen:

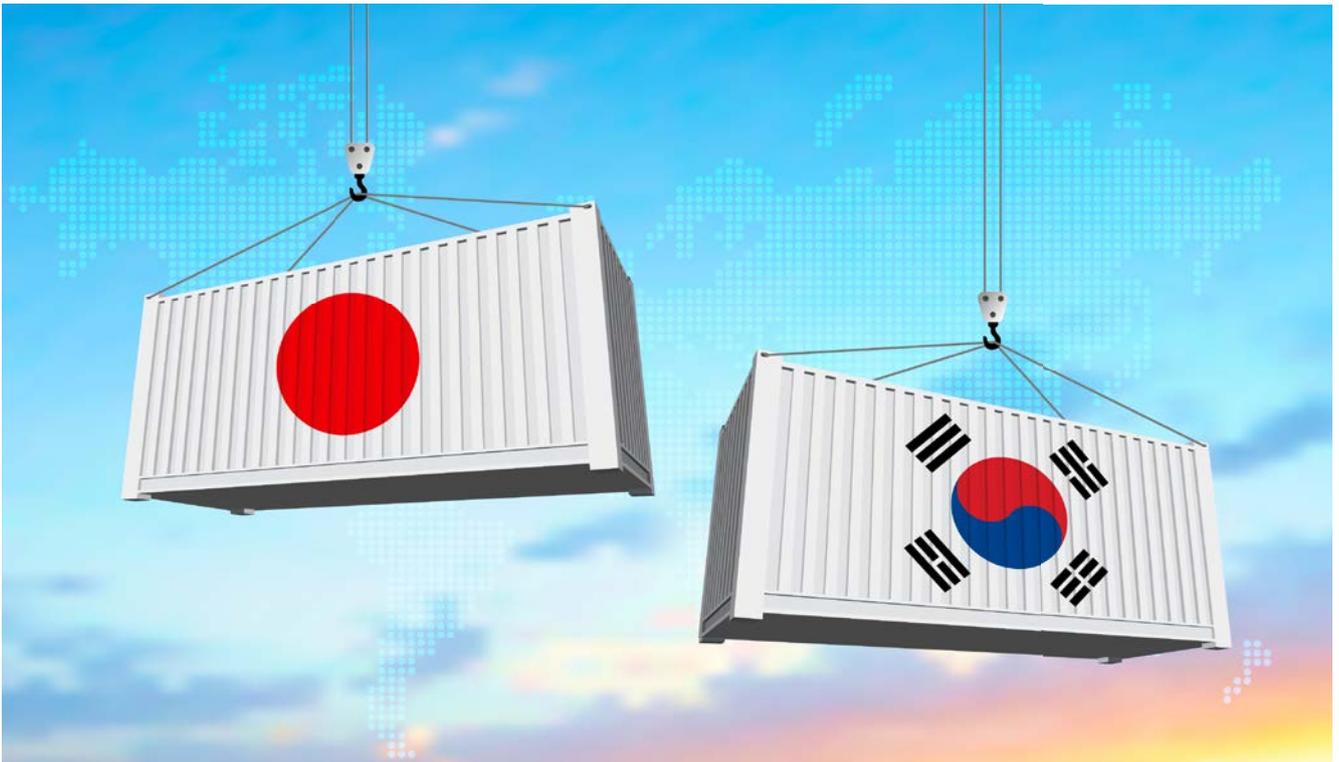
Internetauftritt der GTAI: www.gtai.de

Internetauftritt der Dachkampagne: germanyworks.com

Kontakt: Dr. Sandra Anclam-Rühle,
Elena Brosch-Pahlke
Referat: Außenwirtschaftsförderung, Task Force
Wirtschaftsnetzwerk Afrika

Deutschland will Außenhandel mit Ostasien weiter diversifizieren

Deutschland will in Zukunft noch stärker mit Japan und Südkorea zusammenarbeiten. Dies ist gerade in Zeiten zunehmender Handelskonflikte und großer struktureller Herausforderungen durch industrielle Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, neue Mobilität und stärkere Nutzung nachhaltiger Energien ein wichtiges Signal.



Für Deutschland sind Japan und Südkorea wichtige Wirtschafts- und Wertepartner, die sich gemeinsam dafür einsetzen, die über viele Jahrzehnte erfolgreiche multilaterale Ordnung zu erhalten und weiterzuentwickeln. Mit beiden Ländern hat die EU Freihandelsabkommen abgeschlossen. Das Abkommen mit Südkorea, das bereits seit 2011 in Kraft ist, hat den Handel von rund 87 Milliarden Euro in 2011 auf über 100 Milliarden Euro in 2018 erheblich gesteigert. Das neue Abkommen mit Japan, das am 1. Februar 2019 in Kraft getreten ist, zeigt bereits erste positive Auswirkungen: Besonders bei importierten Nahrungsmitteln sind die Preise für die Konsumenten schon deutlich gefallen. Die dadurch erhöhte Nachfrage der Kunden hat auch die Ausfuhren steigen lassen.

Engere Zusammenarbeit in den Zukunftstechnologien

Japan, Südkorea und Deutschland stehen speziell bei der Zukunft der industriellen Produktion sowie der Digitalisierung und der demografischen Entwicklung ihrer Gesell-

schaften sehr ähnlichen Herausforderungen gegenüber. Um diese Herausforderungen in Zukunft gemeinsam anzugehen und verstärkt Synergien zu schaffen, baut Deutschland mit beiden Ländern seine werte- und regelbasierte Kooperation in wirtschaftlich-technologischen Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Digitalisierung, Mobilität und erneuerbare Energien aus. Um diese Themen zu vertiefen, finden mit beiden Ländern regelmäßig intensive wirtschaftspolitische Konsultationen statt.

Staatssekretär Dr. Ulrich Nussbaum: „Japan und Südkorea haben für die EU und für Deutschland eine große Bedeutung. Das Wachstum von morgen wird in den Zukunftstechnologien erzeugt werden. Deshalb haben wir beschlossen, z.B. in der vernetzten Robotik, beim autonomen Fahren und beim Einsatz nicht-fossiler Brennstoffe in Zukunft stärker mit beiden Ländern zu kooperieren. In den sich aus diesen Zukunftstechnologien entwickelnden Märkten können wir gemeinsam internationale Standards setzen und Drittmärkte erschließen. Dieses Engagement ist deshalb auch ein wichtiger Beitrag zur weiteren regionalen Differenzierung des deutschen Außenhandels.“



Staatssekretär Dr. Ulrich Nussbaum und Vizewirtschaftsminister Tanaka unterzeichnen die Gemeinsame deutsch-japanische Erklärung zur bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Zukunftstechnologien und multilateraler Handel.

dualer Ausbildung und erneuerbaren Energien, aber auch bei Maschinenbauteilen und in der Materialforschung soll die Zusammenarbeit intensiviert werden.

Zu den deutsch-dapanischen wirtschaftspolitischen Konsultationen am 6. November hatte Staatssekretär Dr. Ulrich Nussbaum seinen Kollegen Shigehiro Tanaka, Vize-Minister für Wirtschaft, nach Berlin eingeladen. Beide vereinbarten in einer gemeinsamen Erklärung, die deutsch-japanische wirtschaftliche Zusammenarbeit durch ein engeres Zusammengehen bei multilateralen Handelsfragen, erneuerbaren Energien und Wasserstoff, Industrie 4.0 und Künstlicher Intelligenz, Raumfahrt, dem automatisierten Fahren sowie bei der Start-up-Förderung zu stärken.

Japan und Südkorea: zwei der wichtigsten Handelspartner Deutschlands

In Zeiten von wirtschaftlichen Unsicherheiten und Handelskonflikten ist das Zusammenwirken von drei der zehn weltweit größten Volkswirtschaften (gemessen an der Wirtschaftsleistung) besonders wertvoll.

Japan ist Deutschlands zweitwichtigster Handelspartner in Asien. Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Japan ist seit 2009 kontinuierlich gewachsen und stieg 2018 auf 44,2 Milliarden Euro an. Das Anfang 2019 in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan bietet große Chancen für den weiteren Ausbau dieser engen wirtschaftlichen Beziehungen. Das Abkommen enthält zudem ein eigenes Nachhaltigkeitskapitel.

Als derzeit viertgrößte asiatische Volkswirtschaft ist Südkorea ebenfalls an freiem Handel und internationalen Standards interessiert. Das deutsche Handelsvolumen mit Südkorea liegt an dritter Stelle der asiatischen Länder (nach China und Japan, aber noch vor Indien). Auch die beiderseitigen Investitionsströme sind erheblich: Die EU ist größter Investor in Südkorea, Deutschland hat daran wiederum den größten Anteil.

Kontakt: Dr. Antje Schumann

Referat: Wirtschaftsbeziehungen zu Japan, Südkorea, Mongolei



Die Delegationsleiter Dr. Franz und Kang-hyeon YUN.

Intensive wirtschaftspolitische Konsultationen im Oktober und November 2019

Die diesjährigen deutsch-koreanischen wirtschaftspolitischen Konsultationen fanden am 15. Oktober unter Leitung von Herrn Ministerialdirektor Dr. Franz, Abteilungsleiter Außenwirtschaftspolitik im Bundeswirtschaftsministerium, und Vice Minister Yun aus dem koreanischen Außenministerium in Seoul statt. Die Gespräche boten Gelegenheit, mit Deutschlands drittgrößtem Handelspartner in Asien neue Kooperationsfelder zu erschließen und zu vertiefen. Südkorea plant beispielsweise, die zentral auf einige große Wirtschaftskonglomerate gestützte koreanische Wirtschaft zu diversifizieren, und zeigt deshalb großes Interesse am Modell des deutschen Mittelstands. Insbesondere bei Industrie 4.0,

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Weitere Abkühlung in Sicht.

Die weltwirtschaftliche Dynamik ist weiterhin gedämpft.¹ Im zweiten Quartal 2019 wuchs die globale Wirtschaftsleistung in US-Dollar nach kurzer Beschleunigung im Vorquartal um preis- und saisonbereinigt 0,6% gegenüber dem Vorquartal (Q1 2019: +0,7%). In diesem Verlauf spiegeln sich neben zyklischen Entwicklungen der globalen Industriekonjunktur auch die Auswirkungen der Handelskonflikte, des Brexit-Prozesses und der geopolitischen Risiken wider.

Für das dritte Quartal zeichnet sich eine weitere Abschwächung ab. Verantwortlich dafür sind zum einen die entwickelten Volkswirtschaften. Zwar wuchs die US-Wirtschaft ähnlich stark wie im Vorquartal und die geringe Dynamik in der EU erhöhte sich leicht. Die japanische Konjunktur kühlte sich jedoch deutlich ab. Zum anderen nahm das chinesische BIP-Wachstum zuletzt erneut etwas weniger stark zu.

In den übrigen Schwellenländern verlief die Entwicklung im Frühjahr uneinheitlich. Das Wachstumstempo in Brasilien nahm zu, während sich die Dynamik in Indien weiter verringerte. Das russische BIP wuchs demgegenüber mit gleichbleibender Rate.

Der Ausblick für die Weltwirtschaft bleibt verhalten. Der leichte Abwärtstrend des Welthandelsindex ist noch nicht gebrochen. Stand August lag er 1,4% unter seinem Volumen vor einem Jahr. Gleichzeitig entwickelte sich die globale Industrieproduktion im Verlauf seitwärts. Gegenüber dem Stand August 2018 war sie im August um 0,4% niedriger ausgefallen. Derweil verbesserte sich der Markit-Einkaufsmanagerindex für die Industrie im Oktober graduell, rangierte jedoch weiterhin unterhalb seiner Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Der zusammengesetzte Index für alle Wirtschaftsbereiche gab hingegen erneut nach.

Für das Gesamtjahr 2019 rechnet der IWF in seiner letzten Prognose vom Oktober mit einer Abschwächung des globalen Wachstums auf 3,0%. Für 2020 erwartet er mit 3,4% eine leichte Belebung. Die vielfältigen Risiken für die Weltwirtschaft bleiben aber bestehen, auch wenn sich im Handelsstreit zwischen den USA und China derzeit eine Annäherung andeutet.

USA: Dynamik derzeit stabil – Ausblick verhalten.

Die Wirtschaftsleistung der USA wuchs im dritten Quartal 2019 mit einem preis- und saisonbereinigten Plus von 0,5% ähnlich stark wie im Vorquartal. Der Gleichschritt ergab sich bei schwächeren Impulsen vom Konsum durch leicht steigende Ausfuhren sowie weniger stark sinkende Investitionen.

In Hinblick auf den weiteren Jahresverlauf senden die Indikatoren verhaltene Signale aus. Die Industrieproduktion schließt bei einer Drosselung im September (-0,4%) mit einem schwachen Ergebnis für das dritte Quartal (+0,3%). Der Markit Einkaufsmanagerindex versank im Oktober noch tiefer in jenes Tal, das er seit dem Frühjahr durchschreitet. Beim Teilindex für die Industrie lässt sich zuletzt allerdings eine leichte Bodenbildung oberhalb der Wachstumsschwelle erahnen. Auch der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe verbesserte sich, sodass er im Oktober seinen im Frühjahr begonnenen Fall bremsen konnte. Dem entgegen gingen die Auftragseingänge im September erneut zurück (-0,6%). Der Arbeitsmarkt entwickelt sich indes weiter positiv, wenn auch bei tendenziell geringerer Zunahme an Beschäftigten.

Industrieproduktion international
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. November 2019 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2018 Q3	2018 Q4	2019 Q1	2019 Q2	2019 Q3
Euroraum	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2
USA	0,7	0,3	0,8	0,5	0,5
Japan	-0,5	0,4	0,5	0,4	0,1

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Euroraum	7,5	7,6	7,5	7,5	-
USA	3,7	3,7	3,7	3,5	3,6
Japan	2,3	2,2	2,2	2,4	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Euroraum	1,3	1,0	1,0	0,8	0,7
USA	1,6	1,8	1,7	1,7	1,8
Japan	0,7	0,5	0,3	0,2	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond.

In seiner Projektion vom Oktober geht der IWF von einer Zunahme des BIP in Höhe von 2,4% im Jahr 2019 und von 2,1% im Jahr 2020 aus. Derzeit deutet sich eine Einigung im Handelsstreit mit China an. Wie es mit diesem Handelskonflikt und mit dem Streit mit der EU weitergeht, bleibt aber noch abzuwarten.

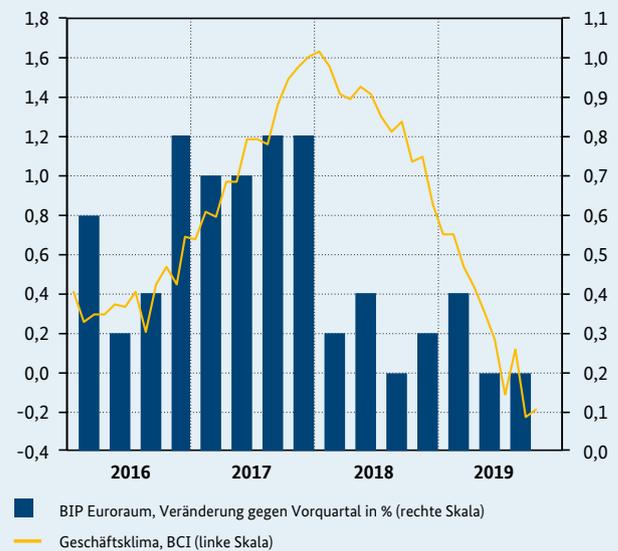
Japan: Deutliche Abkühlung im dritten Quartal.

Das japanische BIP stieg im dritten Quartal 2019 preis- und saisonbereinigt um nur noch 0,1% gegenüber dem Vorquartal (Q2: +0,4%). Entscheidender Wachstumstreiber war bei rückläufiger Auslandsnachfrage der inländische Konsum.

Der kräftige Anstieg der Industrieproduktion im September (+1,4%) bleibt beim niedrigen Ausgangsniveau nicht weiter bemerkenswert. Sowohl der Tankan-Index als auch der Markt Einkaufsmanagerindex trübten sich derweil weiter ein. Dabei war der Tankan-Index zuletzt nur noch schwach positiv und der Markt-Index für die Industrie fiel weiter unter seine Wachstumsschwelle. Die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes gingen im August ebenfalls zurück (-1,0%).

Der IWF erwartet ein Wachstum des japanischen BIP in Höhe von 0,9% im Jahr 2019 und 0,5% im Jahr 2020.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission.

Euroraum und EU: Wachstum bleibt schwach.

Im Euroraum blieb die Konjunktur im dritten Quartal ebenso schwach wie im Vorquartal. Die wirtschaftliche Aktivität nahm preis- und saisonbereinigt um 0,2% zu. Auf EU-Ebene wuchs das BIP um 0,3% nach zuvor 0,2%. Dem unveränderten Tempo im Euroraum liegt eine gleichbleibende Dynamik in wichtigen Mitgliedstaaten zugrunde. So blieb das Wachstumstempo in Frankreich (+0,3%) und in Spanien (+0,4%) in etwa konstant.

Die Indikatoren deuten am aktuellen Rand allerdings eine Bodenbildung an. Ausgehend vom tiefsten Stand seit April 2017 nahm die Industrieproduktion des Euroraums im August und September wieder leicht zu. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe erhöhten sich von einem ähnlichen Ausgangsniveau im August um 0,5%. Auch der *Economic Business Climate Indicator* der Europäischen Kommission sowie der Markt Einkaufsmanagerindex verbesserten sich leicht von ihren Tiefständen, wobei der Markt Teilindex für die Industrie aber noch immer unterhalb der Wachstumsschwelle liegt.

Der IWF geht in seiner Prognose von einem BIP-Anstieg im Eurogebiet von 1,2% im Jahr 2019 und 1,4% im Jahr 2020 aus. Der Brexit-Prozess bleibt ein Risikofaktor für die Konjunktur.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist im dritten Quartal leicht gewachsen. Die Schwächephase hält aber noch an.

Die Konjunktur in Deutschland verläuft weiterhin gedämpft. Im dritten Quartal stieg die Wirtschaftsleistung lediglich um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal an.^{2,3} Zuvor war sie im ersten Quartal 2019 unterstützt durch Sondereffekte aufwärts revidiert um 0,5 % gestiegen und im zweiten Quartal abwärts revidiert um 0,2 % zurückgegangen. Die deutsche Wirtschaft ist auch im dritten Quartal weiterhin gekennzeichnet durch einen Abschwung in der Industrie, dem eine florierende Baukonjunktur und solide wachsende Dienstleistungen gegenüberstehen. Auf der Verwendungsseite waren zunehmende private und staatliche Konsumausgaben, steigende Bauinvestitionen sowie ein positiver Wachstumsbeitrag des Außenhandels zu verbuchen. Die einschlägigen Konjunkturindikatoren deuten noch nicht auf eine grundlegende Veränderung der konjunkturellen Situation hin, es gibt aber erste leichte Hoffnungsschimmer. Von den Geschäftsklimaindikatoren, insbesondere den Erwartungskomponenten, kommen erste Anzeichen einer möglichen

konjunkturellen Aufhellung. Hierzu würde beitragen, wenn die Störungen aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld abnehmen.

2. Produzierendes Gewerbe

Die Produktion in der Industrie zeigt nach wie vor eine abwärtsgerichtete Tendenz, während sich die Bauproduktion auf hohem Niveau bewegt.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe deuten zusammen mit den Frühindikatoren auf eine Bodenbildung in den kommenden Monaten hin.

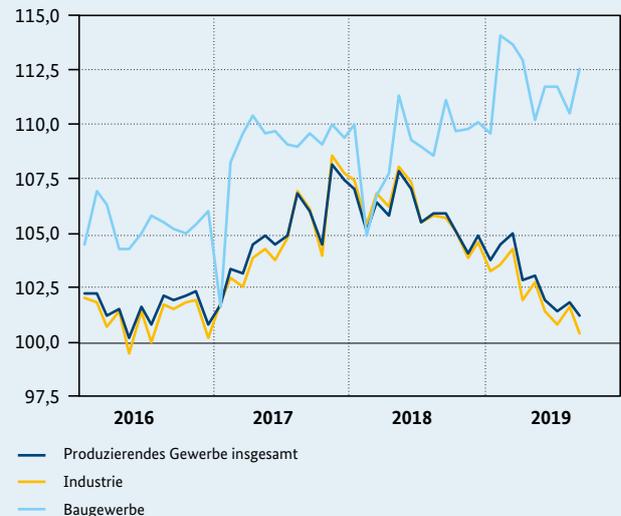
Die Produktion im Produzierenden Gewerbe insgesamt hat sich im September um 0,6 % verringert. Das Baugewerbe verzeichnete dabei einen Zuwachs um 1,8 %, während der Ausstoß in der Industrie um 1,3 % abnahm. Im aussagekräftigeren Vergleich des dritten gegenüber dem zweiten Quartal setzt sich das bekannte Muster der vergangenen Monate fort. Im Produzierenden Gewerbe gab es eine Abnahme der Erzeugung um 1,1 %. Dabei ging der Ausstoß in der Indus-

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA.

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

- Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. November 2019 zum Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2019.
- In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. November 2019 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

trie um 1,1% und die Energieerzeugung um 3,0% zurück. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes waren alle drei Hauptgruppen von dem Rückgang betroffen. Die Industrie spürt weiterhin die schwache globale Nachfrage nach Investitionsgütern, die sich dann auch auf die Inlandsnachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern auswirkt.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sep.
Produktion					
Insgesamt	-1,5	-1,1	-0,6	0,8	-1,3
Vorleistungsgüter	-2,3	-2,0	-0,5	0,9	-1,3
Investitionsgüter	-1,4	-0,3	-0,8	1,3	-1,5
Konsumgüter	-0,2	-1,4	-0,1	-0,9	-0,5
Umsätze					
Insgesamt	-1,6	-1,2	-1,2	1,3	-1,4
Inland	-2,2	-1,0	-0,6	1,9	-1,5
Ausland	-1,1	-1,2	-1,8	0,6	-1,1
Auftragseingänge					
Insgesamt	-0,9	-1,0	-2,2	-0,4	1,3
Inland	-4,0	-0,4	0,7	-2,1	1,6
Ausland	1,4	-1,4	-4,2	0,7	1,1
Vorleistungsgüter	-2,5	-0,9	-1,5	1,3	-1,5
Investitionsgüter	-0,3	-0,9	-2,7	-1,6	3,1
Konsumgüter	2,4	-2,6	-2,1	-0,2	0,8

Quellen: StBA, BBk.

Die Umsätze in der Industrie waren tendenziell ebenfalls weiter rückläufig. Im September verringerten sie sich um 1,4%, was im Quartalsvergleich auf eine Abnahme um 1,2% hinauslief. Von dem trendmäßigen Rückgang waren sowohl die Umsätze im Inland als auch im Ausland in etwa gleichermaßen betroffen. Bei den Investitionsgütern im Inland sanken die Umsätze um 0,4% (zweites Quartal: -3,0%). Dies deutet auf eine nach wie vor abgeschwächte Investitionsaktivität der deutschen Unternehmen hin.

Bei der Nachfrage in der Industrie gibt es erste Anzeichen, die auf eine Bodenbildung hindeuten. Im September erhöhten sich die Auftragseingänge um 1,3%. Damit lag das Auftragsvolumen zuletzt 0,7% über dem durchschnittlichen Wert des gesamten dritten Quartals. Es gingen deutlich mehr Aufträge aus dem Inland und dem Nicht-Euroraum

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



— Monate
— gleitender 3-Monats-Durchschnitt

Quellen: StBA, BBk.

ein (+1,6% bzw. +3,0%). Die Bestellungen aus dem Euroraum nahmen hingegen um 1,8% ab. Ohne Großaufträge erhöhten sich die Bestellungen um 1,5%. Im Quartalsvergleich ergab sich im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt erneut ein spürbarer Orderrückgang (-1,0%). Aufgrund des positiven Überhangs besteht jedoch eine gute Ausgangslage für das Schlussquartal in diesem Jahr.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



— Geschäftsklima
— Geschäftserwartungen
— Geschäftslage

Quelle: ifo Institut.

Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe setzte seinen seit Herbst 2018 bestehenden Abwärtstrend im Oktober nicht weiter fort, sondern hellte sich etwas auf. Die Einschätzung der laufenden Geschäfte ging zwar weiter zurück, aber die Erwartungen waren weniger pessimistisch. Der IHS Markt Einkaufsmanagerindex verbesserte sich im Oktober etwas, lag jedoch nach wie vor nahe seinem 10-Jahrestief. Auch wenn die konjunkturelle Grunddynamik weiterhin eher gedämpft ist, sprechen die Stimmungsindikatoren für eine gewisse Stabilisierung.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sep.
Insgesamt	-0,7	0,0	0,0	-1,1	1,8
Bauhauptgewerbe	0,6	0,3	-1,8	-1,1	3,3
Ausbauwerke	-1,8	-0,3	1,7	-1,0	0,4

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
Insgesamt	-2,2	-5,3	2,6	0,0	-2,6
Hochbau	3,5	-4,0	3,1	-2,4	2,1
Wohnungsbau*	-6,3	-4,5	-1,0	5,5	0,9
Gewerblicher*	10,7	-0,7	2,5	-10,0	2,5
Öffentlicher*	14,9	-14,4	22,9	1,2	5,3
Tiefbau	-7,9	-6,8	2,1	2,8	-7,8
Straßenbau*	5,0	-10,5	1,4	-4,5	-8,8
Gewerblicher*	-18,8	-3,1	11,0	1,6	-7,5
Öffentlicher*	-7,3	-6,5	-9,2	15,2	-6,8
Öffentlicher Bau insg.	2,1	-9,8	0,9	3,0	-5,5

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Produktion im Baugewerbe entwickelte sich in den letzten Monaten auf hohem Niveau seitwärts. Zuletzt im September erhöhte sie sich wieder um 1,8 %, nach einem Rückgang im August um 1,1 %. Im Quartalsvergleich blieb der Produktionsindex unverändert.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gingen im August spürbar zurück (-2,6 %), nach einer Seitwärtsbewegung im Juli und einem deutlichen Plus von 2,6 % im Juni. Im Vergleich zu ihrem außergewöhnlich hohen Wert Ende letzten Jahres sind sie deutlich zurückgegangen und haben damit inzwischen auch ihr durchschnittliches Niveau vom

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

Vorjahr unterschritten. In Anbetracht hoher Kapazitätsauslastungen nehmen die Baufirmen weniger Orders an.

Das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe hat sich im Oktober wieder verschlechtert. Die Einschätzung der Geschäftslage ist nicht mehr ganz so gut wie im Vormonat, sie liegt aber weiterhin deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt. Auch der Ausblick wurde zuletzt von den Bauunternehmen etwas weniger optimistisch gesehen. Insgesamt ist daher eine weiter anhaltende dynamische Baukonjunktur zu erwarten; die angebotsseitigen Engpässe zeigen sich aber zunehmend in den Stimmungsindikatoren.

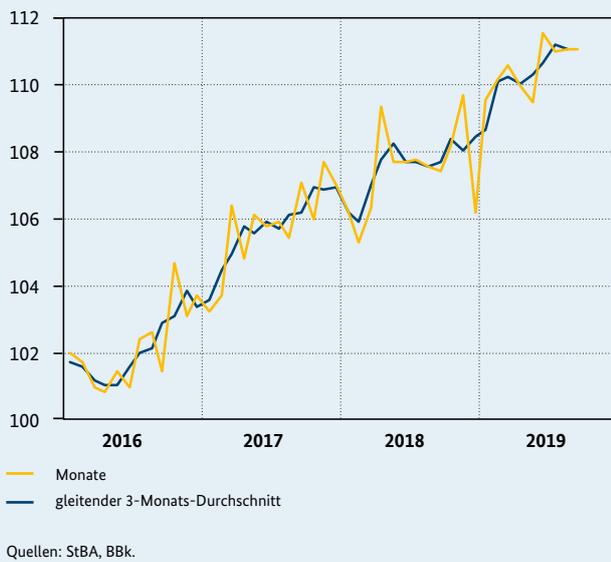
3. Privater Konsum

Die Umsätze im Einzelhandel sowie die Pkw-Neuzulassungen nahmen im dritten Quartal zu.

Die privaten Konsumausgaben blieben auch im dritten Quartal eine wichtige Stütze der Binnenkonjunktur. Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) erhöhten sich im dritten Quartal um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal, obwohl sie im Verlauf des Quartals nahezu stagnierten. Die Pkw-Neuzulassungen insgesamt nahmen im dritten Quartal sogar um

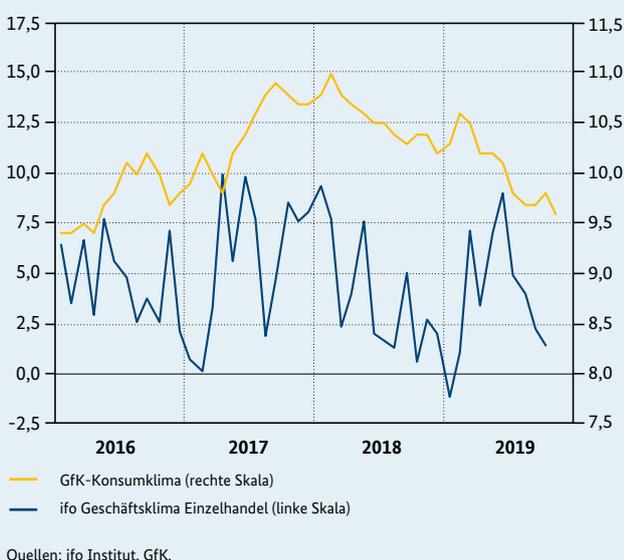
3,5 % zu. Hierbei spielten allerdings auch wieder Tageszulassungen von Händlern im Zusammenhang den ab 1. September 2019 verbindlich gewordenen neuen Emissionsnormen für Kraftfahrzeuge ein Rolle.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Die Klimaindikatoren für den privaten Konsum deuten auf eine etwas zurückhaltendere Entwicklung hin. Das ifo Geschäftsklima für den Einzelhandel hat sich seit Mitte des

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Jahres eingetrübt. Allerdings liegt der Saldo im positiven Bereich und deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die Unternehmen beurteilten vor allem die Konjunkturerwartungen schlechter, während die aktuelle Lagebeurteilung weiterhin ausgezeichnet ausfällt. Auch das GfK-Konsumklima für den November fällt im Vergleich zum Vormonat um 0,2 auf 9,8 Punkte, blieb damit aber ebenfalls weit überdurchschnittlich. Bei weiter steigender Beschäftigung und kräftig zunehmenden Einkommen wird der private Konsum auch weiterhin ein tragender Pfeiler der binnenwirtschaftlichen Entwicklung bleiben.

4. Außenwirtschaft

Die Exporte nahmen im dritten Quartal merklich stärker zu als die Importe.

Die Indikatorenlage und die weltwirtschaftlichen Impulse bleiben jedoch verhalten.

Im September 2019 wurden von Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 140,6 Mrd. Euro exportiert. Damit nahmen die Ausfuhren gegenüber August saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,7% zu. Im Quartalsvergleich ergab sich ein etwas schwächeres Plus (+1,1%). Bei leicht sinkenden Ausfuhrpreisen dürfte diese Steigerung preisbereinigt etwas größer ausfallen.

Den Ausfuhren standen im September Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 120,8 Mrd. Euro gegenüber. Im Vergleich zum Vormonat resultiert daraus saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen eine Erhöhung um 1,8%. Im Dreimonatsvergleich war Stagnation zu verzeichnen (+0,1%). In realer Rechnung dürften die Importe aufgrund gesunkener Einfuhrpreise jedoch etwas stärker gestiegen sein.

Insgesamt ist daher die Handelsbilanz im dritten Quartal saisonbereinigt etwas höher ausgefallen als im zweiten Quartal. Der Saldo von Aus- und Einfuhren beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag im Zeitraum Januar bis September 2019 in Ursprungszahlen bei insgesamt 161,6 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahreswert erhöhte sich der Überschuss damit um 9,5 Mrd. Euro.

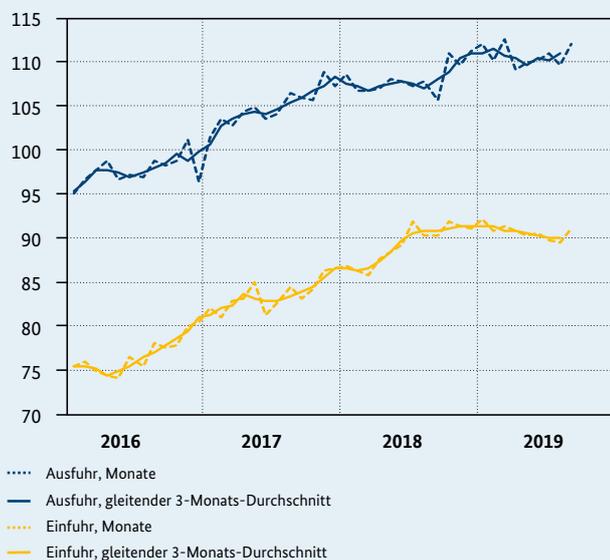
Der deutsche Außenhandel wird derzeit von der schwächeren Weltkonjunktur, protektionistischer Entwicklungen und den Auswirkungen des Brexit-Prozesses gedämpft. Für

den restlichen Jahresverlauf lassen die Indikatoren jedoch eine gewisse Stabilisierung erahnen. Bei deutlich unterkühltem ifo Weltwirtschaftsklima für das dritte Quartal rangieren auch die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im Oktober per saldo weiterhin auf negativem Niveau, haben sich zuletzt jedoch moderat aufgehellt. Die Auftragseingänge aus dem Ausland haben im Septem-

ber erneut zugenommen und starten mit einem gehörigen Überhang (+1,0%) ins vierte Quartal. Die (nach Berechnung der Deutschen Bundesbank) preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbesserte sich im Oktober ebenfalls zum zweiten Mal in Folge. Zudem könnte eine Einigung im Handelsstreit zwischen den USA und China dem Welthandel Schwung verleihen.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk.

Außenhandel*

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sep.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	-1,1	1,1	1,0	-0,9	1,7
Einfuhr	-0,4	0,1	-0,2	-0,6	1,8
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	-1,3	1,7	3,8	-3,6	4,6
Eurozone	-0,9	0,6	-0,5	-2,9	4,8
EU Nicht-Eurozone	-6,2	1,4	-0,5	-2,4	7,0
Drittländer	0,9	2,8	9,9	-4,8	3,2
Einfuhr	1,1	-0,6	-1,0	-3,0	2,3
Eurozone	3,2	-1,0	-2,8	-3,3	3,2
EU Nicht-Eurozone	-0,7	3,0	2,6	1,0	5,2
Drittländer	-0,7	-2,2	-0,8	-4,9	-1,0

Quellen: StBA, BBk.

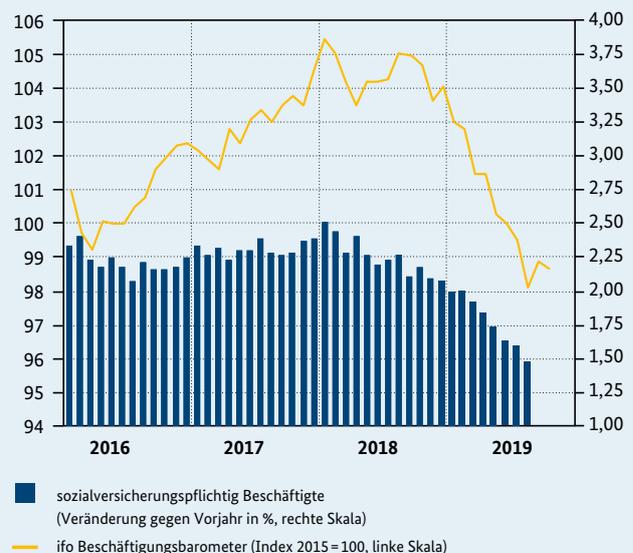
* Angaben in jeweiligen Preisen

5. Arbeitsmarkt

Die gedämpfte Konjunktur bremst die Dynamik beim Beschäftigungsanstieg immer mehr. Die Arbeitslosigkeit erhöht sich etwas.

Die gedämpfte Konjunktur zeigt sich verzögert und immer stärker auch am Arbeitsmarkt. Seit Jahresbeginn hat sich der tendenzielle Anstieg der saisonbereinigten Erwerbstätigkeit merklich verlangsamt. Die Arbeitslosigkeit übertraf erstmals seit etwa sechs Jahren ihr Vorjahresniveau, wenn auch nur geringfügig. Die Frühindikatoren deuten auf einen nur noch moderaten Beschäftigungsaufbau und eine geringfügig zunehmende Arbeitslosigkeit hin.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

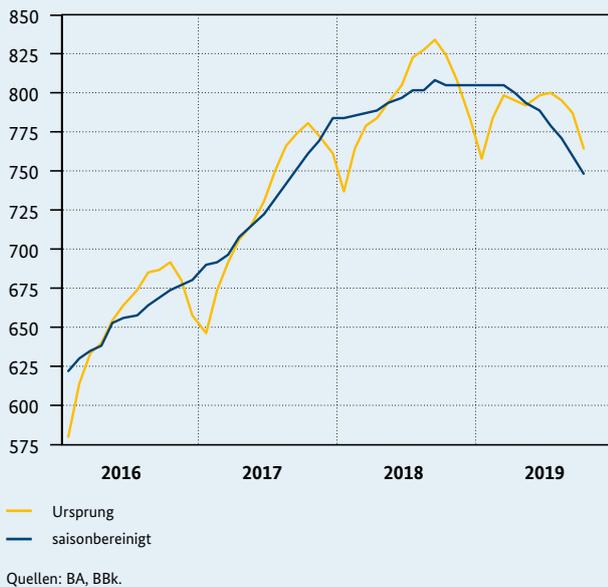


Quellen: BA, ifo Institut.

Die Frühindikatoren der Bundesagentur für Arbeit (BA), des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen sich seit Jahresanfang insgesamt meist rückläufig oder stagnierend. Sie lassen derzeit nur einen Beschäftigungsaufbau in kleineren Schritten erwarten: Im Baugewerbe werden die Unternehmen die Beschäftigung per saldo in den kommenden Monaten weiterhin leicht ausweiten. Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte sich der leichte Stellenabbau zunächst verstetigen und im Dienstleistungsbereich die Personalplanung nunmehr zurückhaltender erfolgen. Bei der Arbeitslosigkeit erwarten die Arbeitsagenturen einen tendenziellen Anstieg, solange der Wirtschaftsabschwung anhält.

Gemeldete Arbeitsstellen

(in 1.000)

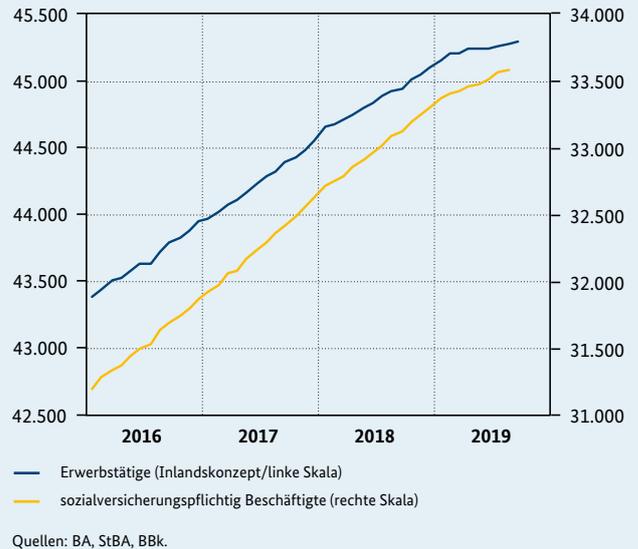


Der Zuwachs bei der Erwerbstätigkeit im Inland gegenüber dem Vormonat war im September niedriger als in den beiden Vormonaten und lag saisonbereinigt bei 10.000 Personen. In Ursprungszahlen wurden 45,5 Mio. Erwerbstätige ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Zuwachs auf 0,7% abgeschwächt. Zu Beginn des Jahres lag die Rate noch bei 1,2%.

Den größten Einfluss auf die Zunahme der Erwerbstätigkeit hat die Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Auch bei ihr zeigt sich aber in der Tendenz ein deutlich gebremster Anstieg. Für den August wurde ein Zuwachs von 27.000 Personen gemeldet. In Ursprungszah-

Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

(in 1.000, saisonbereinigt)



len belief sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf knapp 33,6 Mio. Personen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug 489.000 Personen, während sie zu Beginn des Jahres noch bei ca. 650.000 Personen gelegen hatte.

Vor dem Hintergrund der Schwächephase der Industrie verringerte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und im konjunktursensiblen Bereich der Arbeitnehmerüberlassung im August gegenüber Juli saisonbereinigt um 2.000 bzw. 8.000 Personen. Das Baugewerbe und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen haben ihre Mitarbeiterzahl erhöht (+3.000 bzw. +1.000).

Die Kurzarbeit ist nach wie vor niedrig, auch wenn sie zuletzt konjunkturbedingt etwas zugenommen hat. Im August erhielten nach vorläufigen Daten 54.000 Personen konjunkturelles Kurzarbeitergeld, nur wenig mehr als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre von 37.000 Personen.

Die von der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Arbeitslosigkeit stieg im Oktober saisonbereinigt um 6.000 Personen, nach einem Rückgang im Vormonat um 9.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen nahm die Arbeitslosigkeit mit der Herbstbelegung etwas schwächer als jahreszeitlich üblich um 30.000 Personen auf 2,20 Mio. Personen ab. Der Vorjahresbestand wurde dabei erstmals seit Ende 2013 geringfügig

um 200 Personen überschritten⁴. Die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen war in etwa so hoch

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q2	Q3	Aug.	Sep.	Okt.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,227	2,276	2,319	2,234	2,204
gg. Vorjahr in 1.000	-98	-34	-31	-22	0
gg. Vorperiode in 1.000*	21	22	3	-9	6
Arbeitslosenquote	4,9	5,0	5,1	4,9	4,8

Erwerbstätige (Inland)

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sep.
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,2	45,4	45,3	45,3	45,5
gg. Vorjahr in 1.000	444	356	381	350	338
gg. Vorperiode in 1.000	53	37	23	17	10

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
in Mio. (Ursprungszahlen)	33,2	33,4	33,4	33,4	33,6
gg. Vorjahr in 1.000	642	568	534	523	489
gg. Vorperiode in 1.000*	149	87	21	51	27

Quellen: BA, StBA, BBk.

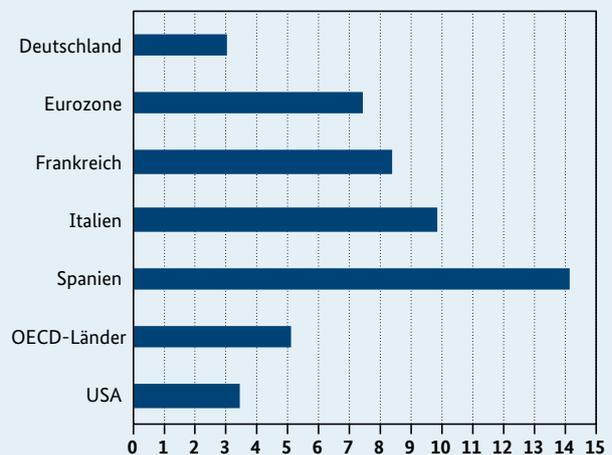
* kalender- und saisonbereinigte Angaben

wie im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote sank in den Ursprungszahlen auf 4,8%, saisonbereinigt verharrte sie bei 5,0%. Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt weiterhin ab, gegenüber dem Vorjahr lag der Rückgang bei 66.000 Personen.

Die Erwerbslosenquote (saisonbereinigt, ILO-Konzept) blieb im September bei 3,1%. Damit ist sie im internationalen Vergleich weiterhin äußerst niedrig.

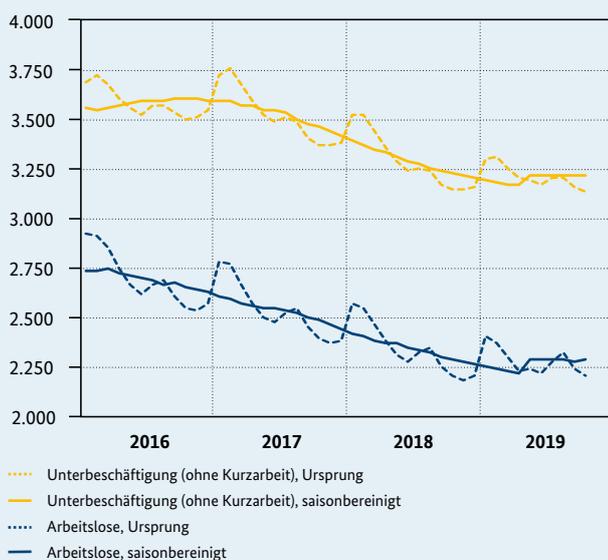
Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: September 2019)



Quelle: Eurostat.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1.000)



Quellen: BA, IAB, BBk.

Die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosen auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst oder die kurzfristig arbeitsunfähig sind, verringerte sich im Oktober um 4.000 Personen nach -2.000 Personen im September. Nach den Ursprungszahlen lag die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) zuletzt bei 3,13 Mio. Personen und damit um 13.000 Personen niedriger als vor einem Jahr.

Die Arbeitslosigkeit sank in den letzten Jahren langsamer, als die Beschäftigung zunahm. Der Beschäftigungsaufbau erfolgte überwiegend aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotentials durch Zuwanderung sowie einer steigenden Erwerbsneigung, insb. von Frauen und Älteren.

4 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Oktober im Vorjahresvergleich um 30.000 Personen bzw. 1,9%. Bei ausländischen Staatsbürgern war ein Anstieg zu verzeichnen (+30.000 Personen bzw. +4,9 % ggü. dem Vorjahr).

6. Preise

Der Rohölpreis liegt Mitte November ca. 5 % unter Vorjahresniveau.

Infolgedessen bleibt der Preisauftrieb auf allen Preisstufen moderat.

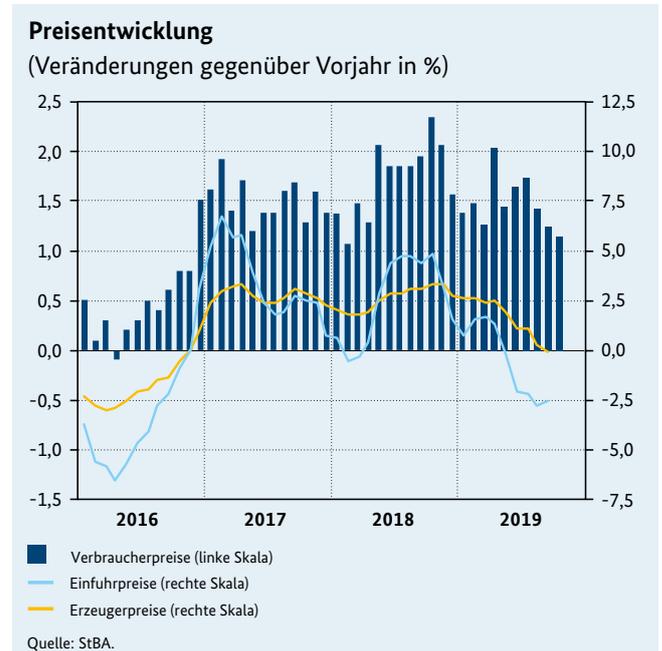
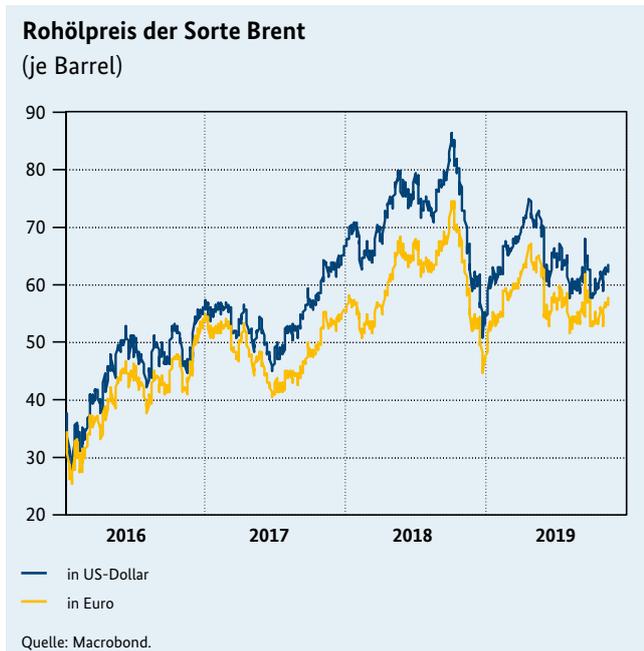
Das Preisklima in Deutschland bleibt ruhig. In den vergangenen Monaten hat sich auf der Import-, der Erzeuger- und der Verbraucherstufe der Preisauftrieb abgeschwächt. Zuletzt sank die Inflationsrate im Oktober auf niedrige 1,1 %. In den kommenden Monaten dürfte sich diese Entwicklung fortsetzen. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion vom Oktober 2019 einen durchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg von 1,5 % in diesem Jahr.

Der Handelsstreit belastet weiterhin den Rohölpreis. Die USA weiten laut Medienberichten ihre Rohölförderung weiter aus. Die Ölstaaten treffen sich Anfang Dezember, um über die weitere Förderpolitik zu beraten. Experten erwarten aufgrund der schwächeren Nachfrage und der hohen US-Produktion eine Förderkürzung. Mitte November notierte der Preis der europäischen Leitsorte Brent mit ca. 60 Dollar ca. 5 % über seinem Vormonatsniveau. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich jedoch ein Rückgang um ca. 5 %.

Bei den Einfuhrpreisen wurde im September nach vier Rückgängen in Folge eine Preissteigerung von 0,6% im Vergleich zum Vormonat verzeichnet. Vor allem die höheren Energiepreise wirkten preistreibend. Die Jahresrate dagegen fiel im Oktober auf -2,5 %. Am stärksten ermäßigten sich nach Deutschland eingeführte Energieprodukte, die knapp ein Fünftel günstiger als vor einem Jahr waren (-19,1%). Ohne die volatilen Energiepreise gerechnet waren die Preise für Importgüter preisstabil verglichen mit dem Vorjahresniveau.

Die Ausführpreise nahmen im September gegenüber dem Vormonat leicht um 0,1% zu, währenddem sie binnen Jahresfrist unverändert blieben. Dabei wurden im Vergleich zum Vorjahr Preissenkungen bei Vorleistungsgütern und Energieprodukten durch moderate Preisanhebungen bei Investitions- und Konsumgütern kompensiert. Die Terms of Trade verschlechterten sich von August auf September um 0,5%, währenddem sie sich im Vorjahresvergleich um 2,6% verbesserten. Die Entwicklung der Rohölpreise spielte dabei eine entscheidende Rolle.

Die Erzeugerpreise stiegen von August zu September ebenfalls geringfügig an (+0,1%), nachdem sie im Vormonat zurückgegangen waren. Im Vorjahresvergleich hat sich der Preisanstieg auf der Produzentenstufe im September weiter auf -0,1% abgeschwächt. Den größten Einfluss auf die Jahresrate hatte die Preisentwicklung von Energie. Diese sank im Preis im Vergleich zum September 2018 um 1,9%. In den



industriellen Hauptgruppen entwickelte sich die Preisentwicklung unterschiedlich, aber moderat (Investitionsgüter +1,5%, Vorleistungsgüter -1,0%, Konsumgüter +1,8%).

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Sep.	Okt.	Sep.	Okt.
Insgesamt	0,0	0,1	1,2	1,1
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,0	0,1	1,5	1,5
Nahrungsmittel	-0,2	-0,4	1,3	1,1
Bekleidung und Schuhe	5,8	1,2	0,9	1,0
Pauschalreisen	-10,3	-2,0	1,5	1,5
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,0	0,0	2,7	2,7
Energie	0,1	-0,1	-1,1	-2,1
Haushaltsenergie	0,5	0,0	2,0	1,0
Strom	0,1	0,0	3,9	3,9
Gas	0,1	0,4	4,7	5,1
Kraftstoffe	-0,1	-0,3	-7,4	-9,1
Dienstleistungen	-0,6	0,0	1,8	1,7
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,1	0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk.

Die Verbraucherpreise veränderten sich im Oktober im Vergleich zum Vormonat nur gering (+0,1%). Während Pauschalreisen am Saisonende nochmals preiswerter wurden, erhöhten sich z. B. die Preise für Bekleidung und Schuhe mit der Umstellung auf die Winterkollektion weiter. Die Inflationsrate – die Preissteigerung auf Jahressicht – ging im Oktober um 0,1 Prozentpunkte auf 1,1% zurück. Dabei sanken die Energiepreise (-2,1%). Nahrungsmittel (+1,1%) verteuerten sich im Vorjahresvergleich. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) blieb im Oktober unverändert bei 1,5%.

7. Monetäre Entwicklung

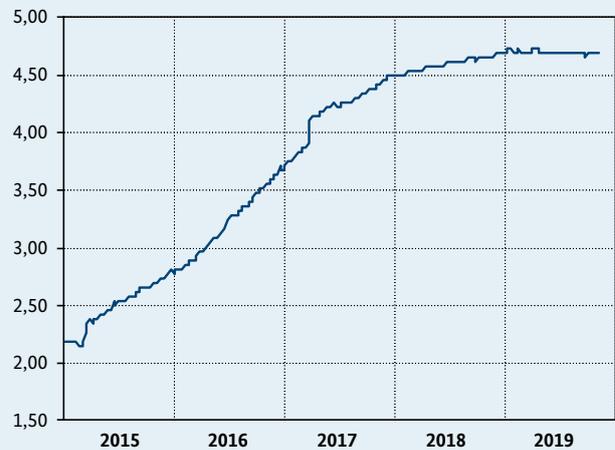
Die EZB nimmt ihr Anleihenkaufprogramm im November wieder auf.

Die US-amerikanische Notenbank hat Ende Oktober ihren Leitzins erneut gesenkt.

Der geldpolitische Kurs der Europäischen Zentralbank (EZB) bleibt auch im November und somit seit September 2019

EZB-Bilanzsumme

(in Bio. Euro)



Quellen: EZB, Macrobond.

ohne Veränderung. Sowohl Hauptrefinanzierungs-, Spitzenrefinanzierungssatz und Einlagefazilität bleiben nach wie vor auf ihren historischen Tiefständen von jeweils 0,0%, 0,25% und -0,5%. Wie im September angekündigt lief zu Anfang November das EZB Anleihenkaufprogramm neu an. Die Nettozukäufe waren seit Jahresbeginn zwar insgesamt leicht negativ, sind zuletzt im Oktober jedoch wieder um 1,2 Milliarden Euro gestiegen und dürften im Rahmen des neuen Anleihenkaufprogramms, welches ein Kaufvolumen von monatlich 20 Milliarden Euro vorsieht, deutlich steigen. Die Bilanz der EZB bleibt im Oktober nahezu unverändert auf dem Niveau von knapp 4,7 Billionen Euro. Die amerikanische Federal Reserve hat Ende Oktober erneut ihren Leitzins um 25 Basispunkte abgesenkt. Dieser liegt nun in einer Spanne zwischen 1,5 bis 1,75 Prozent.

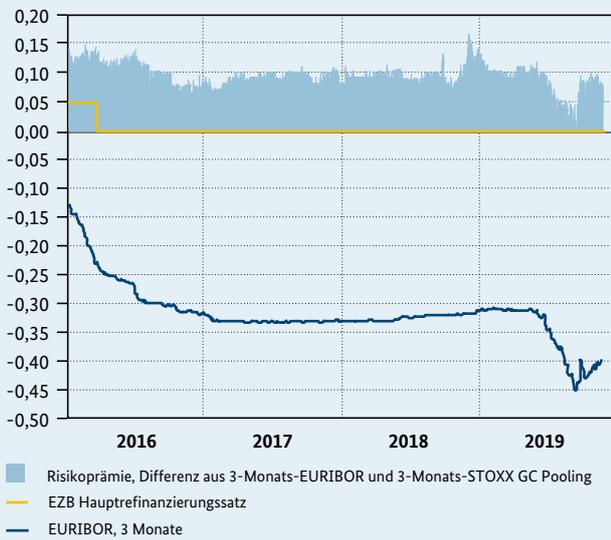
Als Folge der weiterhin hohen Überschussliquidität von derzeit 1,72 Billionen Euro bleiben auch die Zinsen auf dem Interbankenmarkt nahezu identisch zum Einlagesatz: Der besicherte Interbankenzins beläuft sich aktuell auf -0,47%, der unbesicherte auf -0,40%.

Die Inflationsrate in der Eurozone lag im Oktober mit 0,7% auf leicht niedrigerem Niveau als im Vormonat (+0,8%). Die Kerninflation hingegen stieg marginal von 1,0 auf 1,1% an.

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar blieb auch Mitte November nahezu unverändert bei etwa 1,10 Dollar. Gegenüber dem japanischen Yen ergab sich hingegen mit einem Kurs von 120 Yen je Euro eine leichte Stärkung. Gegenüber dem britischen Pfund notierte der Euro bei rund 0,86 Pfund je Euro und nahm somit etwas an Stärke ab.

Geldmarktsätze in der Eurozone

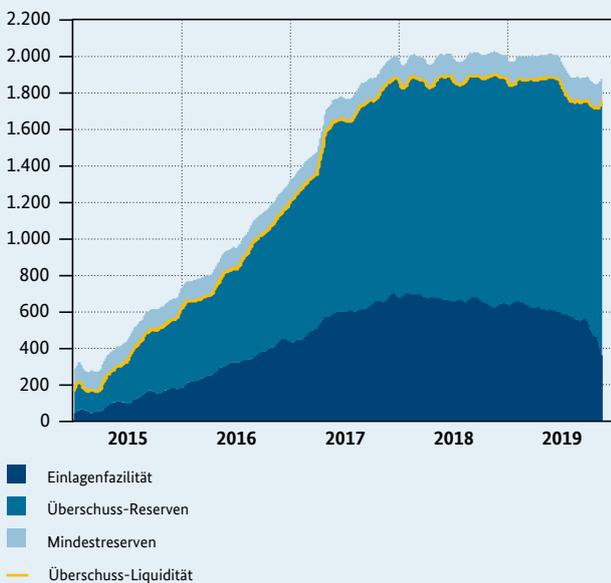
(in %)



Quelle: Macrobond.

Liquidität im Eurobankensystem

(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Quellen: EZB, Macrobond.

Die Umlaufrendite 10-jähriger deutscher Bundesanleihen hält sich weiterhin im negativen Bereich und schwankte zuletzt um -0,3%. Die Rendite deutscher Bundesanleihen bleibt damit etwas über dem Niveau des Zinses für die Einlagenfazilität bei der Europäischen Zentralbank (-0,5%). Die

Renditen auf Staatsanleihen der übrigen Euroländer verbleiben ebenfalls insgesamt auf niedrigem Niveau. Die höchste Rendite bieten mit jeweils 1,4% und 1,2% unverändert griechische sowie italienische Staatsanleihen. Die Renditen auf Unternehmensanleihen in der Eurozone verharrten ebenfalls auf sehr niedrigem Stand; Selbst BB-bewertete Anleihen mit einer Laufzeit von 5 Jahren erwirtschafteten nur eine Rendite von unter 0,9%.

Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



Quelle: Macrobond.

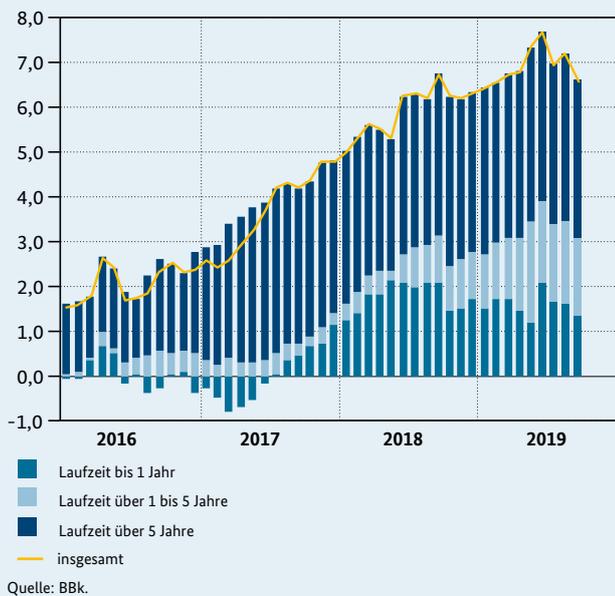
Im September 2019 lagen die Buchkredite an nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften bei ca. 5,8% über dem Vorjahresniveau. Die Kreditvergabe an private Haushalte wächst weiterhin und lag im September um 4,6% über dem Vorjahreswert. Das niedrige Zinsniveau befeuert dabei den Zuwachs an Wohnungsbaukrediten (+5,3%), die im September erneut stärkster Treiber für diese Entwicklung waren.

Die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte stieg im September zum wiederholten Male und verzeichnete einen kräftigen Zuwachs von 4,6% gegenüber dem Vorjahr. Das Kreditwachstum ist damit zum wiederholten Male deutlich stärker in Deutschland als im Euroraum (+3,3%). Die Kreditvolumina für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften wuchsen mit einer Rate von 5,8% auch stärker in Deutschland als in der Eurozone (+3,4%).

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite im Euroraum hat sich im September wieder marginal geschlossen. Im Euro-

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegenüber Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



raum müssen nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften derzeit durchschnittlich ca. 0,87 Prozentpunkte mehr Kreditzinsen aufwenden als deutsche Unternehmen.

Die Geldmenge M3 des Euroraums stieg im September gegenüber Vorjahr um ca. 5,5%. Der Anstieg der enger gefassten Geldmenge M1 um 7,9% im Vergleich zum Vorjahr hat hierbei auch im September diese Entwicklung maßgeblich getrieben.

Anhang: Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2017			2018				2019			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,2	0,6	0,9	0,7	0,1	0,4	-0,1	0,2	0,5	-0,2	0,1
Inländische Verwendung	0,6	0,9	0,2	0,7	0,2	0,8	0,7	0,4	-0,1	0,5	-
Private Konsumausgaben ³	0,4	0,3	0,6	0,6	0,1	0,2	0,0	0,4	0,8	0,1	-
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,3	0,7	0,6	0,0	0,6	0,1	0,4	0,8	0,5	-
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	1,5	0,7	0,7	0,9	1,0	0,7	0,9	1,6	-0,1	-
Ausrüstungen	1,9	2,5	2,1	0,2	2,0	0,4	0,5	0,3	1,4	0,6	-
Bauten	0,2	1,2	-0,4	0,4	0,5	1,3	0,7	1,2	2,5	-1,0	-
Sonstige Anlagen	3,1	0,6	0,8	2,3	0,2	1,3	1,1	1,2	-0,6	1,0	-
Exporte	2,0	1,6	1,4	1,8	-0,3	0,6	-0,6	0,2	1,8	-1,3	-
Importe	0,8	2,7	-0,1	2,0	-0,4	1,6	1,1	0,7	0,9	-0,3	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	0,5	0,9	0,2	0,7	0,2	0,7	0,6	0,4	-0,1	0,5	-
Private Konsumausgaben ³	0,2	0,2	0,3	0,3	0,0	0,1	0,0	0,2	0,4	0,1	-
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,2	0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,3	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,0	-
Ausrüstungen	0,1	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	-
Bauten	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	-0,1	-
Sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung ⁵	-0,1	0,3	-0,4	0,1	-0,1	0,3	0,4	-0,1	-1,0	0,3	-
Außenbeitrag	0,6	-0,3	0,7	0,0	0,0	-0,4	-0,7	-0,2	0,5	-0,5	-

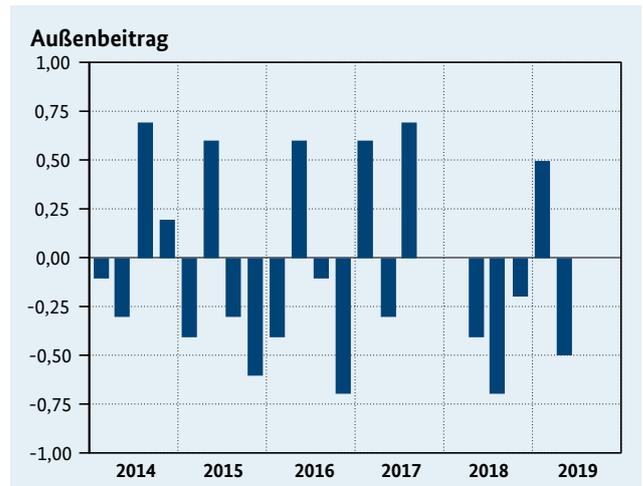
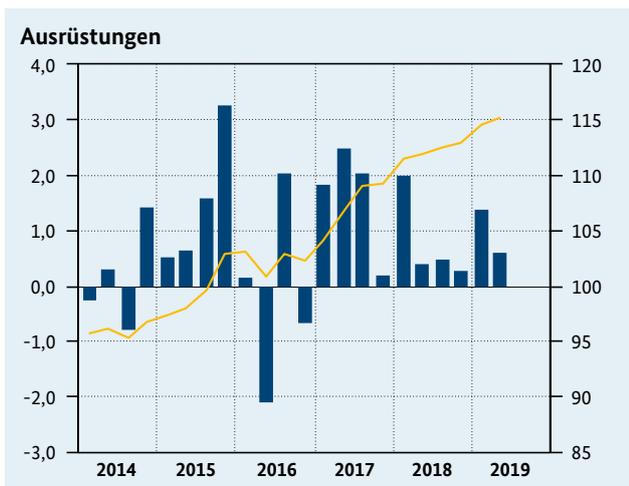
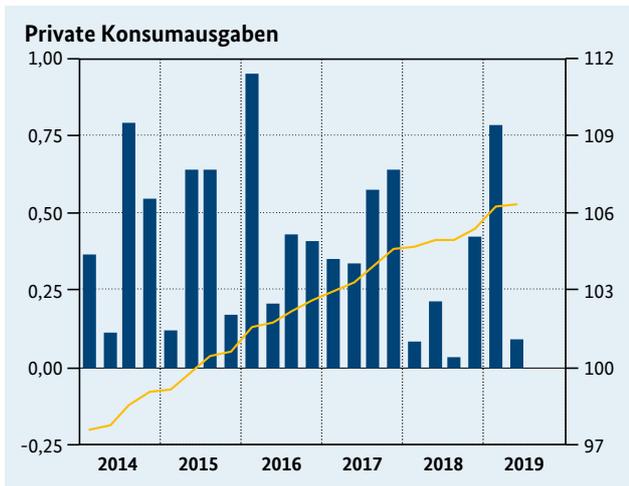
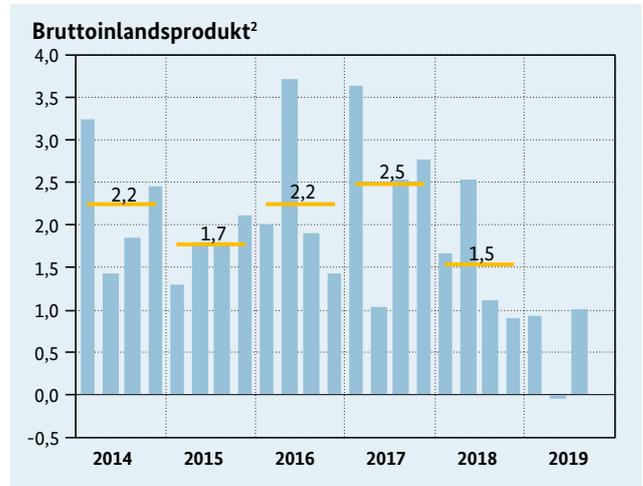
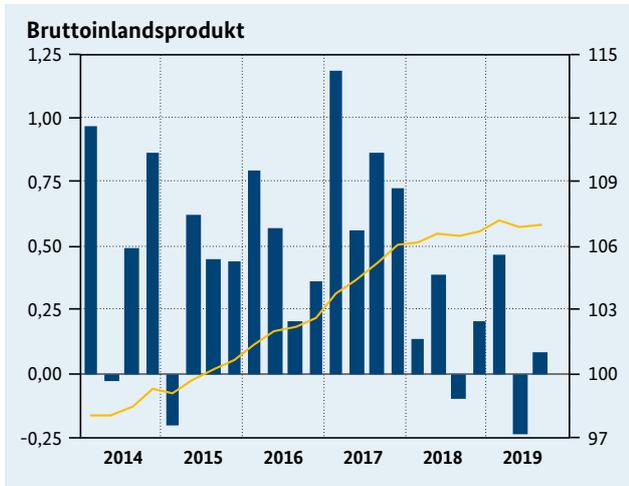
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2018						2019				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,4	2,2	1,7	2,2	2,5	1,5	1,1	0,9	0,9	-0,1	1,0
Inländische Verwendung	1,1	1,7	1,6	3,0	2,4	2,1	2,4	2,4	1,7	1,3	-
Private Konsumausgaben ²	0,4	1,1	1,9	2,3	1,3	1,3	0,6	1,3	1,0	1,5	-
Konsumausgaben des Staates	1,4	1,7	2,8	4,1	2,4	1,4	1,2	1,1	1,9	1,9	-
Bruttoanlageinvestitionen	-1,3	3,2	1,8	3,8	2,4	3,5	3,3	3,7	4,6	2,1	-
Ausrüstungen	-2,5	4,8	4,4	3,0	4,0	4,4	3,4	3,4	2,7	1,5	-
Bauten	-1,2	2,0	-1,4	3,8	0,7	2,5	2,6	4,0	6,6	2,2	-
Sonstige Anlagen	0,9	3,7	5,9	5,2	4,2	4,3	4,8	3,8	3,0	2,7	-
Exporte	1,0	4,8	5,5	2,4	4,9	2,1	1,3	-0,1	2,1	-0,8	-
Importe	2,7	3,9	5,8	4,3	5,2	3,6	4,3	3,1	4,3	1,8	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2015 = 100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigte Werte nach X13;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹

Bundesrepublik Deutschland



— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
■ Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2015 = 100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2017			2018				2019			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	1,1	0,8	1,0	0,7	0,0	0,3	0,0	0,2	0,4	-0,3	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	1,3	1,5	1,7	1,0	-0,3	0,1	-0,6	-0,6	-1,0	-1,5	-
Baugewerbe	0,3	0,6	-0,1	0,5	1,2	0,9	1,0	2,2	1,1	-0,5	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1,4	0,5	0,8	1,0	0,4	0,5	-0,8	0,6	2,3	-0,6	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,5	1,4	1,1	-0,7	-0,9	0,4	0,3	0,4	0,7	1,4	-
Unternehmensdienstleister	2,0	0,3	1,4	0,9	0,3	0,6	0,0	0,0	0,7	0,0	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	1,3	0,9	0,7	0,6	-0,5	0,3	0,6	0,6	-0,2	0,4	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁹										
	2018						2019				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	2,0	1,9	1,7	1,2	1,0	1,5	1,2	1,9	1,8	2,2	2,1
Inländische Verwendung	1,6	1,5	0,8	0,6	1,4	2,0	1,8	2,4	1,9	2,0	-
Private Konsumausgaben	1,4	0,9	0,5	0,7	1,5	1,5	1,5	1,7	1,2	1,6	-
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	0,8	0,9	0,9	1,2	1,4	1,4	1,3	1,3	1,1	1,0	0,8
Arbeitsvolumen ⁴	0,0	1,2	1,0	0,8	1,1	1,3	1,1	1,7	1,5	0,0	-
Arbeitsproduktivität ⁵	-0,4	1,3	0,8	1,0	1,1	0,1	-0,2	-0,4	-0,3	-0,9	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	1,9	2,9	2,8	2,3	2,6	2,9	3,3	2,8	3,0	3,3	-
Lohnstückkosten ⁷	2,3	1,5	2,0	1,3	1,5	2,7	3,5	3,2	3,3	4,2	-
verfügbares Einkommen ⁸	1,4	2,5	2,7	3,2	3,1	3,5	2,9	3,7	2,3	3,1	-
Terms of Trade	1,1	1,3	2,3	1,7	-0,9	-0,9	-1,6	-1,0	0,2	0,2	-

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2019	2020
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2019	0,5	1,0
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2019	(0,6) ^a	(1,4) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2019	0,5	1,4
IfW	Institut für Weltwirtschaft	09/2019	0,4	1,0
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	09/2019	0,5	1,1
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	09/2019	0,5	1,2
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2019	0,5	1,1
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	09/2019	(0,5) ^a	(0,6) ^a
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2019	0,4	0,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt; 2 Ohne Nettogütersteuern;

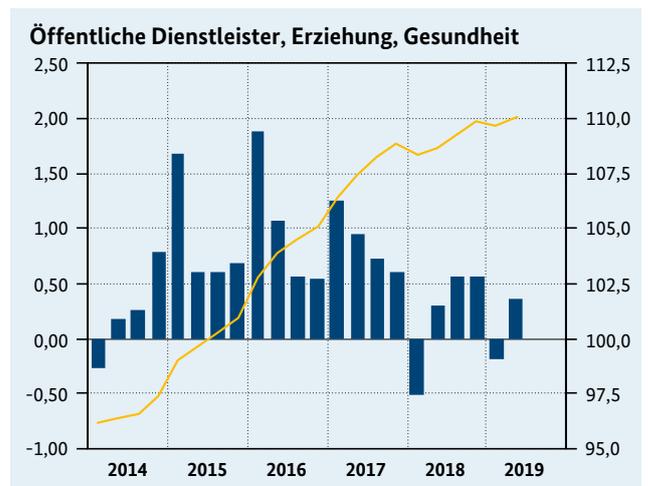
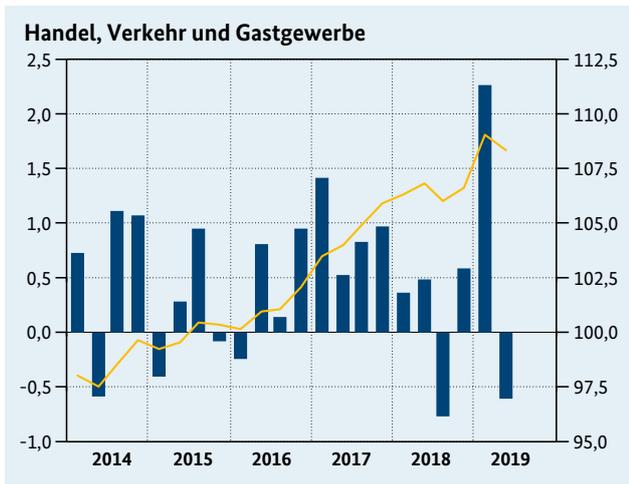
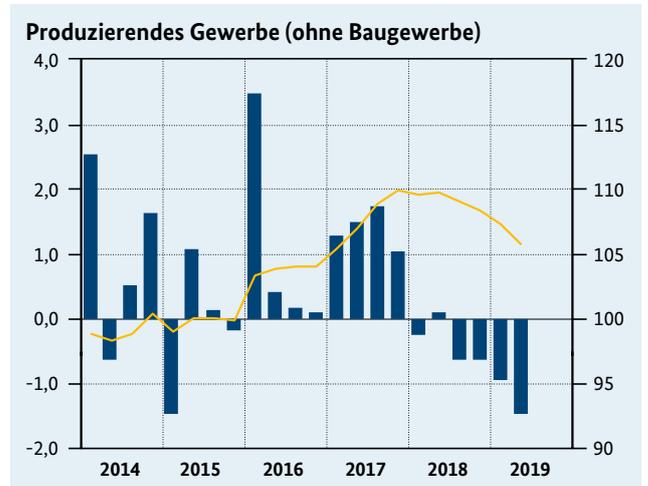
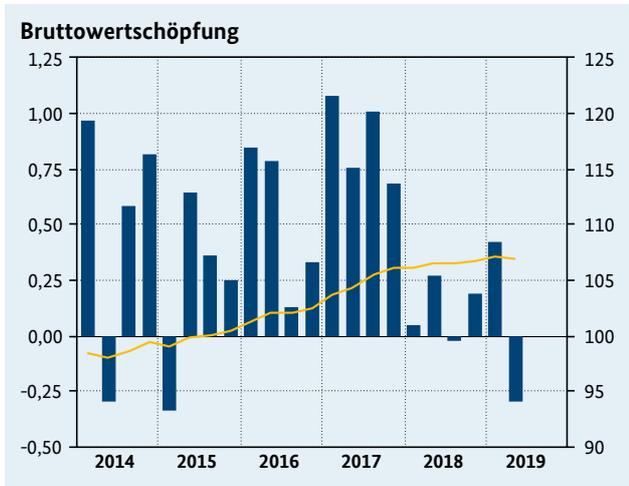
3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;

6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;

a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Bundesrepublik Deutschland



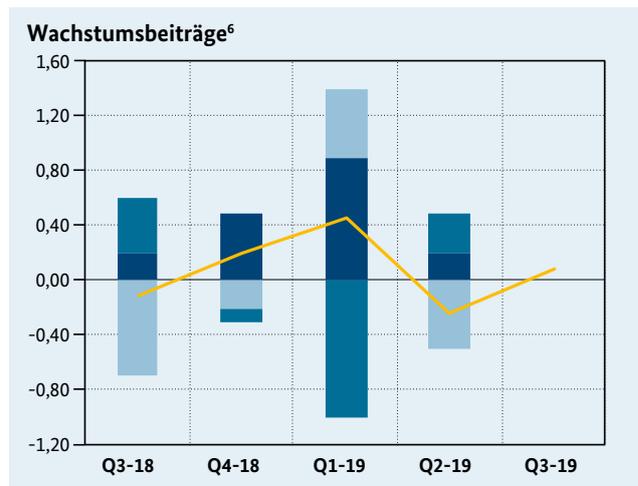
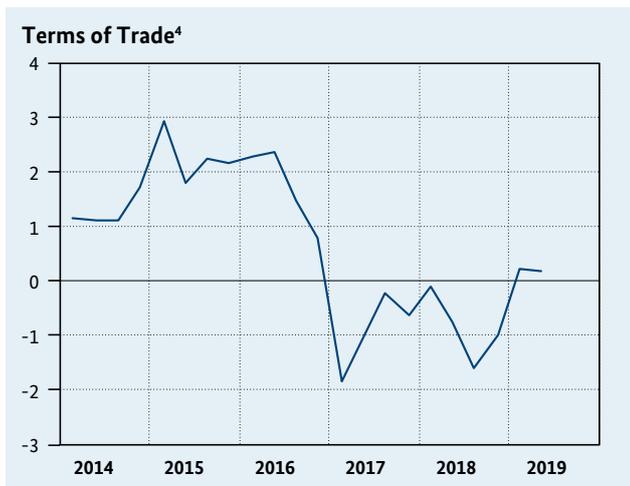
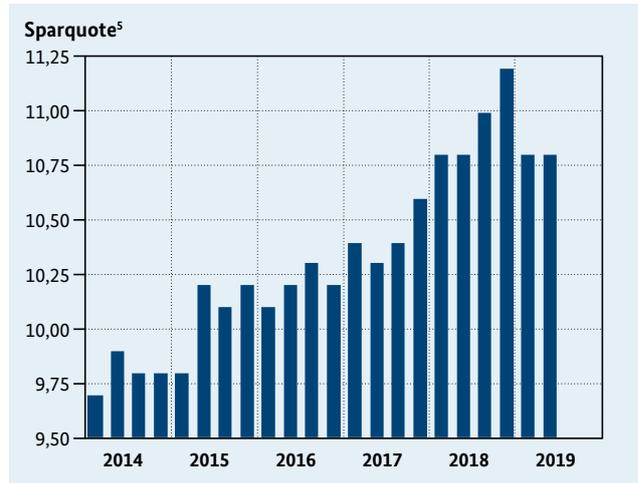
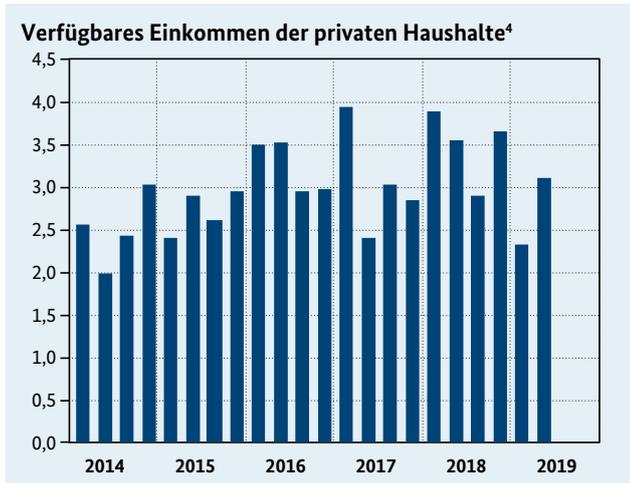
— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

Bundesrepublik Deutschland



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2015 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;
- 3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt;
- 6 Wachstumsbeiträge.

1.6 Internationaler Vergleich

					2016	2017				2018				2019			
	2015	2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %																
Deutschland	1,7	2,2	2,5	1,5	0,4	1,2	0,6	0,9	0,7	0,1	0,4	-0,1	0,2	0,5	-0,2	0,1	
Eurozone (EZ 19) ²	2,1	1,9	2,5	1,9	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8	0,3	0,4	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	
Europäische Union (EU 28) ³	2,3	2,0	2,6	2,0	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,3	0,5	0,3	0,4	0,5	0,2	0,3	
Japan	1,2	0,6	1,9	0,8	0,2	0,8	0,5	0,7	0,3	-0,1	0,5	-0,5	0,4	0,5	0,4	0,1	
USA	2,9	1,6	2,4	2,9	0,5	0,6	0,5	0,8	0,9	0,6	0,9	0,7	0,3	0,8	0,5	0,5	
China	6,8	6,8	6,7	6,4	1,6	1,5	1,8	1,7	1,5	1,5	1,7	1,6	1,5	1,4	1,6	1,5	

	in % des BIP⁴															
	2015	2016	2017	2018	2018	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	8,6	8,4	8,1	7,5	8,0	8,3	6,9	8,6	8,5	8,5	7,6	6,5	7,4	7,8	7,6	8,1
Eurozone (EZ 19) ²	2,8	3,2	3,1	3,1	3,0	3,1	1,9	3,9	3,6	3,5	3,6	2,6	2,8	3,1	2,4	-
Europäische Union (EU 28) ³	0,9	1,4	1,3	1,4	1,4	1,2	0,6	1,7	1,6	1,6	1,7	1,0	1,2	1,2	1,0	-
Japan	3,1	3,9	4,2	3,5	1,0	1,1	0,9	1,1	1,1	0,9	1,0	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9
USA	-2,2	-2,3	-2,2	-2,3	-2,2	-2,2	-2,5	-2,0	-2,3	-2,3	-2,1	-2,4	-2,8	-2,6	-2,4	-
China	2,8	1,8	1,6	0,4	0,1	0,1	0,3	0,2	0,3	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2

				2018			2019									
	2016	2017	2018	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	4,2	3,7	3,4	3,3	3,3	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	-
Eurozone (EZ 19) ²	10,0	9,1	8,2	8,0	7,9	7,9	7,8	7,8	7,7	7,6	7,6	7,5	7,6	7,5	7,5	-
Europäische Union (EU 28) ³	8,6	7,6	6,9	6,7	6,6	6,6	6,5	6,5	6,4	6,4	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3	-
Japan	3,1	2,8	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5	2,3	2,5	2,4	2,4	2,3	2,2	2,2	2,4	-
USA	4,9	4,4	3,9	3,8	3,7	3,9	4,0	3,8	3,8	3,6	3,6	3,7	3,7	3,7	3,5	3,6
China	4,0	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,7	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	-

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2015	2016	2017	2018	2018	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	0,4	1,7	1,9	2,6	2,2	1,7	1,7	1,7	1,4	2,1	1,3	1,5	1,1	1,0	0,9	0,9
Eurozone (EZ 19) ²	0,2	1,5	1,8	2,3	1,9	1,5	1,4	1,5	1,4	1,7	1,2	1,3	1,0	1,0	0,8	0,7
Europäische Union (EU 28) ³	0,3	1,7	1,9	2,3	2,0	1,6	1,5	1,6	1,6	1,9	1,6	1,6	1,4	1,4	1,2	-
Japan	-0,1	0,5	1,0	1,4	0,8	0,3	0,2	0,2	0,5	0,9	0,7	0,7	0,5	0,3	0,2	-
USA	1,3	2,1	2,4	2,5	2,2	1,9	1,6	1,5	1,9	2,0	1,8	1,6	1,8	1,7	1,7	1,8
China	2,0	1,6	2,1	2,5	2,2	1,9	1,7	1,5	2,3	2,5	2,7	2,7	2,8	2,8	3,0	3,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

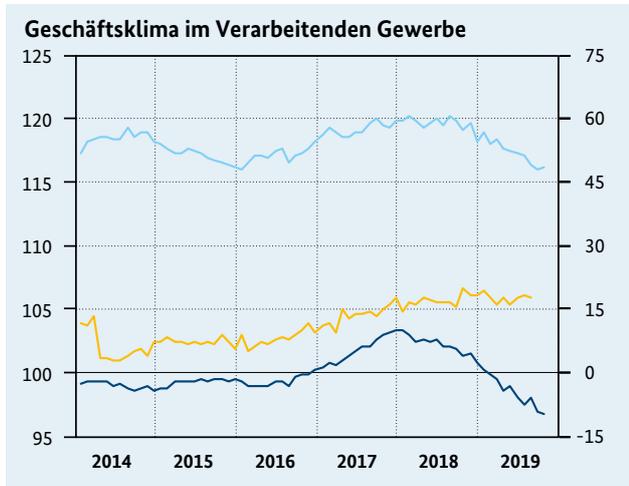
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2018	2019			2019					
	2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,7	100,5	100,2	99,7	99,5	99,3	99,3	99,3	99,3	99,3	99,3	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	117,2	121,4	125,2	126,0	126,2	126,2	-	125,9	126,3	126,2	-	-	-
CPB Welthandel ²	115,4	121,0	125,1	125,4	125,0	124,0	-	122,8	124,5	125,1	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	2225	2305	2655	2572	2440	2530	2425	2497	2492	2352	2393	2423	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 1,8	5,6	6,6	3,6	- 0,5	- 4,3	- 7,3	- 5,6	- 7,3	- 5,8	- 8,9	- 9,5	-
Industrieproduktion ⁴	101,7	104,7	105,6	104,7	105,3	104,6	103,7	103,9	103,4	103,8	103,9	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,9	1,1	1,1	1,2	0,9	0,6	0,0	0,4	0,2	0,0	- 0,1	-	-
Konsumentenvertrauen ⁵	- 8,1	- 5,4	- 4,9	- 6,4	- 7,0	- 7,0	- 6,7	- 7,2	- 6,6	- 7,1	- 6,5	- 7,6	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,3	57,4	58,8	56,9	55,4	52,2	49,4	51,7	51,2	49,1	47,8	48,3	-
Industrieproduktion ⁷	102,1	104,4	108,6	110,3	109,8	109,2	109,5	109,3	109,1	109,9	109,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,9	3,0	2,7	2,3	1,8	2,1	2,1	1,6	1,7	1,7	-
Konsumentenvertrauen ⁸	99,8	120,5	130,1	133,6	125,8	128,3	132,1	124,3	135,8	134,2	126,3	125,9	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,8	104,6	105,7	106,4	105,9	105,8	-	106,0	106,1	105,9	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	100,2	103,0	104,1	105,0	102,4	103,0	102,5	101,4	102,7	101,5	103,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1
Konsumentenvertrauen ¹¹	41,7	43,8	43,6	42,8	41,3	39,5	36,8	38,7	37,8	37,1	35,6	36,2	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,3	51,6	50,9	49,9	49,7	49,6	49,7	49,4	49,7	49,5	49,8	49,3	-
Industrieproduktion ¹³	6,1	6,5	6,2	5,7	6,9	5,6	5,0	6,3	4,8	4,4	5,8	4,7	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,9	3,6	3,6	3,4	3,1	3,3	3,1	3,2	3,2	3,1	3,1	3,3	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	104,4	115,6	121,1	121,4	124,6	124,9	123,6	125,9	124,4	122,4	124,1	-	-

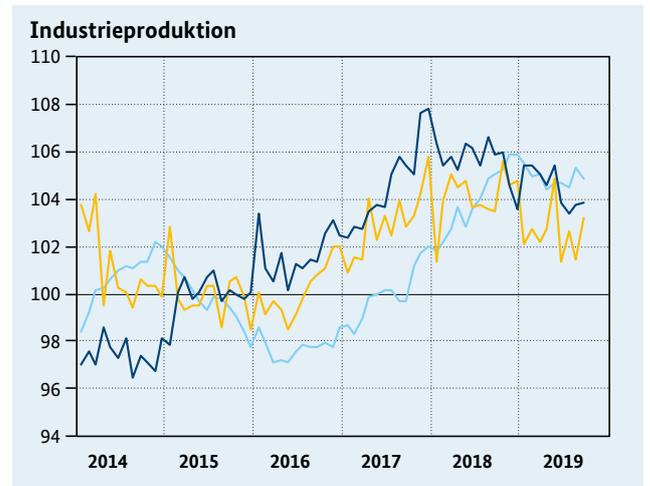
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

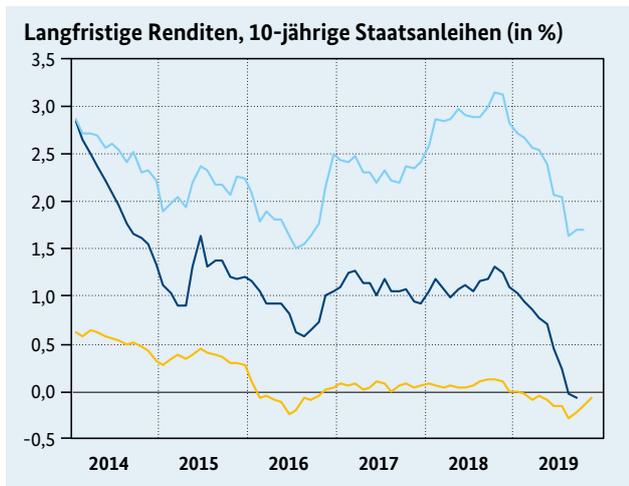
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



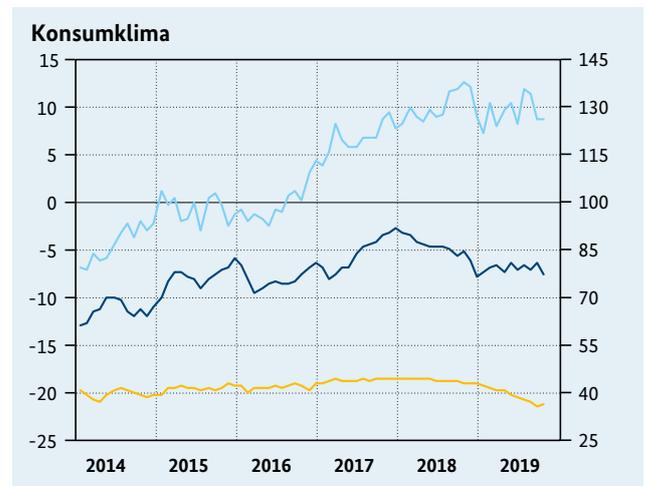
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

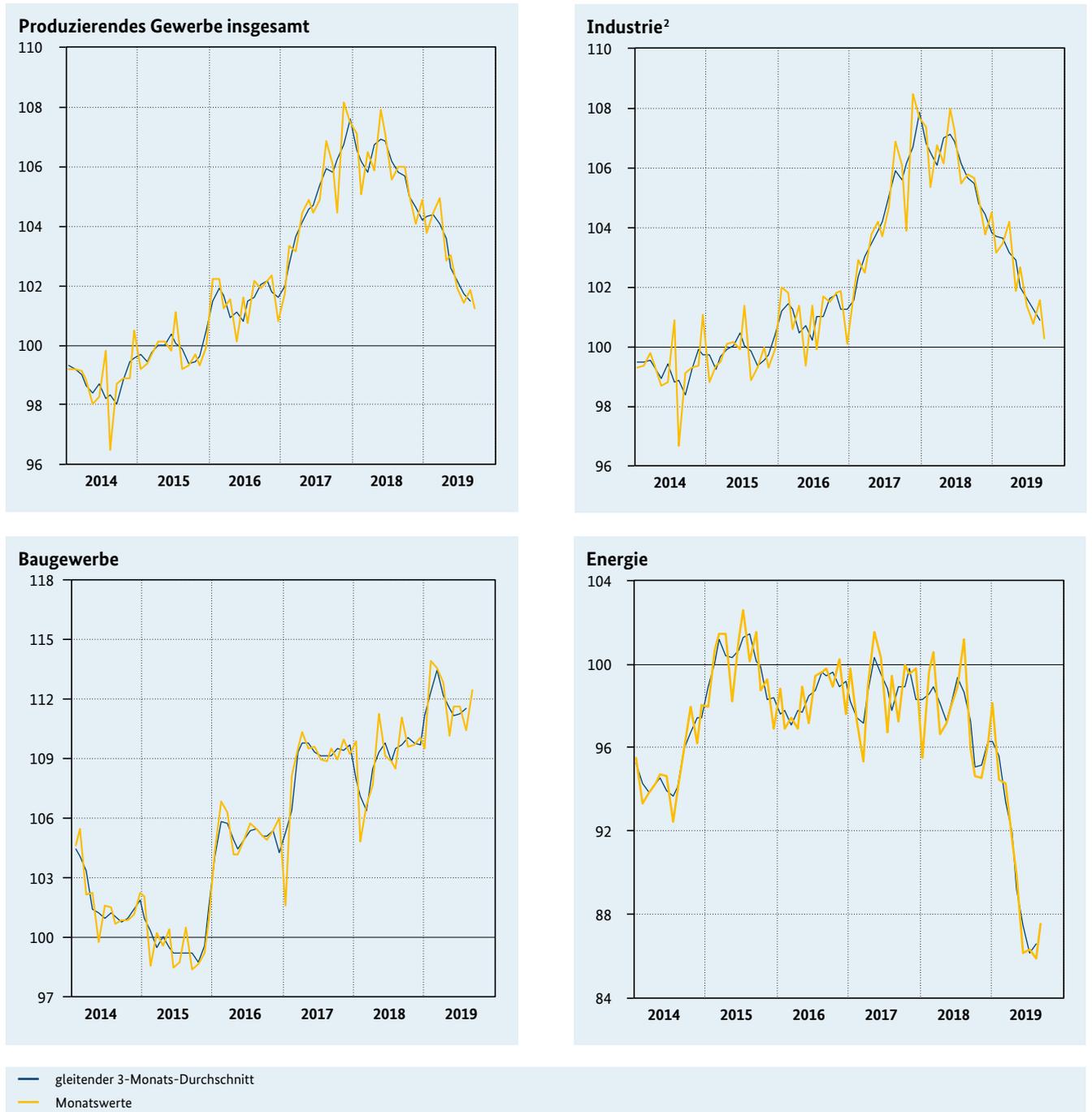
		2018			2019			2019							
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	
Produktion¹															
Produzierendes Gewerbe		Index	101,6	104,9	105,8	104,6	104,3	102,6	101,5	102,8	103,0	101,9	101,4	101,8	101,2
	gg. Vp. in %	1,9	3,2	0,9	-1,1	-0,3	-1,6	-1,1	-2,0	0,2	-1,1	-0,5	0,4	-0,6	
	gg. Vj. in %	1,8	3,3	0,9	-2,0	-1,6	-3,9	-4,0	-2,8	-4,4	-4,7	-3,9	-3,9	-4,3	
Industrie²		Index	101,1	104,7	106,0	104,4	103,6	102,0	100,9	101,9	102,7	101,4	100,8	101,6	100,3
	gg. Vp. in %	1,4	3,6	1,2	-1,2	-0,8	-1,5	-1,1	-2,2	0,8	-1,3	-0,6	0,8	-1,3	
	gg. Vj. in %	1,4	3,6	1,1	-2,2	-2,6	-4,8	-4,6	-4,1	-4,9	-5,5	-4,6	-4,0	-5,1	
Vorleistungsgüter		Index	100,9	104,9	105,5	104,4	104,4	102,0	100,0	103,1	102,5	100,3	99,8	100,7	99,4
	gg. Vp. in %	1,1	4,0	0,6	-0,8	0,0	-2,3	-2,0	-1,5	-0,6	-2,1	-0,5	0,9	-1,3	
	gg. Vj. in %	1,1	4,0	0,6	-2,7	-1,5	-4,2	-5,0	-2,1	-4,7	-5,6	-5,3	-4,4	-5,1	
Investitionsgüter		Index	101,3	105,0	106,0	105,0	103,2	101,8	101,5	100,7	102,7	101,9	101,1	102,4	100,9
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	1,0	0,3	-1,7	-1,4	-0,3	-3,4	2,0	-0,8	-0,8	1,3	-1,5	
	gg. Vj. in %	1,6	3,7	1,0	-1,8	-3,2	-5,3	-3,3	-6,3	-4,4	-5,2	-3,6	-2,2	-4,0	
Konsumgüter		Index	101,3	103,7	106,8	102,7	102,9	102,7	101,3	102,7	103,3	102,2	102,1	101,2	100,7
	gg. Vp. in %	1,5	2,4	3,0	-6,0	0,2	-0,2	-1,4	-0,5	0,6	-1,1	-0,1	-0,9	-0,5	
	gg. Vj. in %	1,4	2,5	2,9	-2,1	-3,4	-5,3	-7,3	-2,5	-6,6	-6,6	-6,0	-8,0	-7,9	
Baugewerbe		Index	105,3	108,7	109,0	109,8	112,4	111,6	111,6	112,9	110,2	111,7	111,7	110,5	112,5
	gg. Vp. in %	5,6	3,2	0,3	0,3	2,4	-0,7	0,0	-0,6	-2,4	1,4	0,0	-1,1	1,8	
	gg. Vj. in %	5,7	3,2	0,2	-0,3	6,2	2,0	1,8	5,0	-1,0	2,0	2,3	1,8	1,2	
Bauhauptgewerbe ³		Index	103,1	109,4	117,5	119,4	124,0	124,7	125,1	125,0	122,2	127,0	124,7	123,3	127,4
	gg. Vp. in %	3,4	6,1	7,4	0,2	3,9	0,6	0,3	-1,6	-2,2	3,9	-1,8	-1,1	3,3	
	gg. Vj. in %	3,4	6,1	7,4	7,2	11,9	4,8	4,6	6,7	0,6	7,3	4,9	5,1	3,9	
Ausbaugewerbe		Index	106,9	108,2	102,5	102,5	103,6	101,7	101,4	103,7	101,1	100,2	101,9	100,9	101,3
	gg. Vp. in %	7,2	1,2	-5,3	0,3	1,1	-1,8	-0,3	0,2	-2,5	-0,9	1,7	-1,0	0,4	
	gg. Vj. in %	7,3	1,2	-5,3	-5,1	1,3	-0,8	-0,9	3,2	-2,5	-2,8	0,0	-1,3	-1,5	
Energie⁴		Index	98,6	98,9	97,5	95,2	95,7	89,3	86,6	91,6	90,0	86,2	86,4	85,9	87,6
	gg. Vp. in %	-1,5	0,3	-1,4	-3,5	0,5	-6,7	-3,0	-2,9	-1,7	-4,2	0,2	-0,6	2,0	
	gg. Vj. in %	-1,5	0,4	-1,5	-4,6	-2,9	-8,1	-12,2	-5,4	-7,2	-12,1	-12,6	-15,1	-8,8	
Umsätze in der Industrie¹															
Industrie insgesamt		Index	100,4	104,7	105,3	104,4	105,5	103,8	102,6	104,5	103,4	103,4	102,2	103,5	102,1
	gg. Vp. in %	0,7	4,3	0,6	-0,5	1,1	-1,6	-1,2	-0,6	-1,1	0,0	-1,2	1,3	-1,4	
	gg. Vj. in %	0,7	4,4	0,5	-2,6	-0,1	-2,5	-2,3	-1,3	-3,1	-3,1	-3,1	-1,9	-1,9	
Inland		Index	99,8	102,7	102,4	101,6	102,3	100,1	99,1	101,7	99,8	98,9	98,3	100,2	98,7
	gg. Vp. in %	0,1	2,9	-0,3	0,2	0,7	-2,2	-1,0	0,5	-1,9	-0,9	-0,6	1,9	-1,5	
	gg. Vj. in %	0,0	3,0	-0,3	-2,4	-0,9	-3,2	-2,4	-0,8	-3,7	-5,0	-4,0	-1,7	-1,4	
darunter:		Index	99,8	102,7	102,4	101,6	102,3	100,1	99,1	101,7	99,8	98,9	98,3	100,2	98,7
	Investitionsgüter	gg. Vp. in %	0,1	2,9	-0,3	0,2	0,7	-2,2	-1,0	0,5	-1,9	-0,9	-0,6	1,9	-1,5
	gg. Vj. in %	0,0	3,0	-0,3	-2,4	-0,9	-3,2	-2,4	-0,8	-3,7	-5,0	-4,0	-1,7	-1,4	
Ausland		Index	101,1	106,9	108,3	107,2	108,7	107,5	106,2	107,3	107,1	108,1	106,2	106,8	105,6
	gg. Vp. in %	1,4	5,7	1,3	-1,2	1,4	-1,1	-1,2	-1,6	-0,2	0,9	-1,8	0,6	-1,1	
	gg. Vj. in %	1,4	5,7	1,4	-2,9	0,6	-1,9	-2,2	-2,0	-2,6	-1,1	-2,2	-2,2	-2,4	
darunter: Eurozone		Index	103,4	109,6	111,9	110,7	110,2	110,0	108,4	110,9	109,6	109,6	106,3	110,8	108,1
	gg. Vp. in %	3,7	6,0	2,1	-1,3	-0,5	-0,2	-1,5	0,3	-1,2	0,0	-3,0	4,2	-2,4	
	gg. Vj. in %	3,6	6,1	2,1	-1,7	-1,7	-2,2	-3,8	-0,4	-3,8	-2,2	-6,6	-1,4	-2,9	
			2016	2017	2018			2019							
			4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		in %	85,3	85,5	86,1	87,0	87,6	88,0	87,7	87,7	87,0	86,2	85,3	83,9	82,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren X13 JDemetra+); Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+; preisbereinigt, Index 2015 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2018	2019			2019					
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	101,3	107,5	107,9	107,4	102,9	102,0	101,0	102,5	100,5	103,1	100,8	100,4	101,7
	gg. Vp. in %	1,5	6,1	0,4	0,5	-4,2	-0,9	-1,0	0,3	-2,0	2,6	-2,2	-0,4	1,3
	gg. Vj. in %	1,5	6,2	0,4	-3,5	-5,9	-5,8	-5,6	-5,3	-8,4	-3,5	-5,0	-6,5	-5,4
Inland	Index	100,3	105,4	103,4	103,2	100,5	96,5	96,1	96,3	97,1	96,2	96,9	94,9	96,4
	gg. Vp. in %	0,6	5,1	-1,9	-0,2	-2,6	-4,0	-0,4	-1,2	0,8	-0,9	0,7	-2,1	1,6
	gg. Vj. in %	0,5	5,1	-1,8	-3,2	-3,8	-6,3	-7,2	-5,1	-7,1	-6,4	-7,0	-6,8	-7,7
Ausland	Index	102,0	109,1	111,3	110,5	104,7	106,2	104,7	107,2	103,0	108,4	103,8	104,5	105,7
	gg. Vp. in %	2,1	7,0	2,0	0,9	-5,2	1,4	-1,4	1,4	-3,9	5,2	-4,2	0,7	1,1
	gg. Vj. in %	2,2	7,1	2,0	-3,6	-7,3	-5,4	-4,5	-5,3	-9,4	-1,5	-3,6	-6,4	-3,7
Eurozone	Index	104,6	111,8	113,2	111,4	107,5	103,7	104,4	105,0	103,5	102,6	104,0	105,5	103,6
	gg. Vp. in %	4,5	6,9	1,3	0,4	-3,5	-3,5	0,7	-4,5	-1,4	-0,9	1,4	1,4	-1,8
	gg. Vj. in %	4,8	7,1	1,2	-5,4	-8,0	-8,7	-6,3	-5,9	-9,3	-10,5	-7,4	-3,9	-7,2
Nicht-Eurozone	Index	100,3	107,4	110,2	110,0	103,0	107,7	104,9	108,5	102,7	111,9	103,7	103,9	107,0
	gg. Vp. in %	0,5	7,1	2,6	1,3	-6,4	4,6	-2,6	5,3	-5,3	9,0	-7,3	0,2	3,0
	gg. Vj. in %	0,6	7,0	2,6	-2,4	-7,0	-3,3	-3,3	-5,0	-9,4	4,3	-1,0	-7,9	-1,4
Vorleistungsgüter	Index	100,9	108,2	107,0	104,4	101,2	98,7	97,8	99,4	97,9	98,9	97,4	98,7	97,2
	gg. Vp. in %	1,1	7,2	-1,1	-2,2	-3,1	-2,5	-0,9	-0,5	-1,5	1,0	-1,5	1,3	-1,5
	gg. Vj. in %	1,1	7,2	-1,1	-6,4	-6,5	-9,0	-8,5	-9,4	-10,1	-7,8	-9,4	-7,7	-8,4
Inland	Index	99,5	105,3	103,5	101,1	98,0	94,4	93,0	94,2	94,9	94,0	93,8	92,5	92,8
	gg. Vp. in %	-0,3	5,8	-1,7	-2,5	-3,1	-3,7	-1,5	-1,9	0,7	-0,9	-0,2	-1,4	0,3
	gg. Vj. in %	-0,3	5,7	-1,5	-6,1	-7,4	-8,9	-10,4	-7,9	-8,9	-9,8	-10,6	-9,2	-11,2
Ausland	Index	102,4	111,4	110,7	107,9	104,6	103,4	102,9	105,0	101,1	104,2	101,2	105,5	102,0
	gg. Vp. in %	2,7	8,8	-0,6	-1,9	-3,1	-1,1	-0,5	0,8	-3,7	3,1	-2,9	4,2	-3,3
	gg. Vj. in %	2,6	8,7	-0,5	-6,7	-5,6	-9,3	-6,5	-10,7	-11,3	-5,8	-8,1	-6,0	-5,4
Investitionsgüter	Index	101,6	107,4	108,3	109,5	103,7	103,4	102,5	103,7	101,1	105,3	102,5	100,9	104,0
	gg. Vp. in %	1,8	5,7	0,8	3,2	-5,3	-0,3	-0,9	1,0	-2,5	4,2	-2,7	-1,6	3,1
	gg. Vj. in %	1,8	5,8	0,8	-2,0	-5,9	-3,8	-3,5	-3,3	-8,2	-0,2	-1,4	-5,9	-3,2
Inland	Index	101,5	106,4	103,7	105,3	102,8	98,2	98,7	97,7	98,8	98,2	99,4	97,2	99,4
	gg. Vp. in %	1,8	4,8	-2,5	1,5	-2,4	-4,5	0,5	-0,5	1,1	-0,6	1,2	-2,2	2,3
	gg. Vj. in %	1,6	4,9	-2,4	-1,1	-1,3	-4,0	-4,9	-3,3	-5,3	-3,6	-4,3	-4,6	-5,7
Ausland	Index	101,7	108,0	111,0	112,0	104,3	106,4	104,7	107,3	102,5	109,5	104,3	103,1	106,7
	gg. Vp. in %	1,8	6,2	2,8	4,2	-6,9	2,0	-1,6	1,8	-4,5	6,8	-4,7	-1,2	3,5
	gg. Vj. in %	2,0	6,3	2,7	-2,4	-8,4	-3,8	-2,6	-3,3	-9,8	1,6	0,4	-6,8	-1,7
Konsumgüter	Index	100,4	105,0	109,7	105,1	105,1	107,6	104,8	108,2	107,6	106,9	104,7	104,5	105,3
	gg. Vp. in %	0,5	4,6	4,5	-7,5	0,0	2,4	-2,6	0,0	-0,6	-0,7	-2,1	-0,2	0,8
	gg. Vj. in %	0,5	4,6	4,6	-1,5	-3,3	-3,5	-7,9	0,2	-2,8	-7,5	-10,1	-6,7	-6,7
Inland	Index	97,6	100,3	100,9	100,7	99,9	97,9	95,8	99,4	98,2	96,0	97,3	93,6	96,5
	gg. Vp. in %	-2,2	2,8	0,6	1,2	-0,8	-2,0	-2,1	-1,5	-1,2	-2,2	1,4	-3,8	3,1
	gg. Vj. in %	-2,2	2,9	0,4	-1,2	-0,1	-5,3	-3,9	-0,6	-9,7	-5,1	-3,7	-6,7	-0,9
Ausland	Index	102,5	108,5	116,5	108,6	109,1	115,1	111,8	115,1	114,8	115,3	110,4	112,9	112,1
	gg. Vp. in %	2,6	5,9	7,4	-12,8	0,5	5,5	-2,9	1,1	-0,3	0,4	-4,2	2,3	-0,7
	gg. Vj. in %	2,7	5,8	7,6	-1,8	-5,5	-2,3	-10,4	0,8	2,2	-8,9	-13,9	-6,6	-10,4
Industrie ohne Großaufträge²	Index	101,1	107,4	107,9	106,8	103,2	101,1	100,7	103,1	100,2	100,1	100,5	100,1	101,6
	gg. Vp. in %	1,3	6,2	0,5	-0,1	-3,4	-2,0	-0,4	1,9	-2,8	-0,1	0,4	-0,4	1,5
	gg. Vj. in %	1,3	6,2	0,6	-3,4	-5,7	-6,9	-5,8	-4,6	-8,7	-7,3	-5,6	-7,1	-4,9

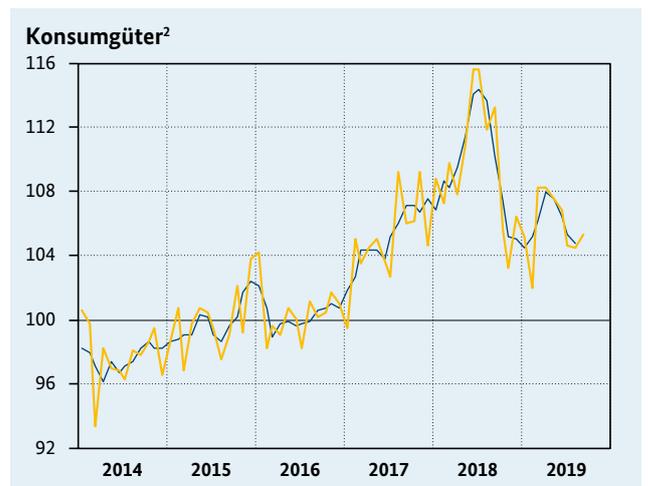
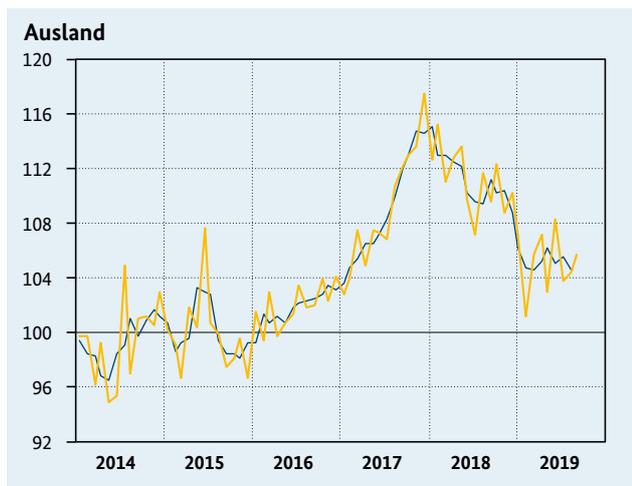
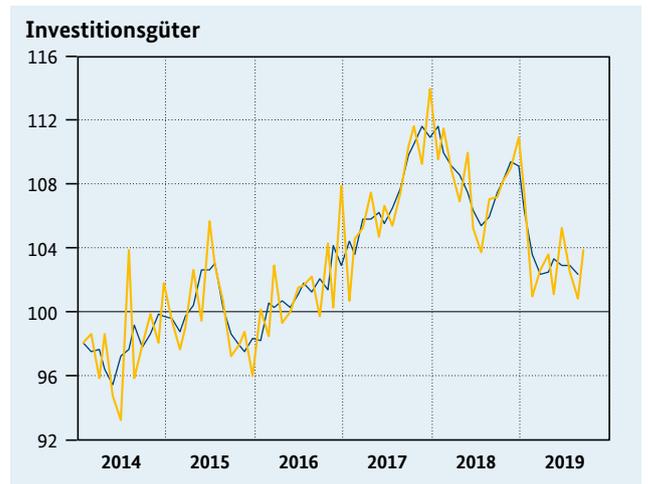
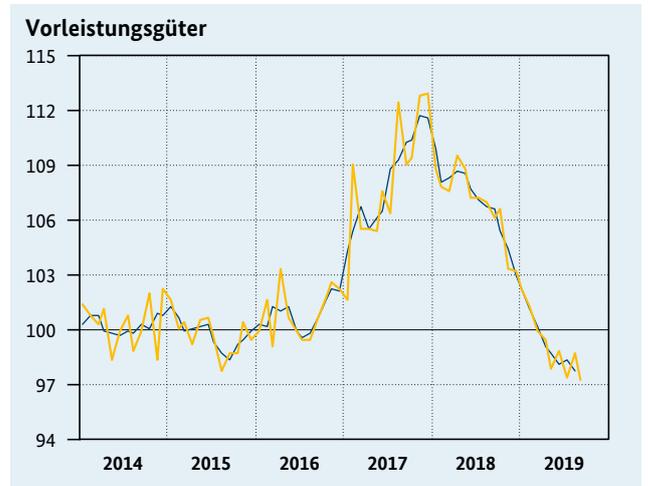
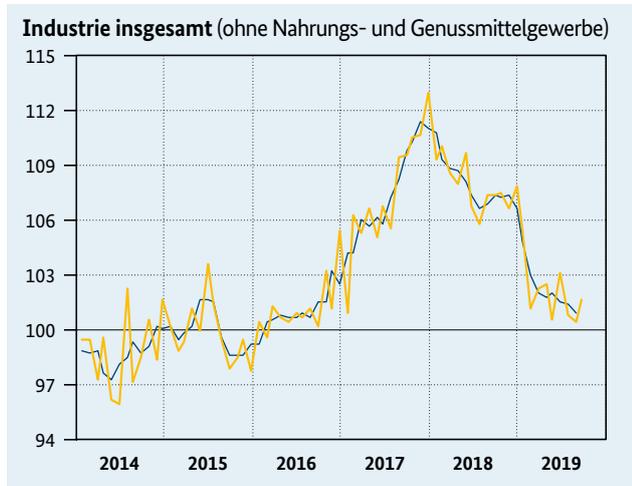
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2015 = 100; saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

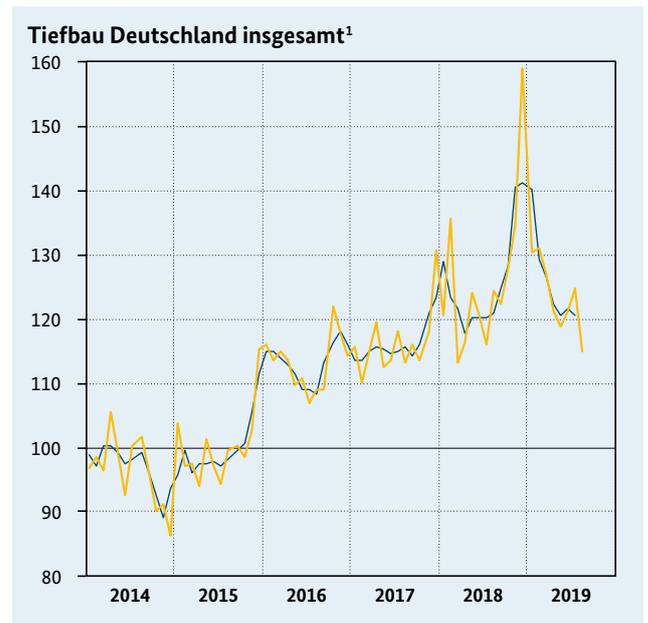
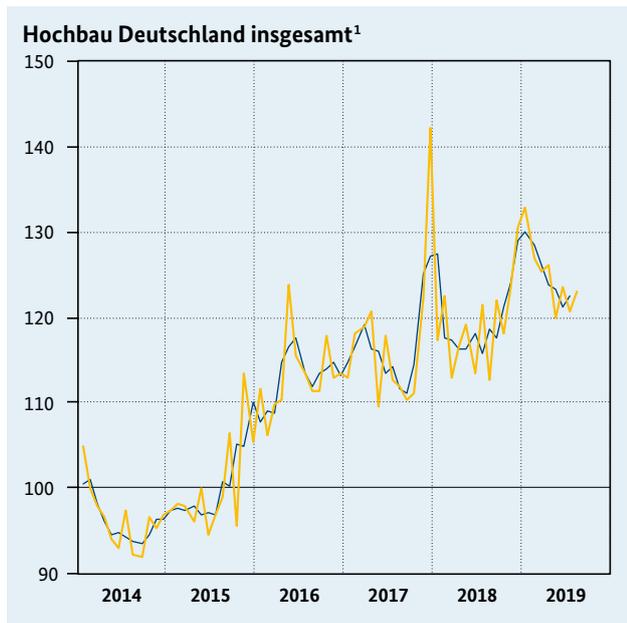
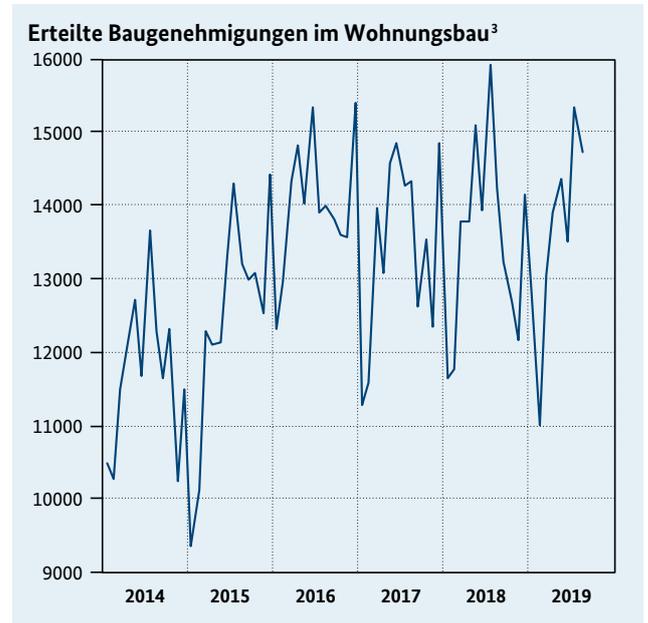
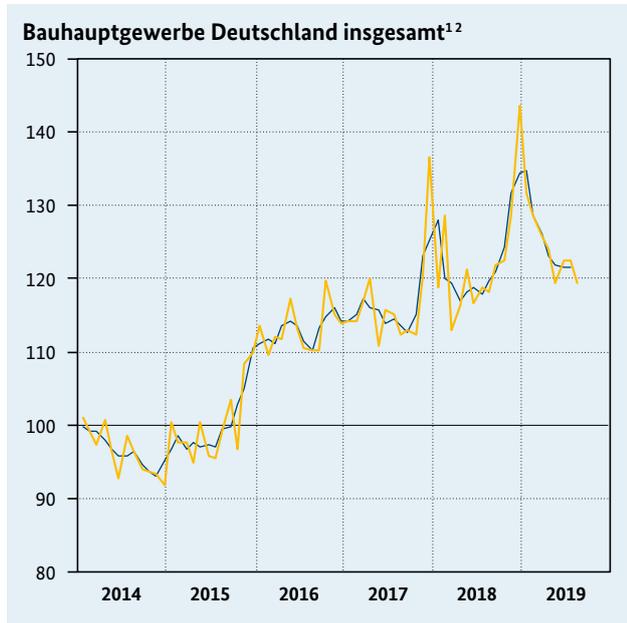
					2018		2019		2019						
		2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	113,2	117,0	122,5	119,7	131,7	128,8	122,0	126,0	124,0	119,5	122,6	122,6	119,4
		gg. Vp. in %	13,0	3,4	4,7	1,3	10,0	-2,2	-5,3	-2,2	-1,6	-3,6	2,6	0,0	-2,6
		gg. Vj. in %	13,1	3,5	4,4	4,7	7,5	8,0	2,9	11,3	6,4	-2,1	4,4	2,4	0,3
Hochbau		Index	113,2	117,4	119,2	118,7	124,0	128,4	123,2	125,3	126,2	119,9	123,6	120,6	123,1
		gg. Vp. in %	13,0	3,7	1,5	2,0	4,5	3,5	-4,0	-1,3	0,7	-5,0	3,1	-2,4	2,1
		gg. Vj. in %	13,2	3,7	1,4	6,0	-0,8	9,4	5,8	10,8	8,2	0,4	8,6	-1,0	8,8
Wohnungsbau		Index	114,8	117,2	124,2	125,2	137,2	128,6	122,8	128,1	122,7	123,4	122,2	128,9	130,0
		gg. Vp. in %	14,9	2,1	6,0	6,6	9,6	-6,3	-4,5	7,1	-4,2	0,6	-1,0	5,5	0,9
		gg. Vj. in %	14,9	2,0	5,8	13,1	10,0	10,8	4,3	16,4	0,7	6,7	5,6	3,2	6,2
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	112,0	117,5	115,7	114,2	114,8	128,1	123,5	123,3	128,6	117,5	124,5	114,8	118,3
		gg. Vp. in %	11,7	4,9	-1,5	-1,2	0,5	11,6	-3,6	-6,5	4,3	-8,6	6,0	-7,8	3,0
		gg. Vj. in %	12,0	4,9	-1,5	1,4	-8,3	8,4	6,8	7,0	14,2	-3,6	10,7	-4,0	10,6
Tiefbau		Index	113,2	116,5	126,3	121,0	140,6	129,5	120,7	126,9	121,5	119,0	121,5	124,9	115,1
		gg. Vp. in %	13,0	2,9	8,4	0,5	16,2	-7,9	-6,8	-3,3	-4,3	-2,1	2,1	2,8	-7,8
		gg. Vj. in %	12,8	3,2	7,9	3,1	18,4	6,4	-0,1	11,8	4,5	-4,6	-0,1	6,3	-8,3
Straßenbau		Index	119,0	121,0	124,6	119,4	126,9	133,2	119,2	127,0	123,9	116,1	117,7	112,4	102,5
		gg. Vp. in %	19,1	1,7	3,0	-4,0	6,3	5,0	-10,5	-8,3	-2,4	-6,3	1,4	-4,5	-8,8
		gg. Vj. in %	17,5	2,6	3,1	-0,9	1,8	4,6	-4,0	-1,9	6,3	-12,2	-5,6	-1,0	-16,6
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	109,8	113,8	127,3	121,8	148,6	127,3	121,5	126,9	120,1	120,7	123,7	132,1	122,5
		gg. Vp. in %	9,4	3,6	11,9	3,2	22,0	-14,3	-4,6	0,0	-5,4	0,5	2,5	6,8	-7,3
		gg. Vj. in %	10,1	3,5	10,9	5,6	26,1	7,4	2,7	22,5	3,2	1,0	3,9	11,2	-3,3
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	110,1	114,5	123,4	119,9	133,2	128,6	126,5	127,9	126,0	123,1	130,3	123,6	121,1
		gg. Vp. in %	10,0	4,0	7,8	1,7	11,1	-3,5	-1,6	-0,7	-1,5	-2,3	5,8	-5,1	-2,0
		gg. Vj. in %	10,4	3,6	7,4	7,6	9,5	6,1	7,3	14,6	8,5	-1,5	15,4	0,0	3,4
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	115,8	119,6	120,4	116,3	126,6	129,2	116,5	122,6	122,5	113,0	114,0	117,4	111,0
		gg. Vp. in %	15,3	3,3	0,7	-2,4	8,9	2,1	-9,8	-8,8	-0,1	-7,8	0,9	3,0	-5,5
		gg. Vj. in %	15,0	4,1	0,3	-3,0	2,9	8,5	-2,4	5,2	7,6	-7,3	-6,9	4,6	-6,8
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	98125	83667	106257	28714	25990	23758	28466	8086	8973	9585	9908	10802	10917
		gg. Vj. in %	17,3	1,2	7,0	8,6	0,7	2,7	0,2	-5,8	-10,1	2,8	8,8	5,6	13,7
Wohngebäude		Mio. €	58976	58661	61406	16571	14950	14217	16501	4940	5506	5610	5385	6025	5835
		gg. Vj. in %	15,2	-0,5	4,7	9,5	0,2	3,4	2,3	-2,4	5,2	-0,4	2,2	-0,1	6,6
Nichtwohngebäude		Mio. €	39149	40641	44851	12143	11040	9542	11965	3145	3467	3975	4523	4777	5082
		gg. Vj. in %	20,6	3,8	10,4	7,4	1,4	1,7	-2,6	-10,6	-27,0	7,5	17,9	13,8	23,3
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	29235	29987	33445	9200	8078	6857	8570	2157	2622	3171	2778	3294	3673
		gg. Vj. in %	20,0	2,6	11,5	10,2	1,6	-1,9	-6,6	-17,3	-21,0	7,9	-4,9	1,9	16,4
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	9915	10654	11406	2944	2962	2685	3395	988	845	804	1746	1483	1409
		gg. Vj. in %	22,3	7,5	7,1	-0,5	0,8	12,2	9,2	8,7	-41,1	6,2	90,5	53,9	45,8
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	168,4	161,6	162,7	43,5	39,1	37,0	41,9	13,1	13,9	14,4	13,5	15,4	14,8
		gg. Vj. in %	12,2	-4,0	0,7	5,3	-4,3	-0,8	-2,3	-5,5	0,9	-4,7	-3,0	-3,6	3,4
		gg. Vp. in %	12,4	-3,6	0,9	2,3	-4,1	1,5	-1,1	3,4	2,4	-3,3	2,2	-0,3	7,4
ifo Konjunkturtest⁴															
			2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	76,3	78,1	79,5	83,9	68,0	82,1	84,3	83,1	83,8	84,5	84,4	84,1	84,0
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	14,8	18,5	19,0	4,7	42,0	2,7	2,0	2,0	2,0	2,0	3,0	1,0	7,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2015= 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2018	2019			2019					
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
ifo Konjunkturtest¹														
Gesamtwirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	19,0	25,7	25,3	23,3	17,7	15,1	7,6	13,2	9,6	6,2	6,9	6,8	-
Geschäftslage	Salden	29,0	39,4	43,2	41,7	38,0	32,6	24,7	30,4	27,5	22,0	24,6	22,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	9,4	12,8	8,7	6,3	-0,9	-1,1	-8,3	-2,8	-6,9	-8,5	-9,4	-8,1	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	11,2	27,5	24,1	17,2	9,5	3,3	-5,6	1,3	-4,3	-6,0	-6,4	-5,5	-
Geschäftslage	Salden	21,4	41,8	43,8	35,5	30,2	19,7	6,0	15,9	7,7	5,6	4,7	3,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,6	14,1	6,0	0,2	-9,2	-11,8	-16,5	-12,3	-15,6	-17,1	-16,8	-13,6	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,7	26,5	24,3	16,4	6,4	0,0	-11,7	-2,8	-8,4	-12,5	-14,2	-13,9	-
Geschäftslage	Salden	19,2	40,1	45,3	37,0	27,3	15,3	-2,1	12,2	4,4	-4,1	-6,7	-7,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	0,6	13,6	5,1	-2,5	-12,5	-14,1	-20,8	-16,6	-20,4	-20,5	-21,4	-20,1	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	11,2	31,4	26,3	18,9	12,5	4,0	-1,6	2,4	-1,4	-1,8	-1,5	-2,9	-
Geschäftslage	Salden	23,0	47,2	49,9	39,0	34,9	22,4	11,4	19,4	9,4	12,2	12,7	5,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	0,0	16,7	4,9	0,5	-7,7	-12,9	-13,8	-13,3	-11,8	-14,8	-14,7	-10,8	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,5	15,5	13,8	11,5	10,5	9,6	6,9	7,4	8,3	7,1	5,2	6,9	-
Geschäftslage	Salden	17,8	26,4	22,8	22,6	26,6	26,2	20,6	22,7	21,4	19,8	20,5	21,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,6	5,2	5,2	1,1	-4,4	-5,7	-6,0	-6,8	-4,0	-4,8	-9,1	-6,9	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	5,4	14,4	24,3	29,9	20,1	23,1	22,2	22,6	23,1	21,4	22,1	21,3	-
Geschäftslage	Salden	9,9	23,2	42,6	53,8	42,1	48,6	45,5	47,8	46,0	45,5	45,0	44,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,0	6,0	7,5	8,2	0,1	0,2	1,2	-0,1	2,4	-0,3	1,4	0,1	-
Handel														
Geschäftsklima	Salden	10,0	16,0	12,7	10,1	6,0	6,9	-1,5	7,9	1,5	-2,4	-3,7	-3,3	-
Geschäftslage	Salden	16,0	25,3	25,5	24,1	23,8	23,3	15,7	23,9	18,8	15,2	13,2	12,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,3	7,1	0,6	-3,1	-10,4	-8,4	-17,4	-6,9	-14,4	-18,5	-19,3	-18,0	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	27,8	28,9	29,8	30,4	24,9	23,0	16,1	20,4	18,4	13,1	16,7	16,6	-
Geschäftslage	Salden	39,3	43,9	47,8	48,2	46,2	42,0	36,0	40,0	39,7	31,2	37,2	35,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	16,8	14,8	13,1	13,9	5,4	5,5	-2,2	2,5	-1,0	-3,5	-2,0	-0,8	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	55,2	84,1	77,4	57,9	17,9	7,2	-11,5	7,8	-1,1	-13,5	-19,9	-25,3	-24,7
Konjunkturerwartungen	Salden	6,7	16,4	-8,7	-22,1	-10,7	-6,7	-30,4	-21,1	-24,5	-44,1	-22,5	-22,8	-2,1

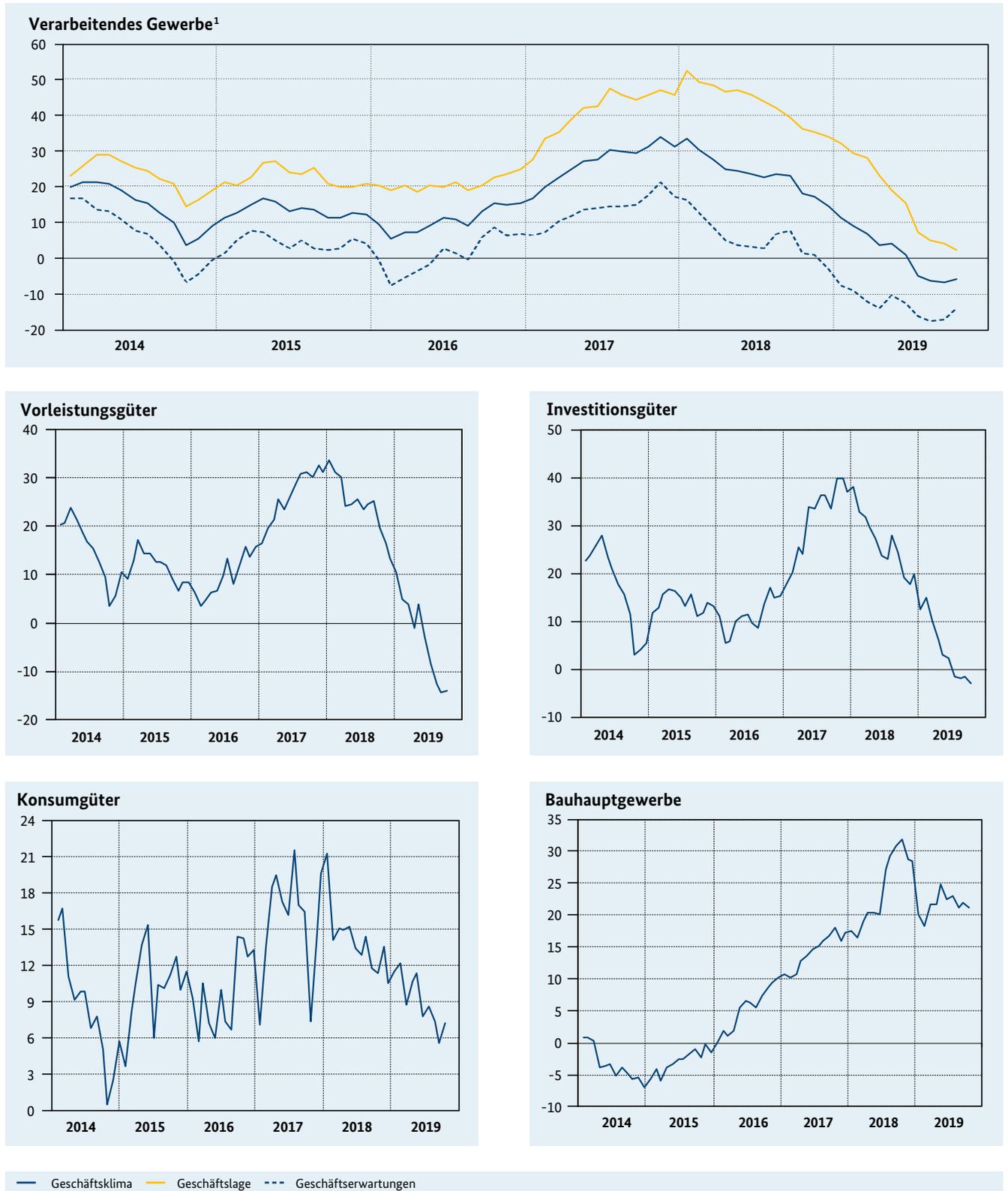
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2017				2018				2019	
		2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung														
Private Konsumausgaben ¹	Index	102,3	103,6	105,0	103,0	103,4	104,0	104,6	104,7	105,0	105,0	105,4	106,3	106,4
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	2,3	1,3	1,3	0,4	0,3	0,6	0,6	0,1	0,2	0,0	0,4	0,8	0,1
	gg. Vj. in %	2,0	1,6	1,2	1,8	0,9	1,4	1,2	1,8	1,4	0,6	1,3	1,0	1,5
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1780	1834	1898	454	456	461	465	470	473	476	481	483	487
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	3,2	3,1	3,5	1,0	0,4	1,1	1,0	0,9	0,6	0,8	1,0	0,4	0,9
	gg. Vj. in %	3,2	3,1	3,5	4,0	2,4	3,0	2,8	3,9	3,6	2,9	3,7	2,3	3,1
Einzelhandelsumsätze²														
		2016	2017	2018	2018			2019			2019			
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Einzelhandel	Index	102,1	105,8	107,5	108,0	110,1	110,4	111,1	111,6	111,0	111,1	111,1	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. in %	2,0	3,6	1,6	0,4	1,9	0,3	0,6	1,9	-0,5	0,1	0,0	-	-
	gg. Vj. in %	2,1	3,5	1,6	0,9	4,0	2,1	3,2	3,9	3,0	3,4	3,4	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,9	103,0	104,5	104,6	106,1	105,9	105,8	107,7	106,0	106,1	105,2	-	-
	gg. Vp. in %	0,8	2,1	1,5	0,2	1,4	-0,2	-0,1	3,0	-1,6	0,1	-0,8	-	-
	gg. Vj. in %	0,8	2,1	1,5	0,7	2,5	0,7	1,3	2,5	1,7	1,9	0,2	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,2	106,8	104,0	102,6	104,1	104,3	103,0	111,5	101,8	104,1	103,1	-	-
	gg. Vp. in %	-0,1	6,6	-2,6	-0,8	1,5	0,2	-1,2	13,3	-8,7	2,3	-1,0	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	6,5	-2,6	-3,4	1,7	-3,0	-0,5	7,5	-3,3	0,3	1,6	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	101,3	111,0	116,8	119,9	121,0	123,5	125,4	122,2	121,0	128,0	127,3	-	-
	gg. Vp. in %	1,3	9,6	5,2	2,3	0,9	2,1	1,5	-2,4	-1,0	5,8	-0,5	-	-
	gg. Vj. in %	1,3	9,5	5,2	5,5	6,7	6,3	6,9	1,5	4,2	11,2	5,6	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	100,9	101,9	101,2	101,4	104,0	104,0	104,2	104,3	104,7	104,0	104,0	-	-
	gg. Vp. in %	0,7	1,0	-0,7	0,6	2,6	0,0	0,2	0,8	0,4	-0,7	0,0	-	-
	gg. Vj. in %	0,7	1,0	-0,7	-1,2	3,9	1,7	3,4	3,4	4,0	3,3	2,8	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	105,1	110,2	112,5	112,9	115,3	115,6	-	116,0	118,5	118,5	-	-	-
	gg. Vp. in %	5,4	4,9	2,1	0,9	2,1	0,3	-	0,2	2,2	0,0	-	-	-
	gg. Vj. in %	5,3	5,0	2,0	0,4	3,3	2,1	-	1,9	5,4	5,0	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe²														
Insgesamt	Index	100,6	102,5	103,8	104,6	106,6	104,2	-	105,2	102,8	102,9	-	-	-
	gg. Vp. in %	0,6	1,9	1,3	1,2	1,9	-2,3	-	2,2	-2,3	0,1	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,8	1,5	1,3	2,1	3,2	0,3	-	0,6	-0,6	0,5	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen³														
Insgesamt	in Tsd.	3352	3441	3436	762	880	969	891	325	333	314	245	285	-
	gg. Vj. in %	4,5	2,7	-0,2	-8,1	0,2	0,9	6,8	-4,7	4,7	-0,8	22,2	12,7	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1173	1225	1249	265	308	360	304	117	121	103	81	98	-
	gg. Vj. in %	6,8	4,4	2,0	-13,1	-6,0	-2,3	5,4	-10,0	2,6	-0,5	19,0	6,9	-
Verbraucherpreise⁴														
Insgesamt	Index	100,5	102,0	103,8	104,4	103,8	105,4	106,1	105,7	106,2	106,0	106,0	106,1	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	1,7	2,0	1,4	1,7	1,5	1,6	1,7	1,4	1,2	1,1	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,9	3,0	2,3	1,5	1,0	1,0	2,0	1,2	2,1	2,7	1,3	1,1	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,1	1,3	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-4,3	0,9	2,9	4,5	4,1	3,7	2,8	3,1	3,5	2,8	2,0	1,0	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-1,1	2,7	3,0	4,8	1,8	2,7	0,8	2,1	1,7	0,9	-0,3	-0,4	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁵	Salden	4,7	5,7	3,9	1,8	2,4	6,5	3,7	9,0	4,9	4,0	2,2	1,4	-
Geschäftslage	Salden	11,9	15,0	14,7	14,2	17,3	21,5	23,4	26,3	25,7	22,7	21,9	21,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,3	-3,2	-6,4	-10,0	-11,5	-7,6	-14,2	-7,0	-13,9	-13,0	-15,8	-17,1	-
GfK – Konsumklima⁶	Punkte	9,8	10,4	10,6	10,3	10,5	10,2	9,7	10,1	9,8	9,7	9,7	9,8	9,6
Anschaffungsneigung	Punkte	52,8	55,6	56,6	57,3	54,2	52,5	50,7	52,4	50,3	50,4	51,4	51,2	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

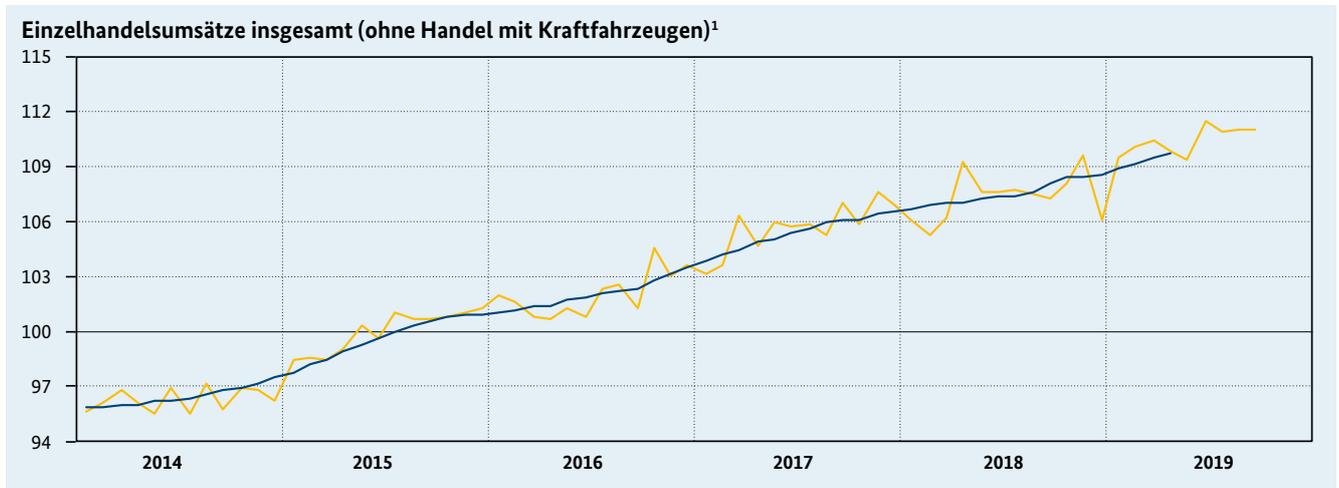
2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

3 Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; Index 2015 = 100; 5 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo

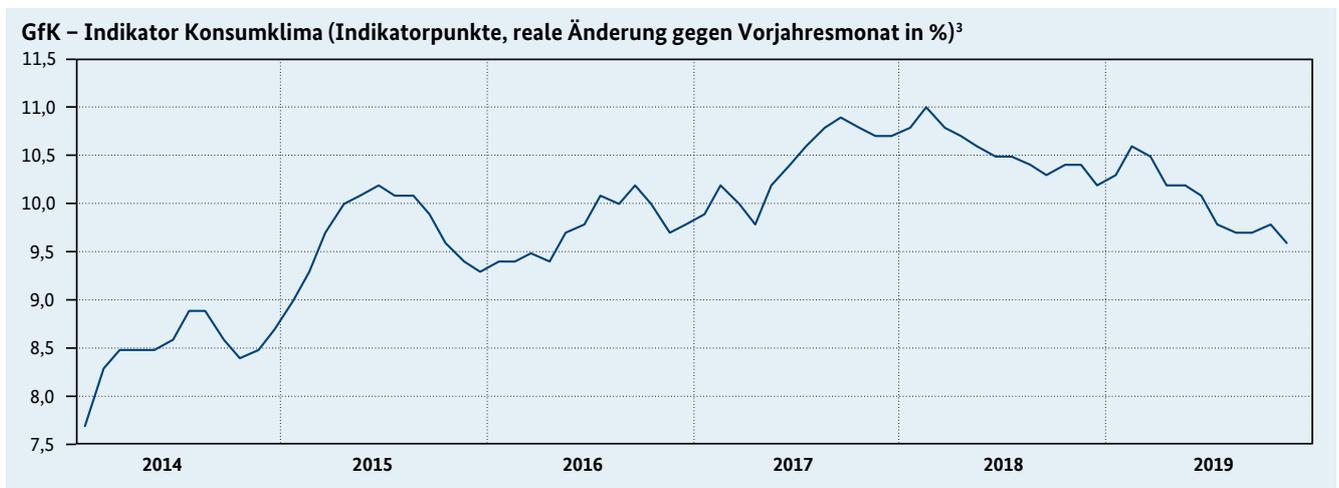
Instituts; 6 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 12-Monats-Wert — Monatswerte



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

Bundesrepublik Deutschland

		2018			2019				2019					
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	264	263	251	62	67	65	70	21,2	21,7	21,9	23,2	23,3	23,3
	gg. Vp. in %	1,3	-0,3	-4,4	14,3	6,8	-2,8	7,9	-10,3	2,6	0,7	6,2	0,5	0,0
Warenhandel	in Mrd. €	250	255	225	57	60	57	62	18,2	19,5	19,4	21,3	20,0	20,6
	gg. Vp. in %	1,4	2,0	-11,7	18,9	5,5	-5,3	8,6	-14,7	7,0	-0,5	9,8	-5,7	3,0
Ausfuhr	in Mrd. €	1173	1260	1298	332	335	329	333	109,2	109,9	110,1	111,1	109,7	112,0
	gg. Vp. in %	0,9	7,4	3,0	3,3	0,9	-1,6	1,1	-3,1	0,6	0,2	0,9	-1,3	2,1
Einfuhr	in Mrd. €	923	1005	1073	275	275	272	271	91,0	90,4	90,8	89,9	89,6	91,3
	gg. Vp. in %	0,7	8,8	6,7	0,6	0,0	-0,8	-0,5	-0,4	-0,6	0,4	-1,0	-0,2	1,9
Dienstleistungen	in Mrd. €	-21	-22	-21	-6	-5	-5	-6	-1,5	-1,5	-2,1	-2,4	-1,6	-1,9
	gg. Vp. in %	7,3	6,1	-6,8	1,2	-9,0	-6,9	16,2	-24,0	0,7	41,5	13,0	-33,6	22,4
Einnahmen	in Mrd. €	263	282	292	75	74	76	76	25,5	25,3	24,9	25,3	25,6	25,6
	gg. Vp. in %	4,4	7,4	3,5	0,8	-0,1	1,5	1,2	1,6	-0,6	-1,7	1,8	1,0	0,2
Ausgaben	in Mrd. €	284	304	313	80	80	81	82	26,9	26,8	26,9	27,7	27,1	27,5
	gg. Vp. in %	4,6	7,3	2,7	0,8	-0,7	1,0	2,1	-0,2	-0,6	0,7	2,7	-2,0	1,5
Primäreinkommen	in Mrd. €	76	81	94	25	24	25	26	9,0	7,0	8,9	8,5	9,0	8,7
	gg. Vp. in %	7,5	7,4	15,3	0,2	-3,1	4,6	5,0	16,4	-21,9	27,6	-5,2	6,0	-3,2
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-51	-47	-13	-12	-12	-12	-4,5	-3,3	-4,3	-4,2	-4,1	-4,1
	gg. Vp. in %	10,7	25,0	-8,0	10,6	-9,9	1,2	1,8	28,8	-27,4	32,3	-4,4	-0,7	-0,7

Außenhandel nach Ländern²

Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1204	1279	1317	329	336	330	331	110,0	114,2	106,1	115,2	101,6	114,2
	gg. Vj. in %	0,9	6,2	3,0	1,4	2,5	-1,3	1,7	-0,3	4,7	-8,0	3,8	-3,6	4,6
EU-Länder	in Mrd. €	706	750	779	193	202	194	190	64,2	66,2	63,5	64,2	57,8	68,4
	gg. Vj. in %	1,9	6,3	3,8	1,6	2,4	-2,8	0,9	-3,0	0,8	-6,2	-0,5	-2,7	5,6
Eurozone ¹	in Mrd. €	441	471	492	122	127	124	120	41,8	42,2	40,5	41,2	35,3	43,0
	gg. Vj. in %	1,5	6,9	4,5	1,8	1,6	-0,9	0,6	-0,1	3,6	-5,8	-0,5	-2,9	4,8
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	265	279	287	71	74	69	71	22,4	24,0	23,0	23,0	22,5	25,4
	gg. Vj. in %	2,4	5,2	2,7	1,3	3,8	-6,2	1,4	-7,9	-3,9	-6,9	-0,5	-2,4	7,0
Drittländer	in Mrd. €	498	529	539	136	134	136	140	45,8	48,0	42,6	51,0	43,7	45,7
	gg. Vj. in %	-0,5	6,2	1,8	1,1	2,5	0,9	2,8	3,7	10,7	-10,6	9,9	-4,8	3,2
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	955	1031	1089	276	281	275	272	92,2	93,6	89,5	93,6	85,1	93,0
	gg. Vj. in %	0,6	8,0	5,6	4,9	5,5	1,1	-0,6	2,5	5,1	-4,1	-1,0	-3,0	2,3
EU-Länder	in Mrd. €	632	682	723	184	187	186	180	61,6	62,4	61,6	61,5	55,3	63,0
	gg. Vj. in %	1,7	7,9	5,9	4,1	5,1	2,0	0,3	2,3	4,8	-1,0	-1,1	-1,9	3,9
Eurozone	in Mrd. €	429	459	489	124	127	127	121	41,9	42,7	41,9	42,2	36,9	41,9
	gg. Vj. in %	0,6	7,1	6,5	4,6	5,3	3,2	-1,0	3,0	7,9	-0,8	-2,8	-3,3	3,2
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	204	223	234	60	60	59	59	19,6	19,7	19,7	19,3	18,4	21,1
	gg. Vj. in %	4,1	9,5	4,8	3,0	4,6	-0,7	3,0	0,8	-1,4	-1,5	2,6	1,0	5,2
Drittländer	in Mrd. €	323	349	366	93	95	90	92	30,6	31,2	27,9	32,1	29,9	30,0
	gg. Vj. in %	-1,5	8,1	5,0	6,7	6,3	-0,7	-2,2	3,1	5,7	-10,3	-0,8	-4,9	-1,0

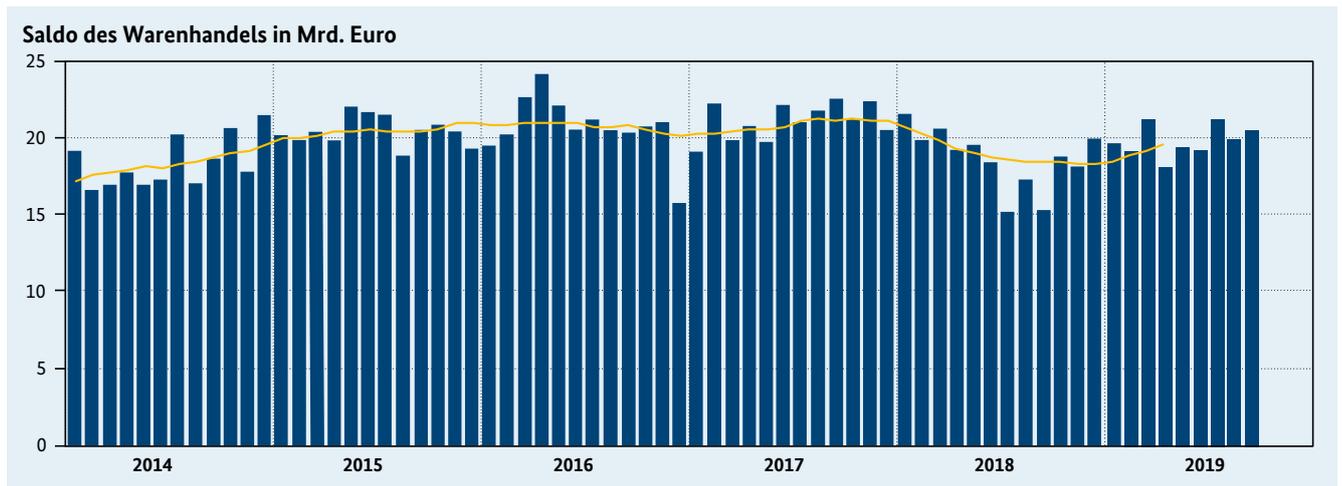
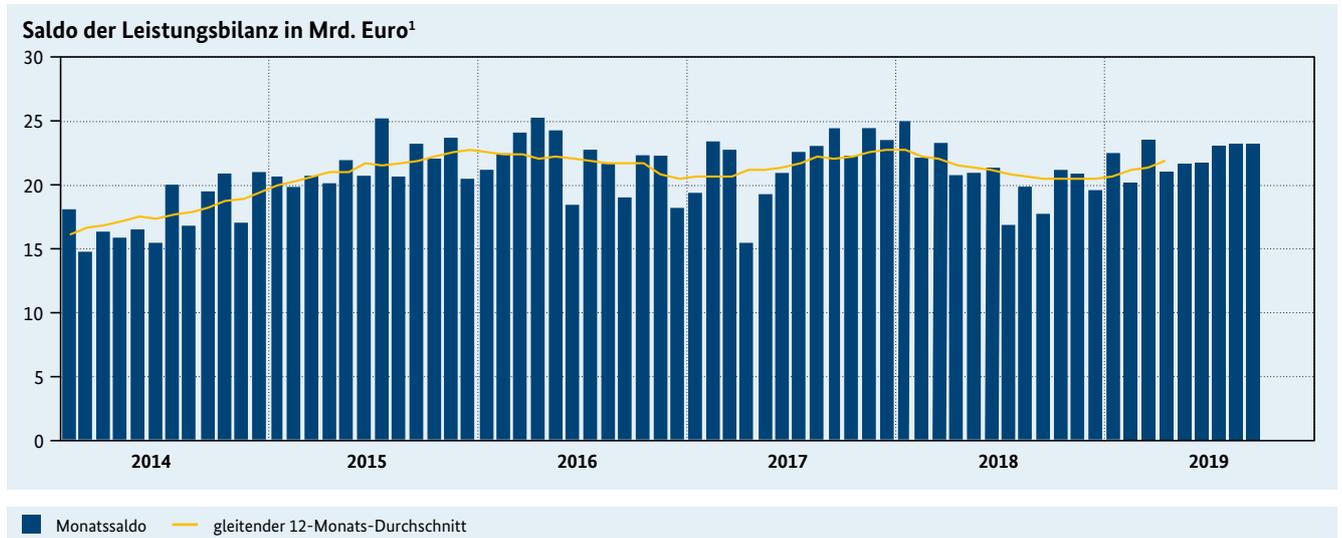
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

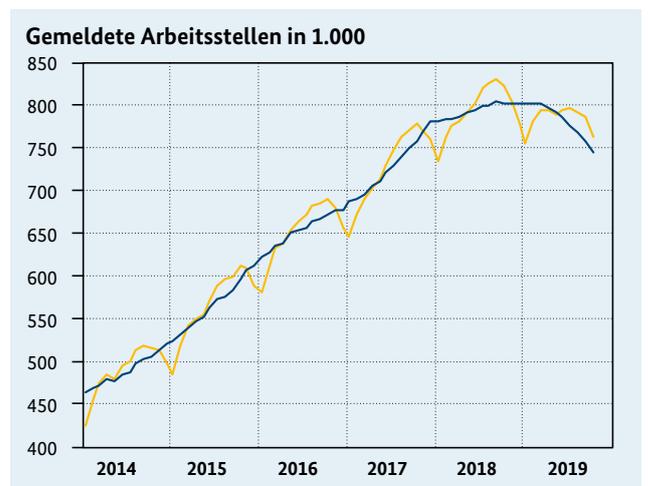
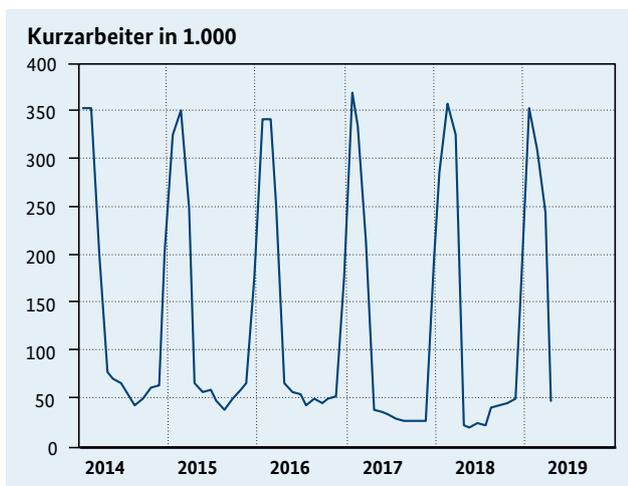
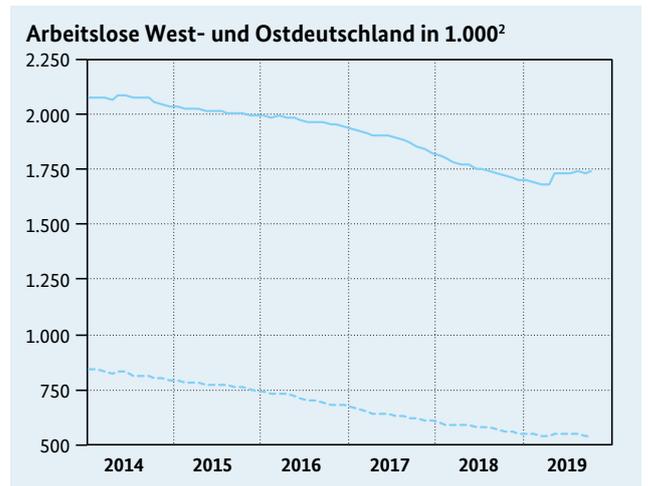
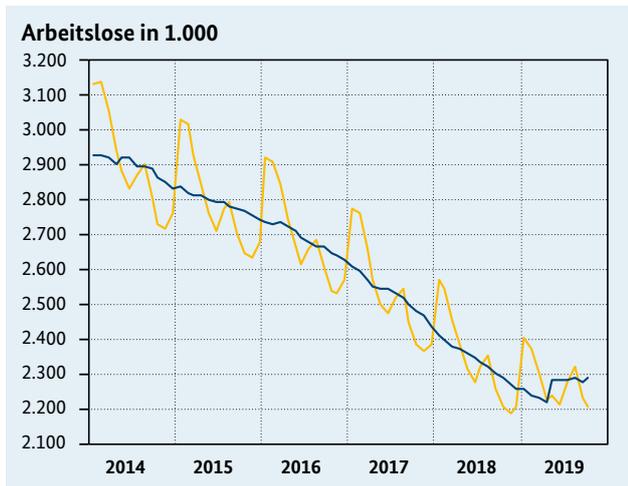
					2018	2019			2019					
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	43655	44248	44854	45244	44889	45221	45372	45256	45289	45299	45318	45499	-
	gg. Vj. in Tsd.	533	593	606	560	509	444	356	444	404	381	350	338	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	31538	32266	32992	33429	33214	33405	-	33426	33405	33367	33620	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	683	729	726	690	642	568	-	569	534	523	489	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	1774	1621	1468	1374	1453	1332	1346	1303	1317	1331	1386	1320	-
	gg. Vj. in Tsd.	-176	-153	-153	-142	-111	-156	-100	-163	-167	-108	-87	-106	-
Erwerbslosenquote	in %	4,1	3,8	3,4	3,2	3,4	3,1	3,1	3,0	3,0	3,1	3,2	3,0	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2691	2533	2340	2200	2360	2227	2276	2236	2216	2275	2319	2234	2204
	gg. Vj. in Tsd.	-104	-158	-193	-181	-165	-98	-34	-80	-60	-49	-31	-22	0
SGB II	in Tsd.	1869	1677	1538	1445	1468	1449	1449	1464	1450	1451	1471	1426	1409
	gg. Vj. in Tsd.	-67	-192	-139	-156	-148	-115	-78	-101	-90	-86	-76	-71	-52
SGB III	in Tsd.	822	855	802	755	892	778	827	772	766	825	848	808	795
	gg. Vj. in Tsd.	-37	34	-54	-25	-17	17	43	22	31	37	44	49	53
Westdeutschland	in Tsd.	1979	1894	1759	1659	1774	1691	1743	1698	1688	1737	1779	1713	1686
	gg. Vj. in Tsd.	-42	-84	-136	-127	-110	-55	-3	-40	-26	-16	-0	6	22
Ostdeutschland	in Tsd.	712	639	581	541	586	536	534	538	529	538	541	521	518
	gg. Vj. in Tsd.	-62	-74	-57	-54	-55	-43	-31	-39	-34	-34	-31	-28	-21
Arbeitslosenquote	in %	6,1	5,7	5,2	4,9	5,2	4,9	5,0	4,9	4,9	5,0	5,1	4,9	4,8
Westdeutschland	in %	5,6	5,3	4,8	4,5	4,8	4,6	4,7	4,6	4,6	4,7	4,8	4,6	4,6
Ostdeutschland	in %	8,5	7,6	6,9	6,4	6,9	6,3	6,3	6,3	6,2	6,3	6,4	6,1	6,1
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	642	630	601	590	634	581	607	593	563	585	644	594	630
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	651	645	616	605	603	609	601	586	583	525	600	679	660
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	42	24	25	35	34	46	-	51	46	47	54	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-2	-18	1	21	10	32	-	40	30	33	21	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3577	3517	3285	3146	3286	3184	3184	3190	3166	3196	3203	3153	3129
	gg. Vj. in Tsd.	-54	-61	-231	-220	-202	-106	-33	-94	-68	-54	-29	-17	-13
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	655	731	796	804	780	795	794	792	798	799	795	787	764
	gg. Vj. in Tsd.	87	75	66	33	20	1	-34	-1	-8	-24	-33	-47	-60
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	533	593	606	134	135	53	37	10	-6	23	17	10	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	683	728	726	168	149	87	-	17	21	51	27	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-162	-165	-151	-38	-28	-38	-31	-17	-15	-12	-5	0	-
Erwerbslosenquote	in %	4,2	3,8	3,4	3,3	3,2	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-104	-158	-192	-47	-31	21	22	62	1	1	3	-9	6
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-68	-191	-140	-50	-27	-2	-1	45	-8	-5	-1	-15	-3
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-35	33	-53	2	-4	22	23	18	8	6	5	7	9
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-42	-85	-136	-28	-18	21	22	48	1	3	5	-4	6
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-62	-73	-57	-20	-12	-0	0	14	-1	-1	-2	-5	0
Arbeitslosenquote	in %	6,1	5,7	5,2	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Westdeutschland	in %	5,6	5,3	4,8	4,7	4,6	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7
Ostdeutschland	in %	8,4	7,6	6,9	6,6	6,4	6,4	6,4	6,5	6,5	6,5	6,4	6,4	6,4
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-52	-62	-231	-38	-36	23	16	42	2	-2	4	-2	-4
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	87	75	66	1	1	-11	-24	-7	-5	-10	-9	-9	-12
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	100,8	103,0	104,5	104,2	102,4	100,6	98,8	100,3	100,0	99,5	98,1	98,9	98,7
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	103,3	104,3	104,3	104,2	103,2	102,6	101,7	102,6	102,2	101,6	101,5	101,9	101,4
BA-X Stellenindex	Index	216,7	237,8	252,9	253,7	254,3	248,7	240,0	247,0	247,0	243,0	240,0	237,0	232,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

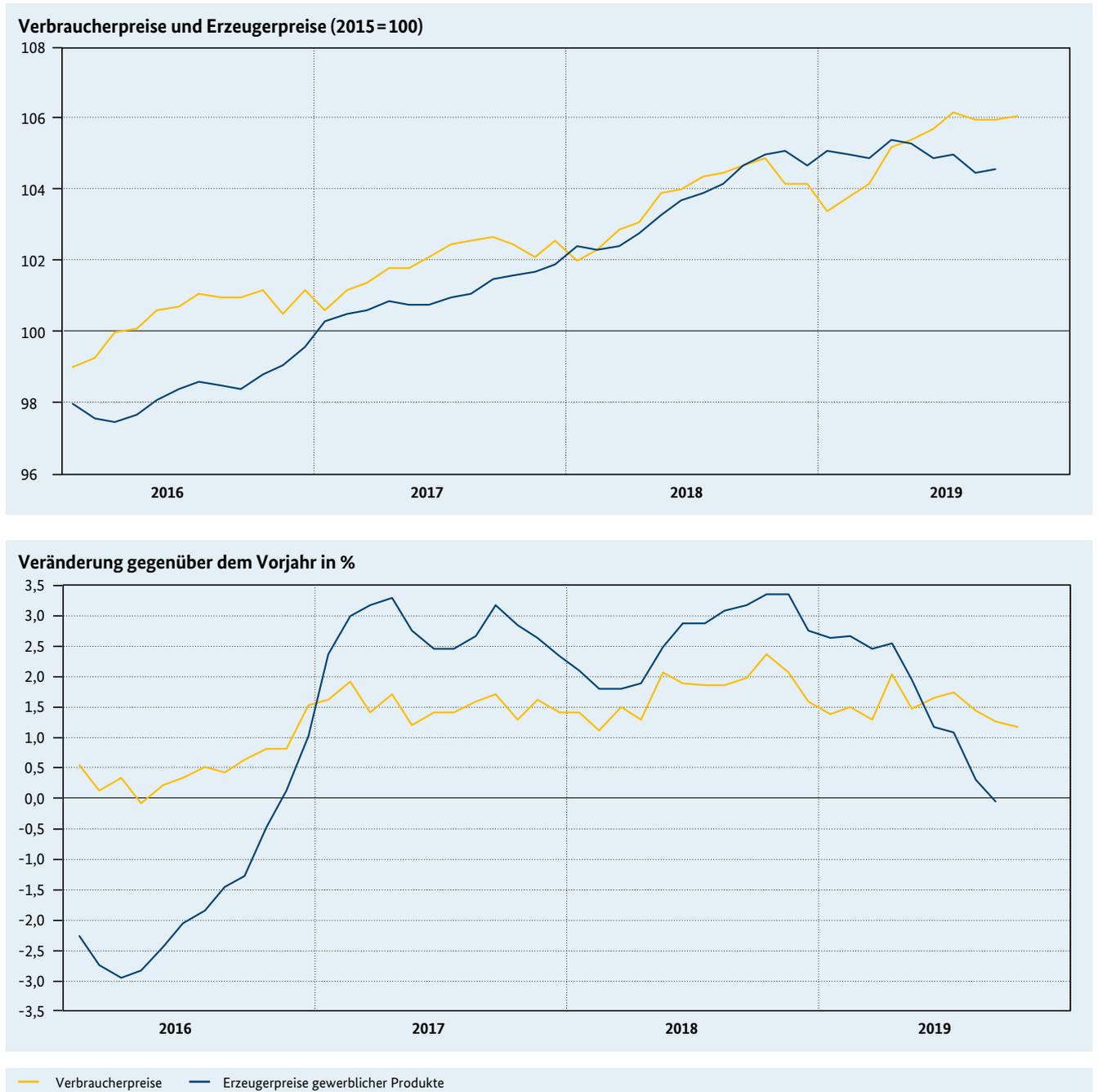
					2018	2019			2019					
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	100,5	102,0	103,8	104,4	103,8	105,4	106,1	105,4	105,7	106,2	106,0	106,0	106,1
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	1,8	2,0	1,4	1,6	1,5	1,4	1,6	1,7	1,4	1,2	1,1
Waren	Index	99,6	101,3	103,3	104,6	103,6	105,0	104,6	105,3	104,8	104,5	104,3	105,0	105,1
	gg. Vj. in %	-0,4	1,7	2,0	2,5	1,5	1,7	1,2	1,8	1,5	1,8	1,3	0,6	0,4
Verbrauchsgüter	Index	98,9	101,2	104,2	105,6	104,7	106,3	106,2	106,7	106,3	106,3	106,1	106,1	106,0
	gg. Vj. in %	-1,1	2,3	3,0	3,6	2,0	2,2	1,5	2,4	1,8	2,0	1,7	0,7	0,3
darunter:	Index	100,9	103,9	106,3	106,5	107,3	107,5	108,2	107,6	107,7	108,1	108,3	108,1	107,7
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,9	3,0	2,3	1,5	0,9	0,9	2,1	0,9	1,2	2,1	2,7	1,3	1,1
darunter:	Index	95,7	96,6	99,4	101,6	101,6	102,4	102,4	102,8	102,0	102,4	102,2	102,7	102,7
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	-4,3	0,9	2,9	4,5	4,1	3,7	2,7	3,8	3,1	3,5	2,8	2,0	1,0
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	100,8	101,8	102,2	103,9	101,7	103,8	102,3	104,1	103,0	101,2	101,3	104,3	105,1
	gg. Vj. in %	0,8	1,0	0,4	0,8	0,7	1,0	1,2	1,0	1,1	2,0	0,9	0,7	0,8
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	100,9	101,1	101,2	101,5	101,6	101,6	101,4	101,7	101,6	101,4	101,4	101,5	101,6
	gg. Vj. in %	0,9	0,2	0,1	0,4	0,6	0,6	0,2	0,7	0,6	0,4	0,2	0,0	0,1
Dienstleistungen	Index	101,3	102,6	104,2	104,3	104,0	105,8	107,3	105,5	106,5	107,6	107,5	106,9	106,9
	gg. Vj. in %	1,3	1,3	1,6	1,6	1,3	1,7	1,6	1,2	1,9	1,5	1,6	1,8	1,7
darunter:	Index	101,1	102,5	104,0	104,5	104,9	105,3	105,6	105,3	105,4	105,5	105,6	105,7	105,9
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,1	1,4	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4
Insgesamt ohne Energie	Index	101,1	102,5	104,0	104,4	104,2	105,6	106,4	105,4	105,9	106,4	106,4	106,3	106,4
	gg. Vj. in %	1,1	1,4	1,5	1,5	1,3	1,5	1,5	1,2	1,6	1,5	1,6	1,4	1,4
Energie	Index	94,7	97,1	101,6	105,0	101,1	104,4	103,4	105,4	104,2	104,0	103,0	103,1	103,0
	gg. Vj. in %	-5,3	2,5	4,6	7,4	3,1	3,7	0,7	4,2	2,5	2,4	0,6	-1,1	-2,1
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	100,5	102,0	103,8	104,5	104,5	105,2	105,5	105,3	105,3	105,4	105,5	105,6	105,7
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	1,8	2,0	1,5	1,6	1,4	1,6	1,4	1,6	1,4	1,2	1,1
HVPI⁴	Index	100,4	102,1	104,0	104,7	103,9	105,7	106,3	105,7	106,0	106,4	106,3	106,2	106,3
	gg. Vj. in %	0,4	1,7	1,9	2,1	1,6	1,6	1,0	1,3	1,5	1,1	1,0	0,9	0,9
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	98,4	101,1	103,7	104,9	105,0	105,2	104,7	105,3	104,9	105,0	104,5	104,6	-
	gg. Vj. in %	-1,6	2,7	2,6	3,1	2,5	1,8	0,4	1,9	1,2	1,1	0,3	-0,1	-
Vorleistungsgüter	Index	98,5	102,4	105,2	105,6	105,6	105,6	104,8	105,6	105,4	105,0	104,8	104,5	-
	gg. Vj. in %	-1,5	4,0	2,7	2,2	1,1	0,4	-0,9	0,5	-0,2	-0,7	-0,9	-1,0	-
Investitionsgüter	Index	100,6	101,8	103,1	103,5	104,2	104,5	104,8	104,5	104,5	104,7	104,8	104,8	-
	gg. Vj. in %	0,6	1,2	1,3	1,5	1,6	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	-
Konsumgüter	Index	100,6	103,6	104,3	104,5	104,6	106,1	106,5	106,1	106,5	106,4	106,4	106,7	-
	gg. Vj. in %	0,6	3,0	0,7	0,6	0,7	1,7	1,7	1,7	1,9	1,7	1,6	1,8	-
Gebrauchsgüter	Index	101,1	102,2	103,9	104,3	105,0	105,3	105,5	105,3	105,4	105,4	105,5	105,6	-
	gg. Vj. in %	1,1	1,1	1,7	1,8	1,6	1,4	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	1,4	-
Verbrauchsgüter	Index	100,6	103,8	104,4	104,5	104,6	106,2	106,6	106,2	106,7	106,5	106,6	106,8	-
	gg. Vj. in %	0,6	3,2	0,6	0,4	0,6	1,8	1,7	1,8	2,1	1,7	1,7	1,8	-
Energie	Index	94,1	96,6	101,9	105,9	105,3	104,7	103,2	105,0	103,5	104,2	102,5	102,9	-
	gg. Vj. in %	-5,9	2,7	5,5	8,4	7,1	4,4	-0,1	4,5	2,2	2,1	-0,3	-1,9	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	102,1	105,3	109,9	111,5	113,4	114,3	115,1	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	2,1	3,1	4,4	4,8	4,8	4,7	4,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	100,9	104,7	111,1	113,7	116,3	117,6	118,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	3,8	6,1	7,1	7,5	7,0	5,5	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2015 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2015 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2015 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

Bundesrepublik Deutschland



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2018	2019			2019					
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	87,4	105,3	130,0	126,7	116,4	117,9	109,7	120,5	109,5	112,8	105,9	110,3	108,4
	gg. Vj. in %	-12,7	20,5	23,5	10,7	-6,3	-11,4	-19,4	-11,5	-18,6	-16,3	-20,4	-21,4	-24,0
Nahrungs- und Genussmittel	Index	102,1	99,1	94,5	90,4	89,3	88,0	87,8	85,6	91,5	90,9	86,3	86,3	89,5
	gg. Vj. in %	2,1	-2,9	-4,7	-5,9	-9,2	-11,5	-2,1	-15,7	-4,3	-0,5	-4,2	-1,5	-2,6
Industrie-Rohstoffe	Index	97,3	118,2	124,8	118,1	123,6	126,4	126,2	124,8	127,1	134,5	121,6	122,4	120,6
	gg. Vj. in %	-2,8	21,5	5,6	-2,0	-4,8	-2,3	3,5	-4,7	-2,7	8,7	-0,1	1,7	0,6
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	85,5	104,5	132,8	130,0	117,5	119,1	109,6	122,4	109,0	112,2	105,7	110,8	108,5
	gg. Vj. in %	-14,6	22,2	27,2	12,9	-6,3	-12,2	-22,0	-11,9	-20,7	-19,0	-22,8	-24,0	-26,7
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	96,7	100,1	102,7	103,6	102,4	102,3	100,9	102,7	101,3	101,1	100,5	101,1	-
	gg. Vj. in %	-3,3	3,5	2,6	3,2	1,4	-0,3	-2,4	-0,2	-2,0	-2,1	-2,7	-2,5	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	99,9	102,1	100,7	100,6	101,2	101,7	101,3	101,9	101,6	101,4	100,9	101,5	-
	gg. Vj. in %	-0,1	2,2	-1,3	-0,5	-0,1	0,7	1,2	0,5	1,0	2,0	0,8	0,8	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	96,4	99,9	102,9	103,9	102,6	102,3	100,8	102,8	101,3	101,0	100,4	101,1	-
	gg. Vj. in %	-3,6	3,6	3,0	3,6	1,6	-0,4	-2,9	-0,3	-2,3	-2,6	-3,1	-2,9	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	87,0	101,9	115,8	120,1	112,9	111,6	105,6	113,6	107,0	106,4	103,5	106,9	-
	gg. Vj. in %	-13,0	17,1	13,7	13,9	3,9	-3,3	-11,4	-2,9	-9,8	-10,1	-12,3	-11,8	-
Fertigwaren	Index	98,6	99,4	99,9	100,2	100,2	100,2	99,8	100,3	100,0	99,8	99,7	99,8	-
	gg. Vj. in %	-1,4	0,8	0,5	1,0	0,9	0,4	-0,5	0,5	-0,2	-0,5	-0,6	-0,3	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	99,0	100,7	101,9	102,4	102,3	102,5	102,4	102,5	102,3	102,4	102,3	102,4	-
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	1,2	1,7	1,2	0,7	0,0	0,7	0,2	0,2	-0,1	0,0	-
Terms of Trade	Verhältnis	102,4	100,6	99,2	98,8	99,9	100,2	101,5	99,8	101,0	101,3	101,8	101,3	-
	gg. Vj. in %	2,4	-1,7	-1,4	-1,5	-0,1	1,0	2,6	0,9	2,3	2,4	2,7	2,6	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,11	1,13	1,18	1,14	1,14	1,12	1,11	1,12	1,13	1,12	1,11	1,10	1,11
	gg. Vj. in %	-0,3	2,0	4,6	-3,1	-7,6	-5,7	-4,4	-5,3	-3,3	-4,0	-3,7	-5,6	-3,8
in Yen	Kurs	120,3	126,7	130,4	128,8	125,1	123,5	119,3	123,0	122,1	121,4	118,2	118,2	119,5
	gg. Vj. in %	-10,4	5,3	3,0	-3,1	-6,0	-5,1	-8,0	-5,1	-5,0	-6,8	-7,8	-9,4	-7,8
in Pfund-Sterling	Kurs	0,82	0,88	0,88	0,89	0,87	0,87	0,90	0,87	0,89	0,90	0,92	0,89	0,88
	gg. Vj. in %	12,8	7,0	1,0	0,0	-1,3	-0,1	1,1	-0,6	1,4	1,4	2,1	-0,2	-0,8
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	94,4	96,5	99,0	98,5	97,4	97,3	97,7	97,4	97,9	97,5	98,1	97,4	97,4
	gg. Vj. in %	2,8	2,3	2,5	-0,1	-2,2	-1,2	-1,5	-0,7	0,0	-1,8	-0,8	-2,0	-1,5
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	89,5	91,4	93,4	93,0	91,7	91,4	91,4	91,4	91,9	91,3	91,9	91,1	91,1
	gg. Vj. in %	2,2	2,1	2,2	-0,2	-2,5	-1,8	-2,4	-1,5	-0,7	-2,6	-1,6	-3,0	-2,4
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	95,3	96,6	97,9	97,6	96,8	97,0	96,8	97,0	97,1	97,0	96,9	96,6	96,6
	gg. Vj. in %	0,7	1,4	1,4	-0,3	-1,5	-1,1	-0,9	-1,0	-0,7	-0,6	-0,7	-1,4	-1,1
56 Länder	Index	87,5	88,3	90,4	90,5	89,3	89,5	89,4	89,6	89,7	89,3	89,6	89,3	89,2
	gg. Vj. in %	1,4	0,9	2,3	1,0	-0,8	-0,7	-1,6	-0,4	-0,3	-1,2	-1,1	-2,4	-1,8

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

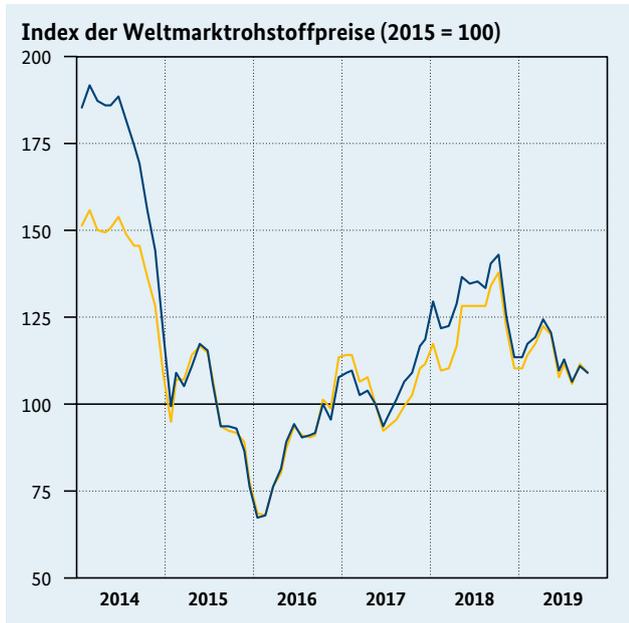
2 Index 2015 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

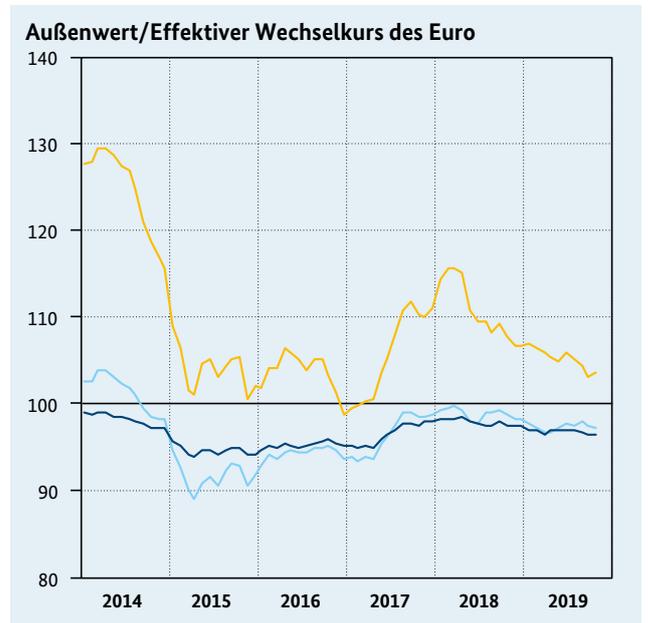
4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

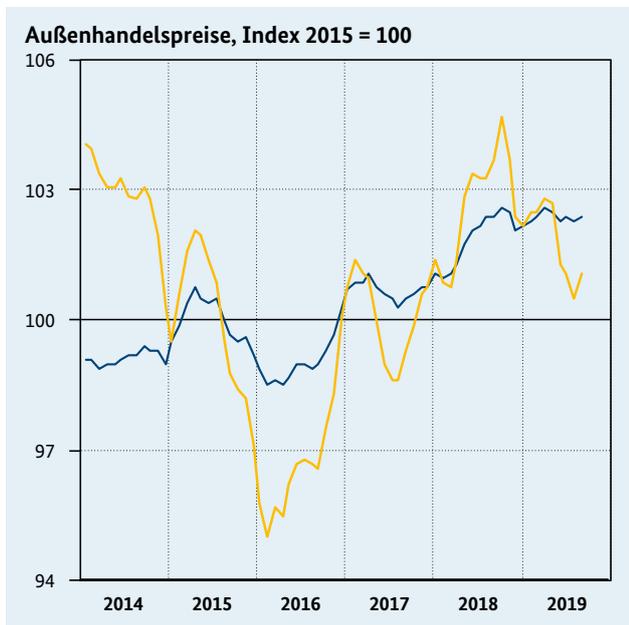
Bundesrepublik Deutschland



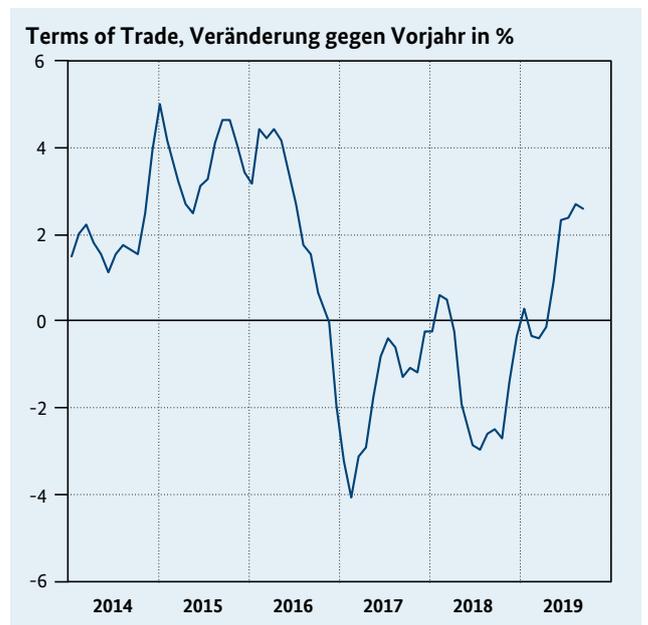
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ¹;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

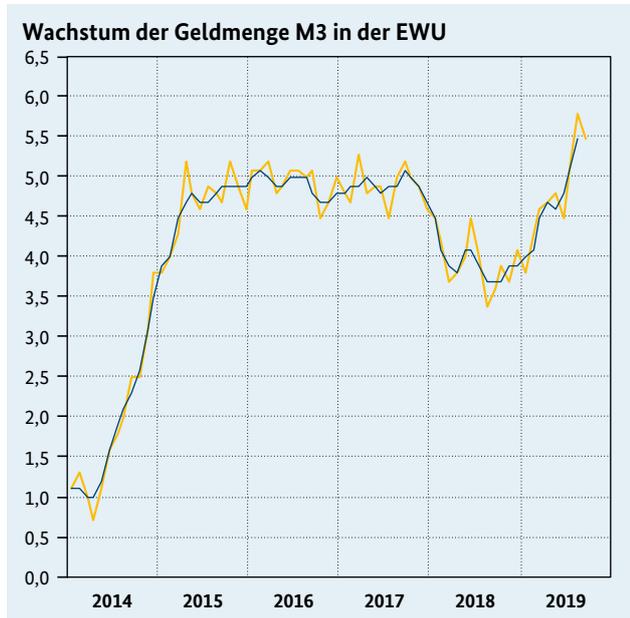
7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2018	2019			2019						
		2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)															
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-0,37	-0,42	-0,42	-0,43	-0,41	-0,42	-0,44	-0,41	-0,42	-0,42	-0,44	-0,47	-0,50	
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,25	-0,33	-0,33	-0,32	-0,31	-0,31	-0,37	-0,31	-0,32	-0,34	-0,37	-0,40	-0,41	
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,16	-0,26	-0,27	-0,25	-0,23	-0,25	-0,38	-0,24	-0,28	-0,35	-0,40	-0,39	-0,36	
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,04	-0,15	-0,17	-0,14	-0,11	-0,14	-0,33	-0,13	-0,19	-0,28	-0,36	-0,34	-0,30	
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,12	0,09	0,09	0,11	0,10	0,11	0,07	0,10	0,10	0,08	0,07	0,07	0,09	
Umlaufrendite															
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,51	-0,51	-0,32	-0,36	-0,45	-0,58	-0,82	-0,57	-0,67	-0,73	-0,89	-0,83	-0,72	
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,28	-0,15	0,04	-0,04	-0,22	-0,41	-0,72	-0,38	-0,53	-0,59	-0,80	-0,76	-0,63	
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,09	0,32	0,40	0,30	0,07	-0,16	-0,54	-0,13	-0,31	-0,39	-0,65	-0,59	-0,47	
Geldmenge (Euroraum)															
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	9,1	9,1	7,2	6,7	6,8	7,3	8,1	7,2	7,2	7,8	8,5	7,9	-	
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	5,1	5,1	4,5	4,3	4,6	5,2	5,9	5,2	5,0	5,5	6,2	5,9	-	
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	5,0	4,9	4,0	3,9	4,2	4,7	5,5	4,8	4,5	5,1	5,8	5,5	-	
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monats-Durchschnitt ²	gg. Vj. in %	4,9	4,9	3,9	3,8	4,2	4,7	-	4,6	4,8	5,1	5,5	-	-	
Kredite															
an den privaten Sektor im Euroraum ²	gg. Vj. in %	1,6	2,6	2,9	2,9	3,0	3,0	3,2	2,8	3,1	3,1	3,3	3,3	-	
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	1,4	2,0	2,9	2,8	3,0	3,2	3,5	2,9	3,2	3,4	3,7	3,4	-	
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	2,8	3,6	4,3	4,1	4,1	4,3	4,6	4,3	4,4	4,4	4,9	4,6	-	
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	3,0	3,6	4,6	4,8	4,9	5,2	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	4,9	-	
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	2,1	3,6	5,6	5,8	6,0	6,5	6,1	6,6	6,8	6,2	6,4	5,8	-	
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	0,1	0,2	10,8	9,2	9,3	8,5	8,3	6,5	10,9	9,0	8,8	7,2	-	
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	2,3	2,3	4,9	7,4	8,8	13,1	11,6	15,5	12,5	11,5	12,1	11,2	-	
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	2,5	4,6	4,5	4,7	4,7	4,8	4,5	5,0	4,8	4,5	4,7	4,4	-	
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	2,9	3,1	3,4	3,5	3,6	4,1	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	-	
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	3,7	4,1	4,7	4,8	4,9	5,2	5,3	5,3	5,1	5,3	5,3	5,3	-	
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)															
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	10196	12441	12243	11280	11258	12110	12137	12091	12158	12407	11720	12285	12512	
	gg. Vp. in %	-7,1	22,0	-1,6	-9,1	-0,2	7,6	0,2	0,1	0,6	2,0	-5,5	4,8	1,8	
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	3005	3490	3382	3160	3214	3418	3459	3385	3406	3508	3355	3515	3551	
	gg. Vp. in %	-12,8	16,1	-3,1	-7,6	1,7	6,4	1,2	-2,2	0,6	3,0	-4,3	4,7	1,0	
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	2093	2448	2743	2690	2722	2882	2958	2853	2890	2996	2898	2980	2978	
	gg. Vp. in %	1,5	17,0	12,1	-5,6	1,2	5,9	2,6	-1,7	1,3	3,7	-3,3	2,8	-0,1	
Nikkei 225 ⁵	Index	16924	20199	22302	21878	20969	21484	21286	21399	21060	21598	20632	21628	22195	
	gg. Vp. in %	-11,7	19,4	10,4	-3,5	-4,2	2,5	-0,9	-2,7	-1,6	2,6	-4,5	4,8	2,6	

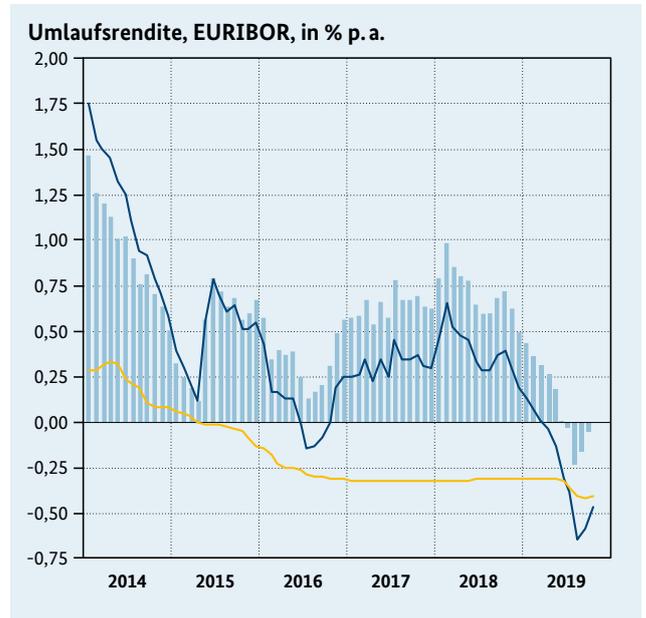
Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

- 1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;
- 2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Ursprungszahlen;
- 4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 5 Kurs- bzw. Preisindex.

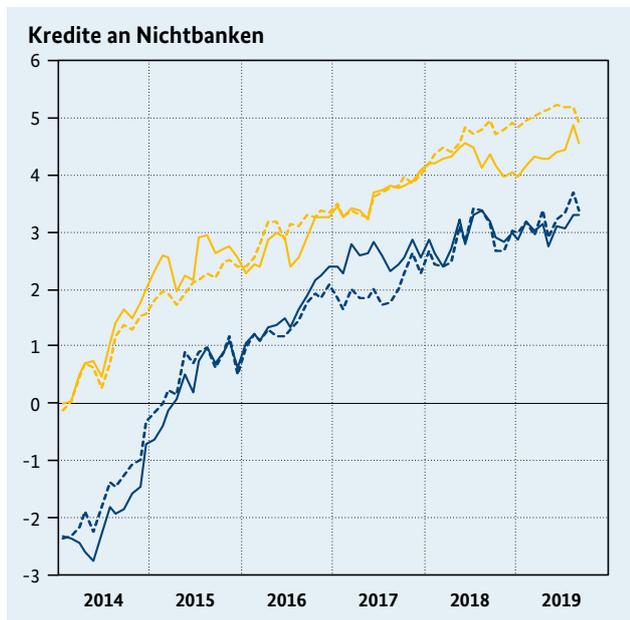
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



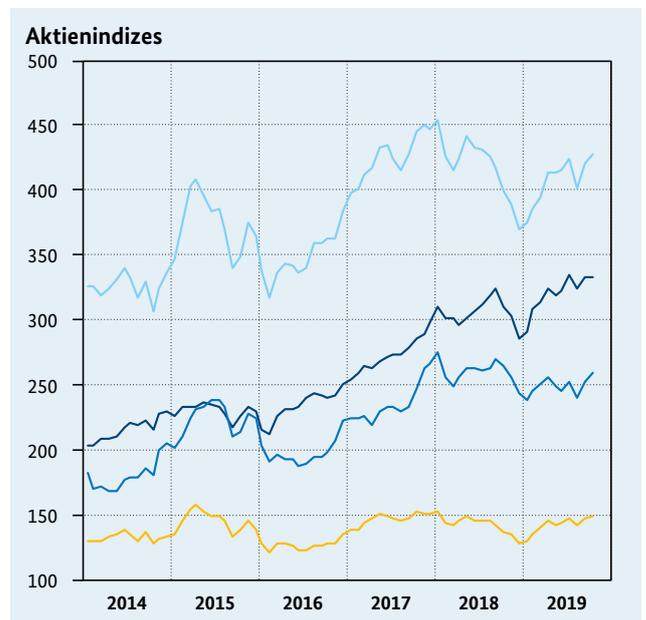
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in sogenannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Artikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Dezember 2018	Konjunkturprognosen eine Dekade nach der Finanzkrise Unternehmen mit anhaltender Ertragsschwäche Workshop „Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland“
Januar 2019	Reallabore: Innovationen ermöglichen – Regulierung weiterentwickeln Künstliche Intelligenz – Strategie zur Entwicklung und Anwendung einer Schlüsseltechnologie Die EU-Datenschutz-Grundverordnung – Chancen, erste Praxiserfahrungen und Ausblick Der Weltpostverein im 21. Jahrhundert Referenzprojekte für den Erfolg auf Auslandsmärkten nutzen
Februar 2019	Jahreswirtschaftsbericht 2019: Soziale Marktwirtschaft stärken Kinderzuschlag und Midijob-Gleitzone Deutsch-Indisches Start-up-Programm: Brücken nach Indien bauen Die Internationale Fernmeldeunion im Zuge der digitalen Entwicklung
März 2019	Nationale Industriestrategie 2030 Für Klimaschutz, Stabilität und Wohlstand Startschuss für Freihandel zwischen der EU und Japan Konsultationsverfahren zur Blockchain-Strategie der Bundesregierung eröffnet Aktuelle Entwicklungen der europäischen Datenwirtschaft
April 2019	Der Vertrag von Aachen EXIST-Gründungskultur: Exzellente Start-up-Förderung wird in die Fläche getragen 100 Jahre Wirtschaftsministerium
Mai 2019	Aus Ideen werden Innovationen Das Nationale Reformprogramm 2019 Frühjahrsprojektion 2019 Schlüsseltechnologie Leichtbau Der LNG-Markt und LNG-Infrastruktur in Deutschland
Juni 2019	Wirtschaftsnetzwerk Afrika Das Thema Nachhaltigkeit hat die Mehrheit der Unternehmen erreicht
Juli 2019	Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse Sind große Unternehmen produktiver? Einflussfaktoren auf die gewerbliche Investitionsdynamik Internationale Energiewende-Konferenz – erneuerbare Energien haben großes Potenzial
August 2019	Wirtschaft in einer digitalisierten Zukunft – ein Strategischer Vorausschauprozess Konsortialbildung im Energiebereich: Chancen durch partnerschaftliches Auslandsgeschäft nutzen Netzausbau geht voran Ein CO ₂ -Preis – aber wie?

Ausgabe	Fachartikel
September 2019	Wertschätzung – Stärkung – Entlastung Mitarbeiterkapitalbeteiligung Finanztransfers des Bundes – Bedeutung für gesamtstaatliche Investitionen Die pan-afrikanische Freihandelszone AfCFTA – der Weg zu einem integrierten, aufstrebenden und friedlicheren Afrika? Zwerge mit riesiger Verantwortung
Oktober 2019	Wirtschaft und Klimaschutz zusammendenken Die Energiewende praktisch umsetzen Leitbild 2030 für Industrie 4.0 10 Jahre INNO-KOM – Stark für den Mittelstand
November 2019	Wirtschaft noch im Abschwung – Erholung setzt erst allmählich ein Der Europäische Wirtschaftsraum feiert Jubiläum Industriekonferenz 2019 – ein Meilenstein des Dialogprozesses zur Industriestrategie 2030 SINTEG geht in den Endspurt



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter:

<https://www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik.html>
